

## Verhandlungsschrift

über die am **Montag, dem 1. Juli 2013**,  
in der Welser Stadthalle stattgefundene

### **28. Sitzung des Gemeinderates**

Beginn der Sitzung: 15.05 Uhr

Ende der Sitzung: 20.45 Uhr

Die Verhandlungsschrift der 27. Sitzung des Gemeinderates vom 13.05.2013 liegt zur Einsichtnahme auf.

## **A n w e s e n d e**

**Vorsitzender:** Bürgermeister Dr. Peter Koits

### **SPÖ-Gemeinderatsfraktion**

1. Vizebürgermeister Hermann Wimmer

Stadträtin (ohne Gemeinderatsmandat):

Silvia Huber

Gemeinderäte:

Mag. Sabine Brenner-Nerat

Stefan Ganzert

Ernst Kirchmayr

Johann Reindl-Schwaighofer, MBA

Raimund Buttinger

Klaus Hoflehner

Brigitte Lindlbauer

Karl Schönberger

Werner Forstinger

Mag. Bernhard Humer

Mag. Petra Lipp

Barbara Wildfellner

### **FPÖ-Gemeinderatsfraktion**

2. Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

Stadträte (ohne Gemeinderatsmandat):

Gerhard Kroiß

Dr. Andreas Rabl

Gemeinderäte:

KommR. Willibald Baumgartner

Margarete Josseck-Herd

Mag. Georg Parzmayr

Manfred Wiesinger

Dipl.-Ing. Gunter Haydinger

Mag. Günter Lehner

Christa Raggl-Mühlberger

Heribert Helm

Dietmar Marehard

### **ÖVP-Gemeinderatsfraktion**

3. Vizebürgermeister Peter Lehner

Stadtrat (ohne Gemeinderatsmandat):

Walter Zaunmüller

Gemeinderäte:

LAbg. Dr. Peter Csar

Herbert Pernkopf

Markus Wiesinger

Stefan Haböck

Brigitte Wartinger

Augustine Hacker

Andreas Weidinger

### **GRÜNE-Gemeinderatsfraktion**

Gemeinderäte:

Dipl.-Ing. Renate Leitinger

Mag. Elke Mayerhofer

Prof. Mag. Walter Teubl

### **Vom Magistrat:**

MD MMag. Dr. Renate Kamleithner  
sowie leitende MitarbeiterInnen des Magistrates

### **Schritfführer:**

W.AR. Inge Maderthaner

Helga Rosenberger

### **Entschuldigt:**

GR. Egon Schatzmann (FPÖ)

# Verlauf der Sitzung

Der Bürgermeister eröffnet die Sitzung, begrüßt alle Anwesenden und stellt fest, dass

- a) die Sitzung ordnungsgemäß einberufen wurde,
- b) die Verständigung gemäß der vorliegenden Einladung vom 24.06.2013 an alle Mitglieder des Gemeinderates schriftlich erfolgt ist und am gleichen Tage öffentlich an der Amtstafel kundgemacht wurde,
- c) die Beschlussfähigkeit gegeben ist.

Bgm. Dr. Koits: Frau GR. Barbara Wildfellner stellte in der letzten Gemeinderatssitzung an StR. Dr. Rabl eine Anfrage betreffend Durchmischung bei der Belegung der Wohnungen, bei denen der Stadt Wels ein Zuweisungsrecht zukommt:

Sehr geehrter Hr. Stadtrat Rabl,

sie selbst teilten als zuständiger Referent am Beginn ihrer Amtsperiode mit, eine bessere Durchmischung bei den Belegungen der Wohnungen herbei zu führen. Das Zusammenleben von Österreichern, Österreichern nicht deutscher Muttersprache und Migranten, soll durch die von ihnen gelenkten Wohnungsvergaben deutlich verbessert werden.

- Wie ist dies in den letzten vier Jahren, insbesondere in den dichter bebauten Wohnsiedlungen, wie z. B. Straubingersiedlung, Noitzmühle, vorangeschritten bzw. umgesetzt worden?
- Für wie viele Wohnungen hat die Stadt das Vergaberecht, wie hoch ist die Anzahl der von den Wohnungsgenossenschaften direkt vergebenen Wohnungen?

StR. Dr. Rabl: Herzlichen Dank der Kollegin Wildfellner für diese interessante Anfrage, die ein Glanzlicht auf das Wohnungswesen der Stadt Wels in den letzten drei Jahren wirft. Es freut mich daher ganz besonders das hier einmal öffentlich im Gemeinderat darzustellen, in das Protokoll aufzunehmen und entsprechend der Öffentlichkeit zu präsentieren.

Die Stadt Wels hatte insgesamt von November 2009 bis April 2013 1.346 Wohnungen zu vergeben. Tatsächlich vergeben wurden nur 1.196. Die Differenz von 150 Wohnungen liegt daran, dass ich mich als Wohnungsreferent weigerte verschiedene Wohnungen an Wohnungssuchende zu vergeben und andere diese Wohnung nicht haben wollten. Dabei handelte es sich um Drittstaatsangehörige, die sich um diese Wohnungen bewarben. Bekanntlich gibt es in diesen Häusern soziale und ethnische Probleme in Zusammenhang mit der Durchmischung und ich wollte keine weitere türkische, albanische oder sonstige Familie dort ansiedeln, weil das sonst zu einem Sprengstoff in der Wohnungsproblematik geführt hätte. Deshalb ließ ich diese Wohnungen leer stehen bzw. gab sie der Genossenschaft zurück, damit diese selber Einweisungen vornehmen.

Nachdem mir jegliches anderes Instrument einen kontrollierten Wohnungszuzug zu ermöglichen vom Bürgermeister bisher beharrlich verweigert wurde, war es nur auf diese Art und Weise möglich.

Insgesamt verfügt die Stadt Wels über ca. 5.000 Wohnungen mit Vergaberecht, davon 1.432 bei der LAWOG, 112 bei der WSG, 112 bei der Familie, 3.227 bei der Heimstätte und 111 Wohnungen bei der Neuen Heimat.

Zur Anfrage über die Zuweisung an Österreicher, an Drittstaatsangehörige und an EU-Bürger kann ich sagen, dass 85 % der zugewiesenen Wohnungen an Österreicher, 4 % an EU-Bürger und 12 % an Drittstaatsangehörige zugewiesen wurden. Nach der Statistik sind derzeit 19 % der in Wels lebenden Menschen Ausländer, so ergibt sich daraus der Vergleichswert, dass 12 % der Wohnungen an Drittstaatsangehörige zugewiesen wurden.

Es freut mich besonders, dass es Stadtteile gibt, wo diese Quote noch höher ist und andere mit niedrigerer Quote. Beispielsweise ist die Quote in der Noitzmühle niedriger, weil in der Noitzmühle keine Österreicher wegen dem sozialen Umfeld leben wollen. Es muss mir als Wohnungsreferent auf irgendeine Art und Weise möglich sein, diese von mir geforderte ethnische Durchmischung auch tatsächlich umzusetzen. Ich beantragte schon zum zweiten Mal Wohnungsvergaberichtlinien – diesmal im Gleichklang mit den Landeswohnungsvergaberichtlinien – die es ermöglichen nach ethnischen Grundsätzen und nach Grundsätzen, die die gute Integration berücksichtigen, Wohnungen zu vergeben. Solange dieses Vorhaben blockiert wird, sehe ich mich nicht in der Lage, tatsächlich sinnvolle wohnungspolitische Maßnahmen zu ergreifen. Gerade bei diesem sensiblen Thema würde es mich freuen Unterstützung von der SPÖ-Fraktion zu erhalten.

Gefragt wurde auch nach der Straubingersiedlung, wo zwischen November 2009 und April 2013 97 Wohnungen vergeben wurden, davon 82 an Österreicher, 4 an EU-Bürger und 11 an Drittstaatsangehörige. Das sind ungefähr 89 % der Wohnungen an Österreicher bzw. 11 % an Drittstaatsangehörige.

In der Straubingersiedlung gelang eine bessere Durchmischung. Die Straubingerstraße entwickelte sich ähnlich wie die Noitzmühle zu einem sozialen Grenzviertel. Dort aber schaffte es nur die Wohnungsvergabe, dass ein größeres Gleichgewicht herbeigeführt werden konnte, weil Österreicher hier in dringenden Fällen einfach vorgezogen wurden.

Die Frage der zugewiesenen Wohnungen an Österreicher, ob mit Migrationshintergrund oder nicht, kann wegen fehlender Statistiken nicht beantwortet werden. Es gibt aber eingebürgerte Österreicher, die trotz ihrer Einbürgerung nicht in der Lage sind nur einen einzigen Satz auf Deutsch zu sprechen, worauf ich als Wohnungsreferent keine Rücksicht nehmen kann. Auch das wird mit den neuen Vergaberichtlinien hoffentlich ermöglicht, sofern nicht der Bürgermeister eine entsprechende Weisung erteilt, womit ich sie wieder nicht umsetzen darf. Dazu würde ich mir größtmöglichen Gleichklang zwischen den Fraktionen wünschen, damit ich ein Instrument in die Hand bekomme, um die Wohnungswirtschaft so zu gestalten, dass auch entsprechende ethnische und migrationspolitische Gesichtspunkte bei der Wohnungsvergabe berücksichtigt werden können.

Einige weitere konkrete Daten zur Wohnungsvergabe in den Stadtteilen:

Wohnungsvergabe an Österreicher in Lichtenegg: 94 %, 0,46 % Staatenlose; Vogelweide: 90 %; Pernau: 87 %; Stadtmitte: 76 %; Neustadt: 84 %; Lichtenegg: 94 %; Gartenstadt: 65 %.

Die 65 % in der Gartenstadt lassen sich durch die Otto-Loewi-Straße erklären, wo die Wohnungsvergabe an Österreicher ebenfalls nicht mehr möglich ist. Auch hier weigerte ich mich an Drittstaatsangehörige eine Wohnungsvergabe weiterhin durchzuführen, weil dadurch die Situation nur verschlechtert worden wäre. Die hohen Leerstände lösten wir dadurch, dass sich die LAWOG ihre Mieter selbst aussuchen sollte. Dadurch übernahm ich hier keine Verantwortung für eine Verschlimmerung der Situation. Solange mir hier kein Regelwerk gegeben wird auch dort einzugreifen und zu sagen, wir können Österreicher in die Otto-Loewe-Straßen-Siedlung vermehrt zuweisen, ist das für mich tragbar. Auch hier verweise ich auf die hoffentlich baldigen neuen Vergaberichtlinien, die es mir ermöglichen entsprechend gerecht zuzuweisen.

Es gab in der Otto-Loewi-Straße ein Integrationsprojekt, welches mit der LAWOG und dem Land Oberösterreich durchgeführt wurde. Die Umfragen ergaben, dass dieses Projekt zu einer merklichen Verbesserung des Wohnungsklimas führte, weshalb man die leer stehenden Wohnungen von 22 bis höchsten 40 Wohnungen auf 0 Wohnungen reduzieren konnte. Das gelang dadurch, dass man einen Wohnungs- und Integrationsverantwortlichen einführte, der sukzessive probierte die künftigen Mieter zu testen.

In der Otto-Loewi-Straße schloss man nur befristete Mietverträge ab, was allerdings nur die Wohnungsgenossenschaften selber machen können. Das heißt, die Wohnungsmieter bekommen zuerst einen Drei-Jahres-Vertrag. Sollte es zu Problemen kommen verlieren sie ihre Wohnung. Wenn sie ohne besondere Vorkommnisse dort wohnen, können sie auch dort wohnen bleiben. Das führt natürlich zu einer Diskriminierung der Wohnungsmieter, weil man dort doch vorsichtiger mit der Hausordnung ist und rücksichtsvoller miteinander umgeht.

Das ist ein sehr zielführendes Mittel, welches wir versuchten auf die Heimstätte zu übertragen, was uns aber bisher noch nicht ganz gelang. Tatsächlich merkt man bei Ausübung eines gewissen Druckes sofort, dass die Probleme radikal sinken. Optimal wäre es eine Vorauswahl treffen zu können. Wie weit reicht die Integration? Nimmt er an freiwilligen Organisationen teil? Kann er ausreichend Deutsch sprechen usw? Es gibt viele Kriterien, die man bei der Wohnungsvergabe berücksichtigen könnte, wenn die Vergaberichtlinie dementsprechend wäre. Daher hoffe ich auf eine möglichst rasche Änderung.

Ich möchte hier noch näher auf die Staatsbürgerschaften in den einzelnen Stadtteilen eingehen. 84 % der Wohnungen wurden an Österreicher, 2,42 % an Türken, 2 % an Bosnier, 2 % an Serben, 0,49 % an Deutsche, 0,08 % an Afghanen vergeben. Tatsache ist aber, dass die Türken und Serben mit 2,5 % - die größte Gruppe außerhalb der Österreicher - Wohnungen erhielten.

Bevor ich Wohnbaureferent wurde, sahen wir uns die Daten an. Manfred Hochhauser hatte so ähnliche Zahlen wie wir – mit Unterschied von 0,5 Prozent – allerdings ging der ehemalige Vizebürgermeister noch von einer anderen Lage aus. Der Anteil der Nicht-Österreicher war bei ihm noch niedriger, weshalb man es nicht unmittelbar vergleichen kann. Aber trotzdem stellt das ein großes Thema dar und ich hoffe, dass mit dem heute zur Beschlussfassung vorgelegten Wohnbausonderprogramm eine Änderung stattfindet.

den kann, insofern weil es Starterwohnungen geben soll. Damit soll versucht werden Jungfamilien Wohnraum billig zu verschaffen auch in Gegenden, wo österreichische Familien nicht unbedingt hinziehen wollen. Dadurch soll eine bessere Durchmischung erzielt werden, um in der Folge die sozialen und ethnischen Integrationsprobleme zu beheben. Es wäre wünschenswert, wenn dieser Antrag eine Mehrheit finden könnte.

Bgm. Dr. Koits: Weil ich direkt angesprochen wurde möchte ich erwähnen, dass es in der Verantwortung des Herrn Referenten liegt, mit dem Wohnungsausschuss entsprechende Richtlinien vorzulegen, die man dann hoffentlich gemeinschaftlich umsetzen kann.

#### Mitteilung des Bürgermeisters

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Aufhebung des Konkurrenzverbotes in Art. 78d Abs. 2 B-VG für die Errichtung von Gemeindewachen, Resolution an die Bundesregierung und den Oö Landtag:

Bgm. Dr. Koits: Ich erhielt ein Schreiben des Bundeskanzleramtes zu diesem Initiativantrag, in welchem das Bundeskanzleramt mitteilte, dass sich die Einschränkung bewährt hat und daher eine Aufhebung des Art 78d Abs. 2B-VG nicht beabsichtigt ist.

Allfällige Bekanntgabe der Gegenstände, die gemäß § 18 Abs 4. GOGR umgestellt wurden:

Der Dringlichkeitsantrag betreffend leistbares Wohnen soll die inhaltlich gleichgerichteten Initiativanträge Tagesordnungspunkte 21 und 24 ersetzen. Wenn ein diesbezüglicher Geschäftsordnungsantrag einlangt oder der Vorsitzende darüber abstimmen lässt und der Gemeinderat dies mit 2/3 Mehrheit beschließt, werden die genannten TOP von der Tagesordnung abgesetzt.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich stelle hiermit den Antrag zur Geschäftsordnung, die Initiativanträge Tagesordnungspunkte 21. und 24. (Anlagen 1 + 2) von der Tagesordnung abzusetzen.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Reindl-Schwaighofer zur Absetzung der Tagesordnungspunkte 21. und 24. von der Tagesordnung wird

einstimmig angenommen.

Betreffend Tagesordnungspunkt 14. hat sich Vbgm Peter Lehner für befangen erklärt. Berichterstatter wird StR. Dr. Rabl sein.

## Dringlichkeitsanträge

Bgm. Dr. Koits: Es sind zwei Anträge bei mir eingelangt, die ich ihnen jetzt zur Kenntnis bringe.

### Dringlichkeitsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend Durchführung eines Reinigungsservice von Biotonnen:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 3 beigefügten Antrag.

StR. Dr. Rabl: Wir Freiheitlichen erhielten diesen Antrag und führten in der Folge mit dem zuständigen Umweltreferenten Vzbgm. Dr. Wieser Gespräche. Im Wesentlichen ergab sich, dass es hier noch in vielen Bereichen Aufklärungsbedarf gibt. Es betrifft ungefähr 4.500 Tonnen. Die Waschung einer Biotonne dauert ca. 10 Sekunden, der zusätzliche Aufwand dafür würde zwischen 200.000 und 450.000 Euro liegen, weil möglicherweise ein zusätzlicher Wagen dafür erforderlich wäre. Dabei handelt es sich um eine Überschlagsrechnung, da viele Komponenten noch nicht bekannt sind. Z.B. Waschung in welchen Abständen? Kann die Waschung vor Ort durchgeführt oder müssen die Tonnen abtransportiert werden?

Bgm. Dr. Koits: Kommen sie bitte zur Dringlichkeit!

StR. Dr. Rabl: Ich möchte kurz ausführen, um ihnen auch die Gründe der Relevanz aufzeigen zu können. Ich weiß noch nicht wie und in welcher Art und Weise die Waschung vollzogen wird. Daher glaube ich, bedarf es noch einer längeren Beratungsfrist und deshalb ist in diesem Antrag die Dringlichkeit nicht gegeben.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es geht im Wesentlichen darum, dass die vorliegenden Informationen lauten, dass schon gewaschen wird, aber mehr gewaschen werden sollte. Wenn wir die Intervalle des Auswaschens der Tonnen verkürzen, lösen wir eine Investition aus. Wir sollten das Gesamtsystem anschauen und dann Beschlüsse fassen, die eventuell einen zusätzlichen Fahrzeugkauf beinhalten könnten. Jetzt sind wir aber noch nicht so weit, weshalb wir diesem Antrag die Dringlichkeit nicht zuerkennen werden.

Vzbgm. Lehner: Nachdem hier sehr unterschiedliche Zugänge zu diesem Thema vorhanden sind, ist damit schon dokumentiert, dass es sich um eine sehr dringliche Angelegenheit handelt. Wir nähern uns den Sommermonaten, in denen die Geruchsbelästigungen steigen. Nachdem die privaten Tonnen sehr oft im öffentlichen Bereich ausgewaschen werden, kommt es zu zusätzlichen Kosten aufgrund von Verstopfungen oder ähnliches des Kanalsystems. Es ist hier dringend nach einer Lösung zu suchen und die Dringlichkeit dieses Antrages dadurch absolut gegeben.

Dem Antrag (Anlage 3) der ÖVP-Gemeinderatsfraktion wird die Dringlichkeit bei

bei 8 Ja-Stimmen (ÖVP-Fraktion)  
27 Nein-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)

aberkannt.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und GRÜNEN-Fraktion betreffend Initiativen für leistbares Wohnen:

Der Bürgermeister verliest den als Anlage 4 beigefügten Antrag.

GR. LAbg. Dr. Csar: Dem vorangegangenen Antrag bezüglich Reinigung der Biotonnen wurde die Dringlichkeit wegen der vielen offenen Fragen nicht zuerkannt. Der vorliegende Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und der GRÜNEN-Fraktionen betreffend leistbares Wohnen wirft auch sehr viele Fragen auf. Unter Hinweis auf die vielen offenen Fragen, die mit diesem Antrag aufgeworfen wurden, möchte ich betonen, dass die Dringlichkeit nicht gegeben ist. Diese Fragen gehören in einem Ausschuss behandelt und vorbereitet, damit ein Antrag in Form eines Initiativantrages eingereicht werden könnte. Damit könnten wir von diesem leidlichen Instrument der dringlichen Anträge endlich einmal Abstand nehmen. Es wäre wichtig, die Vorgangsweise, die der Herr Bürgermeister bei einer der letzten Gemeinderatssitzungen auch immer wieder als das Credo hinausgegeben hat, umsetzen zu können. Wichtig wäre zuerst in den einzelnen Ausschüssen zu diskutieren und vorzu beraten, dann könnten wir auch wirklich mit diesen Dringlichkeitsanträgen aufhören. Deshalb wird die ÖVP-Fraktion der Dringlichkeit nicht zustimmen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Dem Sprecher der ÖVP-Fraktion dürfte entgangen sein, dass dieser Antrag im Wesentlichen die Zusammenfassung von zwei auf der Tagesordnung befindlichen Anträgen ist. Wir führten darüber mit den Fraktionsobmännern Gespräche und beschlossen einen gemeinsamen Antrag einzubringen, wobei Herr Vzbgm. Lehner zu diesem Zeitpunkt meinte, er müsse es noch in der Fraktion diskutieren. Es ist keine Frage des dringlichen Antrages, sondern eine Thematik, die sich bereits auf der Tagesordnung befand und jetzt wieder aufgenommen wurde.

StR. Dr. Rabl: Das vom Herrn Kollegen Dr. Csar Gesagte stimmt natürlich zum Teil - mit Einschränkungen. Die Dringlichkeit dieses Antrages und die Notwendigkeit heute eine Beschlussfassung herbeizuführen liegt schlichtweg darin, dass Vzbgm. Wimmer das Budget erstellen muss. Dieser Antrag kostet einfach Geld, und zwar nicht wenig. Überschlagsmäßig kommen wir auf eine Summe von ca. 750.000 Euro bis 1 Mio. Euro. Das bedeutet, wir müssen heute eine Grundsatzbeschlussfassung herbeiführen, damit Vzbgm. Wimmer diese Summe entsprechend im Budget berücksichtigen kann. Sollte es nämlich im Budget nicht berücksichtigt werden, würde sich das Ganze eineinhalb Jahre verzögern, was angesichts der derzeitigen Wohnungssituation für die Betroffenen sehr schwierig vorstellbar ist.

Sie müssen sich überlegen, es gibt in Lichtenegg Häuser, in denen 80 bis 85-jährige Bewohner leben, die nicht mehr zwei Jahre auf ihren Lift warten können. Diese müssen sich entscheiden entweder auszuziehen in ein Altersheim oder Betreutes Wohnen oder auf der anderen Seite sie bekommen rasch einen Lift und können in der Wohnung bleiben. Es gibt andere Bewohner, besonders in der Vogelweide, die dringend auf eine Senkung der Betriebskosten durch eine thermische Sanierung warten. Das heißt, von diesem Beschluss heute hängt die Budgetlage ab. Von der Budgetlage hängt in der Folge auch die Sanierung und die Durchführung dieser Investition ab. Deshalb glaube ich sehr wohl, dass heute diese Initiativen, die ohnehin schon im Vorfeld besprochen wurden – über ein Monat wurde darüber beraten – beschlossen werden sollen.



Bgm. Dr. Koits: Herr Kollege Csar, ich möchte nur als Denkanstoß anführen, dass hier steht, die Stadt Wels wird beauftragt umsetzbare Beschlussvorlagen auszuarbeiten. Das Thema muss somit sowieso in Ausschüssen behandelt und bearbeitet werden und erst dann kommen die entsprechenden Beschlüsse in den Stadtsenat oder Gemeinderat.

Dem Antrag (Anlage 4) wird die Dringlichkeit bei

gegen 27 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

zuerkannt.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Bürgermeister Dr. Peter Koits

1.)

Ankauf eines Kommunalfahrzeuges mit Containerhakengerät und Winterdienstausrüstung für die Dienststelle Kommunale Dienste;  
Ersatz für bestehenden Reform Muli WE 281 A;  
Auftragsvergabe (168.712,24)  
SB-Fu-336-2013

Der Antrag (Anlage 5) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 20.06.2013:

Der Auftrag zur Lieferung eines Kommunaltransporters Muli T 10 X inklusive Hakengerät, Abrollpritsche, Streugerät und Schneepflug gemäß Angebot vom 28.05.2013, inkl. v-Charge der BBG (0,4 %), in der Höhe von € 168.712,24 inkl. USt. ist im Wege der BBG an die Fa. Reform-Werke Bauer & Co GesmbH, Wels, Haidestraße 40, zu erteilen.

Einstimmig angenommen.

2.)

Ankauf eines Kommunalfahrzeuges mit Dreiseitenkipper, Ladekran und Winterdienstausrüstung für die Dienststelle Kommunale Dienste; Ersatz für bestehenden Reform Muli WE 283 A; Auftragsvergabe (161.869,33) SB-Fu-337-2013

Der Antrag (Anlage 6) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 20.06.2013:

Der Auftrag zur Lieferung eines Kommunaltransporters Muli T 10 X inklusive Dreiseitenkipper, Ladekran, Streugerät und Schneepflug gemäß Angebot vom 28.05.2013, inkl. v-Charge der BBG (0,4 %), in der Höhe von € 161.869,33 netto. da vorsteuerabzugsberechtigt, ist im Wege der BBG an die Fa. Reform-Werke Bauer & Co GesmbH, Wels, Haidestraße 40, zu erteilen.

Einstimmig angenommen.

3.)

WELIOS Betriebs-GmbH;  
Gewährung von Gesellschafterzuschüssen für 2013, 2014 und 2015  
FD-BetM-26-2013

Der Antrag (Anlage 7) lautet nach Vorberatung im Präsidial- und Integrationsausschuss am 20.06.2013:

Der Punkt 1. des Beschlusses des Gemeinderates vom 29.10.2012 wird wie folgt abgeändert (die Punkte 2. und 3. bleiben unverändert aufrecht):

Die Stadt Wels stellt der Welios Betriebs-GmbH für die Geschäftsjahre 2013, 2014 und 2015 jährlich einen nicht rückzahlbaren Gesellschafterzuschuss in Höhe bis zu maximal Euro 1.000.000,-- (eine Million) zur Abdeckung des jeweiligen jährlichen Jahresfehlbetrages zur Verfügung. Die Auszahlung der Mittel erfolgt nach dem Bedarf der Gesellschaft.

StR. Dr. Rabl: Ich möchte diesen Tagesordnungspunkt dazu verwenden die Geschichte des Welios kurz Revue passieren zu lassen. Es geht um Pläne und Prognosen. Am Anfang hieß es, 275.000 Besucher wären das absolute Minimum. Im ersten Jahr gab es tatsächlich 91.000, im zweiten Jahr 65.000 und derzeit liegen wir bei ca. 25.000 Besucher für das Halbjahr, für das Prognosejahr bei 50.000 Besucher.

Was kostet uns das? Am Anfang hieß es, es finanziert sich durch die Eintrittsgelder selbst. Es wurde ein Gewinn von 20.000 Euro ausgewiesen. Später sprach man von einem maximalen Verlust in der Höhe von 100.000 Euro. Noch etwas später sprach

man dann von 250.000 Euro Verlust, dann von 350.000 Euro Verlust. Der Verlust betrug dann tatsächlich 1 Mio. Euro.

Die Investition für Wels war erheblich und beträchtlich, denn es wurden 20 Mio. Euro in das Projekt investiert. Es wäre zu leicht für die Politik und auch für die FPÖ-Fraktion – die sich von Anfang an gegen dieses Projekt aussprach – zu sagen: „wir sperren es zu“. Es wäre deswegen zu leicht, weil die Institution per se, nämlich das Näherbringen der Technik an die Jugend, ein bildungspolitisches Ziel ist, das auch von uns 100-prozentig unterstützt wird. Wir glauben nicht, dass das Projekt falsch ist. Wir glauben einfach, dass die Planrechnungen und die Besuchererwartungen wesentlich zu hoch gesteckt wurden. Es liegt jetzt an der neuen Geschäftsführung hier einen Turnaround zu schaffen, sei es mit Sonderausstellungen oder einer teilweisen Erneuerung der Ausstellungsstücke. Dies bleibt der Geschäftsführung vollkommen überlassen, aber ...

Diese „aber“ möchte ich schon etwas näher darstellen, weil es Bestandteil der Beschlussfassung ist. Wir einigten uns parteieinvernehmlich darauf, dass 1,2 Mio. Euro Zuschuss für das Welios das Maximum sind, einen höheren Zuschuss darf und soll es nicht geben. Und das unter der Voraussetzung von mindestens 40.000 Besuchern, mit einem durchschnittlichen Eintrittsgeld von 5 Euro. Das bedeutet für mich nichts anderes, als sollte diese Besucherzahl langfristig oder mittelfristig wesentlich unterschritten werden, wird man sich natürlich darüber Gedanken machen müssen, was machen wir mit dem Welios zukünftig?

Diese Gedanken müssen wir uns jetzt noch nicht machen, jetzt blicken wir alle nach vorne und schauen, dass der Zug auf Schiene gebracht wird und vorwärts fährt. Das ist unser großes Ziel! Ich bin überzeugt, Herr Mag. Holl wird es in die richtigen Bahnen lenken. Er genießt das Vertrauen des Herrn Bürgermeister, das Vertrauen des Aufsichtsrates und er sollte auch die Unterstützung der sonstigen städtischen Betriebe oder sonstigen städtischen Abteilungen haben. Dafür werbe und kämpfe ich zur Zeit.

Ich glaube, man sollte das Welios auf jeder Ebene unterstützen, weil sonst im Nachhinein der Vorwurf kommt, wir hätten es eh geschafft, wenn uns die Stadt, die Messe oder EWW AG ordentlich unterstützt hätte. Diesen Vorwurf dürfen wir uns als Stadt, ebenso die stadtnahen Betriebe nicht gefallen lassen. Wir müssen das Welios jetzt ordentlich unterstützen. Es geht um eine Megainvestition, die auch irgendwann die Früchte bringen soll und das können wir nur durch gemeinsames Schauen in die Zukunft schaffen. Geschimpft wurde genug, jetzt gibt es diesen Neuanfang, der uns hoffentlich gelingt.

Die jährliche Evaluierung wird spannend, das Welios ist mit Zahlen messbar, wesentlich leichter als die Innenstadt oder das Stadtmarketing. Trotzdem wird es uns gelingen, das Schiff wieder auf Kurs zu bringen und ich hoffe daher, dass dies der letzte zu fassende Beschluss in diesem Zusammenhang ist, damit das Welios dem positiven Kurs entgegensteuert, den wir von Anfang an erwartet hätten.

GR. Reindl-Schwaighofer: Ich schließe mich den zuletzt gesagten Worten des StR. Dr. Rabl an, denn ich hoffe auch, dass wir nun das letzte Mal eine Debatte darüber führen. Die Debatte über die Entwicklung des Welios sollte zwischen Geschäftsleitung und dem Aufsichtsrat stattfinden, um das Welios auch inhaltlich weiterzubrin-

gen, so zu positionieren wie wir uns das gemeinsam vorstellen. Als Mitglied des Aufsichtsrates sehe ich auch, dass das Welios mit dem neuen Geschäftsführer sehr gut unterwegs ist. Ich meldete mich zu Wort um zu würdigen, dass wir gemeinsam als Gemeinderatsfraktionen sagen, das Welios ist eine tolle Idee, das Welios ist eine tolle Institution und das Welios kann gerade für junge Menschen für viele Bereiche in der Bildung bedeutende Aktionen setzen.

Angesprochen wurde dabei schon die „Jugend an die Technik heranzuführen“ bzw. die Technik auch für Frauen und Mädchen schmackhaft zu machen. Wir wissen, der Fachkräftemangel macht sich auch in Österreich bemerkbar, wodurch es wichtig ist, dass auch Frauen stärker in diesen Berufsfeldern vertreten sind. Es ist eine Aufgabe es zu schaffen, dass die Schulen zu uns ins Welios kommen. dass es eine ganz klare Entscheidung der Schulen ist das Welios zu besuchen, weil wir methodisch, pädagogisch didaktisch so weit sind, dass die Lehrer dann sagen, dieser Tag hat eine Bedeutung für die Entwicklung unserer Jugendlichen und Kinder.

Genau das ist der Punkt, um den es geht und ich freue mich, dass es gelang in einem mehrstündigen Workshop gemeinsam diese Dinge zu diskutieren und auf das heute zu Beschließende zu einigen. Wenn es uns gelingt das Welios aus der politischen Debatte herauszuhalten und wenn es uns gelingt den Geschäftsführer und den Aufsichtsrat in Ruhe arbeiten zu lassen, dann werden wir auch Wirtschafts- und Besucherefolge verzeichnen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Das Welios soll heute für die nächsten drei Jahre unterstützt werden. Wir als ÖVP-Fraktion bekannten uns dazu es zu probieren und Geld dafür herzugeben. Unter der Leitung von Mag. Michael Holl wird mit großem Engagement an die Arbeit gegangen. Die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen arbeiteten die letzten Jahre schon sehr stark an der Leistungsgrenze, aber durch diese vom Gemeinderat ausgesprochene Förderung können sie jetzt wieder durchaus Mut fassen.

Wenn wir uns nicht zum Welios bekennen, das Welios nicht vorantreiben und es finanziell nicht unterstützen wollen, dann hätten wir auch nicht vor einem halben bis dreiviertel Jahr einen Geschäftsführer bestellen dürfen. Denn nur mit einem neuen Geschäftsführer sind wir dazu bereit es zu probieren und zu schauen, was das Welios leisten kann.

Das Welios kann vieles leisten, das Welios entwickelt sich wieder besser, obwohl hin und wieder auch Besuchereinbrüche zu verzeichnen sind. Bei einem Museum der neuen Art ist – wie bei jedem anderen Museum auch - der Zufluss an Besuchern ein unterschiedlicher. Auch im Ars Electronica Center ist es immer wieder notwendig von der Stadt Linz eine Förderung zu erhalten. Über die Besucheranzahl des Welios kursieren verschieden Zahlen wie 60.000, 65.000, 45.000 oder 50.000. Das ist schon sehr gut, leider sinken die Besucherzahlen.

Mit dem neuen Konzept werden hoffentlich die Besucherzahlen wieder steigen, deshalb können wir sagen, mit dieser Startfinanzierung befinden wir uns auf einem guten Weg. Bekennen wir uns dazu. Versuchen wir die Welser Bevölkerung ins Boot zu holen, damit sie stolz auf das Welios sein kann und dieses gerne besuchen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Die Welser GRÜNEN standen natürlich von Anfang an hinter dem Projekt Welios und halten es sogar für eine ausgezeichnete Sache, dass die Stadt Wels eine Einrichtung wie das Welios hat. Ob es als Bildungseinrichtung, als Museum, als Energieerlebnishaus bezeichnet wird, jedenfalls ist es eine Einrichtung, in der das Thema erneuerbare Energie, sowie Themen aus Wissenschaft und Technik präsentiert werden können. Eine Einrichtung, die für uns als Stadt auch touristisch einiges bringen kann. Wobei hier noch mehr getan werden kann als bisher. Das heißt, wir stehen ganz klar hinter diesem Beschluss.

Es ist heute nicht der Tag für Vergangenheitsbewältigung, wenngleich es selbstverständlich einiges an dem in der Vergangenheit Passierte zu kritisieren gäbe. So ist z.B. dieses Haus viel zu lange provisorisch geführt worden, denn ein Haus wie dieses kann nicht im „Nebenjob“ geführt werden und dementsprechend wenig passierte in dieser Zeit. Eine Änderung aus dieser Zeit war die Veränderung des Logos, die dann wieder rückgängig gemacht wurde. Die versäumte Zeit stellt eines der Probleme dar, warum wir jetzt geschlossen hinter diesem Projekt stehen müssen.

Es geht nicht um Vergangenheitsbewältigung sondern um Zukunftsbewältigung. Wir sind davon überzeugt, dass das Welios Zukunft hat. Dafür braucht es jetzt allerdings die finanziellen Mittel das Konzept ein wenig rundzuerneuern und es wirklich zu einer Bildungseinrichtung zu gestalten. Dafür schaffen wir jetzt die entsprechenden Bedingungen. Die finanziellen Mittel werden vorhanden sein, allerdings unter bestimmten Bedingungen, die gewährleisten, dass das Welios kein Fass ohne Boden ist sondern dass mit diesen Mitteln sorgsam umgegangen wird und bestimmte Ziele erreicht werden. Wir stehen voll hinter diesem Beschluss und wünschen dem Welios alles Gute!

Bgm. Dr. Koits: Wir standen vor der Wahl das Gebäude mit viel weniger Geld zu verwalten oder wir sind aufgefordert, neu für die Zukunft zu gestalten. Bei einigen heute noch zu fassenden Beschlüssen wird die Politik nur Gestalter sein. Wir erkannten einem Antrag die Dringlichkeit zu, wo wir gestaltend einwirken. Wir werden auch heute noch zu einem Beschluss betreffend die Innenstadt kommen. Die Politik hat die Aufgabe zu gestalten und nicht zu verwalten. Das sehe ich als Schwerpunkt an und ich meine, es handelt sich um viel Geld. Die Geschäftsführung zusammen mit dem Aufsichtsrat ist aufgerufen an den vom Geschäftsführer in die Wege geleiteten Themen weiterzuarbeiten.

Wir sind aufgefordert überall dort, wo wir Partner gewinnen können, wie beim Land Oberösterreich, bei der Bundesregierung und in der nach Techniker rufenden Wirtschaft etc. Unterstützer zu finden. Mag. Rondonell mit seinem Freundeskreis für das Welios beispielsweise ist ein wichtiges Thema. Wir müssen so wie beim Tierpark mit seinem Förderverein auch für das Welios trachten einen Förderverein zu bekommen. Vieles Angedachte wurde bereits in die Wege geleitet und wir werden natürlich mit der Messe, EWW AG, Stadtmarketing etc. noch intensiver zusammenarbeiten.

In diesem Punkt muss ich Herrn Dr. Rabl Recht geben, denn auch das gehört dazu. Wir sind ein Haus, nämlich das Haus Wels und da haben alle mitzuarbeiten und entsprechend mitzuwirken. Zu den Ausführungen von Dr. Rabl möchte ich noch eine Richtigstellung anbringen. Bei ihnen klang es so als ob die Stadt Wels alleine diese Investition tätigte, aber dabei war in sehr hohem Ausmaß das Land Oberösterreich und natürlich auch die EU beteiligt. Ich denke wir sollten die Geschäftsführung ent-

sprechend politisch unterstützen, damit sie in Ruhe arbeiten kann und die Geschäftsführung an den Ergebnissen messen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits

Berichterstatter Vizebürgermeister Hermann Wimmer

4.)

Gabriele Eder, Wels, Nico-Dostal-Straße 52;  
Verkauf einer stadteigenen Wohnung im Objekt Flemingstraße 11;  
Vorausverfügung durch den Stadtsenat – nachträgliche Genehmigung  
DI-LV-16-2013

Der Antrag lautet:

An Frau Gabriele Eder, geb. 9.3.1970, 4600 Wels, Nico-Dostal-Straße 52 wird die im Eigentum der Stadt Wels befindliche Wohnung Nr. 29 im Haus Wels, Flemingstraße 11, unter nachstehenden Bedingungen verkauft:

1. Kaufpreis:

1.1. Der Kaufpreis für die Wohnung 29 in Wels, Flemingstraße 11 beträgt..... € 98.000,00

1.2. Die Berichtigung des Kaufpreises erfolgt in der nachstehend angeführten Weise:

a) ein Barbetrag in Höhe von ..... € 92.472,74

b) Übernahme der aushaftenden Darlehensbeträge wie folgt:

Darlehen Wohnbauförderung ..... per 1.4.2013 ..... € 5.527,26

3. Kosten:

Sämtliche mit der Errichtung und grundbücherlichen Durchführung des Kaufvertrages verbundenen Kosten, Gebühren, Abgaben und Steuern, gehen zu Lasten der Käuferin.

3. Die vom Stadtsenat gemäß § 47 Abs. 5 StW. 1992, i.d.g.F., durchgeführte Vorausverfügung wird nachträglich genehmigt.

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Es geht hier um eine nachträgliche Genehmigung. Eigentlich würden wir uns wünschen eine Genehmigung vorab und nicht nachträglich zu erteilen. Außerdem fehlt uns ein Hinweis, ob es sich bei diesen 92.000 Euro um einen marktüblichen Preis handelt oder nicht.

Vzbgm. Wimmer: Ja, es handelt sich um einen marktüblichen Preis.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Dr. Bernhard Wieser

5.)

Regionales Abfallwirtschaftsprogramm für die Stadt Wels  
SB-Awi-813-2013

Der Antrag (Anlage 9) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 18.06.2013:

1. Das Regionale Abfallwirtschaftsprogramm (Anlagen 10, 11, 12) für die Stadt Wels wird in der beiliegenden Endfassung beschlossen.
2. Der Magistrat der Stadt Wels wird beauftragt unter Bedachtsame auf die gesetzlichen Vorgaben und finanziellen Möglichkeiten die notwendigen Teilprojekte zu erstellen bzw. erstellen zu lassen, um die schrittweise Umsetzung des Abfallwirtschaftsprogrammes sicherzustellen.

Einstimmig angenommen.

6.)

Parkanlagen;  
Beschluss von Planungsprinzipien  
SB-StaG-31-2013

Der Antrag (Anlage 13) lautet nach Vorberatung im Umwelt-, Energie- und Abfallwirtschaftsausschuss am 18.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 14 beiliegenden „Planungsprinzipien der Stadt Wels“ grundsätzlich genehmigen.

GR. Hacker: Wie wir dem Amtsbericht entnehmen können, sind die zu pflegenden und hegenden Flächen der Park- und Spielanlagen beträchtlich. Wir reden hier von 59 ha, 50 Parkanlagen, 36 davon mit Spielplätzen. Die gesamten gärtnerischen Tätigkeiten werden durch die Mitarbeiter der Stadtgärtnerei in tadelloser Art und Weise durchgeführt. Auf Anregungen, die von Frau GR. Dipl.-Ing. Leitinger in der letzten Ausschusssitzung eingebracht wurden, wird eingegangen und nach Möglichkeit auch umgesetzt. Um der erforderlichen Sicherheit, der Benutzbarkeit, der zukunftsorientierten Maßnahmen und dem angemessenen Standard zu entsprechen, erfordert dies nicht nur geschultes Personal, sondern auch natürlich die dafür notwendigen finanziellen Mittel.

Natürlich wünschen wir uns alle sehenswürdige, *prachtvolle* Parks. Lebenswerte Parks sind Merkmale einer erfolgreichen Stadt. Was fällt mir hier ein? Ein schlummerndes Juwel mitten in unserer Stadt. Ein Park, der Stadtplatz bzw. Lederturm mit der Ringstraße verbindet. Ein Park als Ruhe- und Besinnungsort, allerdings düster, finster und leblos. Der Park erinnert die Welser Bürger nicht nur an den Tod – der Park wirkt auch tot. Hier würde ich mir mehr Attraktivität wie Licht, Wasser und eine freundliche Gartengestaltung wünschen. Einen Ort der stillen Begegnung, der Erholung - einen Platz zum Krafttanken.

GR. Mag. Lipp: Es wurde schon sehr viel gesagt und wer sich den Amtsbericht durchlas, weiß, wie viele Gedanken sich Herr Dipl.-Ing. Haslmayr und sein Team machte. Deshalb möchte ich ihm und seinem Team meinen Dank aussprechen. Ich weiß, wir können uns auf ihn verlassen und sich die Angelegenheit in kompetenten Händen befindet. Danke!

GR. Dipl.-Ing. Leitinger: Wir GRÜNEN setzten uns 2012 einen Schwerpunkt Parkanlagen, dazu machten wir eine umfangreiche Grunderhebung und wiesen auf den Sanierungsbedarf hin. Auch im letzten Agenda-21-Prozess waren die Grünanlagen ein wichtiges Thema. Das zeigt wie wichtig die Grünanlagen bzw. deren Gestaltung unseren Bürgern und Bürgerinnen ist. Die verschiedenen Themengruppen setzten sich sehr dafür ein Parkanlagen, wie den Gaswerkpark – ich warte nur mehr auf die Umsetzung – oder den Pollheimerpark anzusehen und Gestaltungsvorschläge dafür zu entwickeln.

Als sehr wichtig betrachte ich einen Gestaltungsplan mit Planungsprinzipien für alle unsere Parks, also nicht nur der Innenstadtbereich, sondern für alle Parks und Grünanlagen in Wels, die nach diesen Prinzipien angesehen und umgestaltet werden sollen. Dafür braucht es natürlich Mittel und ich ersuche sie diese Mittel zu reservieren, um die Parks sukzessive nach diesen Gestaltungsprinzipien bearbeiten, umgestalten und ausbauen zu können.

Ich möchte auch der Stadtgärtnerei und Herrn Dipl.-Ing. Haslmayr meinen Dank für diesen Plan aussprechen. Damit schaffen wir die Basis, um die Parks in Wels lebenswerter und attraktiver zu gestalten, denn Parks gehören zu einer Stadt einfach dazu.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich bin natürlich hochofret über diese große Zustimmung für einen Teil meiner vielen Ressorts, die ich in Wels zu betreuen habe. Die Frau Kollegin Dipl.-Ing. Leitinger brachte im letzten Ausschuss vor, Fruchtbäume in Wels anzupflanzen. Von uns wurde dieser Vorschlag nicht so explizit aufgenommen, würde aber im Umkreis von Schulen, damit die Kinder kennenlernen wie die Früchte wachsen, sicher eine interessante Angelegenheit darstellen.



Ich denke es ist ein Prozess über viele Jahre und wir dotieren auch jährlich das Budget mit Mitteln, damit Bäume gepflanzt oder ausgewechselt werden können. In diesem Zusammenhang habe ich den Wunsch, dass Gelder nicht erst monatelange Prozesse einer Agenda-21-Prozedur durchlaufen müssen, sondern man sie direkt der Stadtgärtnerei und den städtischen Einrichtungen zur Verfügung stellt. Dadurch könnte das eine oder andere schneller erledigt oder umgesetzt werden.

Bgm. Dr. Koits: Über die Agenda-21 kann man sicherlich unterschiedlicher Meinung sein, aber ich bin grundsätzlich dafür, weil die Agenda Prozesse Inhalte haben, mit denen sich die Bürger identifizieren können.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

7.)

Initiativantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Entlohnung von Schülerinnen und Schüler während eines Ferialjobs;  
Resolution an die Bundesregierung  
DI-Verf-239-2013

Vzbgm. Lehner: Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit einem Initiativantrag, der Ferialjobs bundesweit erleichtern soll. Es geht uns darum speziell Schülerinnen und Schülern vor der Matura mehr Praxis in den Betrieben zu ermöglichen. Derzeit sind die Bruttokosten für die Unternehmer sehr unterschiedlich und dadurch auch die Nettogehälter der SchülerInnen. Dies führt dazu, dass der eine oder andere sich durch Beziehungen über ein sehr gutes Salär freuen kann. Viele Schülerinnen und Schüler bekommen dadurch keine Praxis. Das gefällt uns als ÖVP überhaupt nicht. Denn so wie wir auch beim Welios die Jugend begeistern müssen für die Technik, für neue Berufe, aber auch ein Verständnis für die Berufe ihrer Väter und Mütter zu finden, ist es ebenso wichtig in der Praxis erste Schritte in den Unternehmen zu tätigen.

In einer Jugendbefragung der Schüler und Schülerinnen in Österreich – es wurde ein Jugendmonitor im Mai 2013 erstellt – äußerten sich 75 Prozent der befragten Jugendlichen sehr positiv zu einem Praktikumsplatz. Sie wünschen sich einen Praktikumsplatz während der Schulzeit und genau das wollen wir in dieser Resolution an die Bundesregierung unterstützen. Damit soll es leistbar werden für die Betriebe und für die Schülerinnen und Schüler interessanter und moderner ein Praktikum in den Betrieben zu absolvieren. Mit diesem Praktikum sollen Berufserfahrungen gesammelt werden, die für Bewerbungen und für den Einstieg ins Berufsleben sehr wichtig sind.

GR. Ganzert: Zu diesem Vorschlag gibt es seitens der SPÖ-Fraktion eine positive Haltung, vor allem für eine gerechtere und bessere Entlohnung von Ferialtätigen. Hervorheben möchte ich noch einmal die Modalitäten der Versicherung. Es ist ganz wichtig zu schauen, wird diese Arbeit dem Pensionskonto angerechnet. Ebenso ist die Sicherheit des Dienstgebers und vor allem des Dienstnehmers im Falle von Arbeitsunfällen etc. wichtig. Das sind alles offene, schwierig zu lösende Fragen.

Außerdem habe ich das Gefühl, es handelt sich hier um einen Alibiantrag. Wenn man sich zurückerinnert, vor wenigen Wochen wurde im Landtag eine neue Regelung der Wohnbeihilfe beschlossen. Da vernahm ich von den Kolleginnen und Kollegen der FPÖ- und ÖVP-Fraktion etwas anderes, und zwar eine Beschneidung der Wohnbeihilfe für diejenigen Personen, die im Sommer einen Ferialjob haben. Das bedeutet, wenn der Haushalt Wohnbeihilfe bezieht und das Kind einem Ferialjob nachgeht, wird die Entlohnung zur Erwerbsgrundlage dazugezählt und am Ende vom Jahr wird der Betrag 1:1 wieder abgezogen. Ich betrachte das als äußerst leistungsfeindlich und das verhindert eventuelle Berufserfahrung.

StR. Dr. Rabl: Ich möchte die Ausführungen des Kollegen Ganzert, die ich über weite Teile teile, nicht wiederholen. Ergänzend möchte ich anführen – aus Erfahrungen aus meinem Betrieb -, dass das Problem der Praktiker nicht jenes ist, etwas Brutto für Netto ausbezahlt zu bekommen. Sehr viele Unternehmer schrecken davor zurück Praktikanten aufzunehmen, weil diese nicht über das notwendige Know-how verfügen und es sich auch nicht in einem Monat aneignen können. Auf der anderen Seite müssen kollektivvertragliche Mindestlöhne bezahlt werden, die vor allem im Bereich der Industrie erheblich sind. Viele Unternehmer wollen niemanden einschulen, der sehr viel Zeit kostet und dem der kollektivvertragliche Mindestlohn bezahlt werden muss. Deswegen werden Praktikanten nicht eingestellt - zumindest vernahm ich diese Gründe sehr oft.

Es wäre daher eine Gesamtregelung sinnvoll. Es ist zu wenig nur zu sagen, die Formel Brutto für Netto gehört ausbezahlt, ohne die Probleme Versicherung, Pension, etc zu besprechen. Vor allem gehört auch eine entsprechende Entlohnungsgrundlage gesetzlich geschaffen. Es wäre denkbar zu sagen, egal in welchem Industriezweig ein Praktikum gemacht wird, man bekommt eine Basisentlohnung in der Höhe von 1.000 Euro Mindestlohn. Diese Forderung eines Mindestlohnes in der Höhe von 1.000 Euro gab es schon einmal und so etwas könnte ich mir vorstellen. Nicht, dass dieser aufgrund der kollektivvertraglichen Bestimmungen entsprechend hoch ausfällt und gerade im relevanten Bereich der Technik eine Aufnahme dadurch nicht erfolgen würde. Man sollte das ein bisschen gesamthafter betrachten und ich wäre dafür, diese Angelegenheit noch einmal im zuständigen Ausschuss zu erörtern.

GR. Prof. Mag. Teubl: Bei diesem Antrag sollte man zuerst einmal unterscheiden zwischen den klassischen Ferialjobs und den sogenannten Pflichtpraktika, die lehrplangemäß vorgeschrieben sind, denn dabei handelt es sich um zwei sehr unterschiedliche Dinge. Bei den Pflichtpraktika - die mir doch einigermaßen bekannt sind – absolvieren die Schüler und Schülerinnen ihr Praktikum in ihrem Ausbildungsschwerpunkt und bringen dadurch zumindest eine Grundlage mit.

Andererseits kann man beobachten, dass die Firmen, die Schülerinnen und Schülern ein Pflichtpraktikum anbieten, natürlich auch wissen, dass diese ein Praktikum machen müssen und dementsprechend gering ist häufig die Bezahlung. Hier sollte man sich auf

einen Mindestbetrag verständigen, der für ein Pflichtpraktikum als Entlohnung zu bezahlen ist, sonst gibt es natürlich sehr große Unterschiede in der Entlohnung. Vor allem gibt es große Unterschiede bei der Entlohnung zwischen Pflichtpraktikanten und sonstigen Ferialjobtätigen, die häufig doch besser gestellt sind.

Da gibt es noch einiges zu überlegen, daher sollte man diesen Antrag noch einmal im Detail besprechen.

GR. Josseck-Herdt zur Geschäftsordnung: Ich beantrage eine Zuweisung dieser Angelegenheit an den zuständigen Ausschuss.

Der o.a. Geschäftsordnungsantrag von GR. Josseck-Herdt auf Zuweisung gst. Initiativantrages (Anlage 15) an den zuständigen Ausschuss zur weiteren Behandlung bzw. Beratung wird mit

gegen 10 Ja-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
und 21 Nein-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
und 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer ist bei o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Dr. Wieser: Es tut mir wirklich leid, dass dieser Antrag nicht in einen Ausschuss verwiesen wird. Das hier zu Papier Gebrachte ist sehr undurchsichtig, man weiß nicht um was es eigentlich geht. Betrifft es die klassischen Ferialjobs, die auch vom Magistrat und sehr vielen anderen Einrichtungen angeboten werden?

Zu den Ferialjobs gibt es klare Regelungen. Dabei werden Jugendlichen Tätigkeiten in den Ferien angeboten, um sich etwas Taschengeld zu verdienen. Bei diesen Ferialjobs kann man es sich aussuchen, ob man für 500 oder 600 Euro drei oder vier Wochen arbeiten möchte oder nicht. In der Regel sind diese Entlohnungen entsprechend mit der Sozialversicherung und der Lohnsteuer verbunden. Bei ihnen aber werden Praktiken und Ferialjobs total vermischt. Bei den Praktika wird verlangt, dass die Schüler gewisse Zeit in den Unternehmen verbringen, wo sie praktisch das in der Schule Unterrichtete lernen. Nur gibt es dabei immer wieder Probleme, weil in der Regel keine Entlohnung verlangt wird. Dabei geht es um das Lernen im Betrieb. Dieses Praktikum benötigen die SchülerInnen für ihren Schulabschluss.

Im Gespräch mit den Eltern stellt sich möglicherweise heraus, dass die SchülerInnen Tätigkeiten mit arbeitsähnlichem Charakter verrichteten, worauf zur Arbeiterkammer, zur Gewerkschaft oder auf das Arbeitsgericht gegangen wird, um eine kollektivvertragliche Entlohnung zu erreichen. Die nachfolgenden Jugendlichen, die auch einen Praktikumsplatz benötigen, haben dadurch keine Chance mehr auf einen Praktikumsplatz. Die Unternehmer lassen sich auf dieses Risiko nicht mehr ein. Diese Problematik sollte in diesem Antrag noch diskutiert werden. Wichtig erscheinen die pensionsrechtlichen Pensionskontopunkte, die mit einem richtigen Ferialjob verbunden sind.

GR. Haböck: Leider ist niemand hier in der Lage in diesem Antrag weiterzulesen, denn so in etwa der elften Zeile ist die Begründung angeführt: anteiliges Urlaubs- und Weihnachtsgeld, Urlaubsabfindungen und die hohen Lohnnebenkosten sowie der enorme bürokratische Aufwand sind besonders für die vielen Klein- und Mittelbetriebe enorme Einstiegshürden, die damit von vornherein auf die Einstellung von Schülerinnen und Schülern in den Ferien verzichten. Hier zeigen sich auch die Schwerpunkte der FPÖ-Fraktion, denn wir beschlossen schon sehr viele schwammige Resolutionen. Bei einem Thema, wo einerseits versucht wird Erleichterung zu schaffen und andererseits Schülerinnen und Schülern die Hürden des Gesetzgebers und der Betriebe etwas zu erleichtern, wird groß herumgeredet und beantragt es in Ausschüsse zu verschieben.

Welcher Ausschuss wäre dies in Wels? Weil wenn man über Lohnnebenkosten, Geldzahlung, steuerliche Fragen beraten würde, dann wäre das der Bundesgesetz-Ausschuss, den die Stadt Wels jetzt anscheinend eingerichtet hat? Bei diesem Antrag handelt es sich um eine Resolution an die Bundesregierung. Es ist ein Bundesthema – in den Gesetzgebungsorganen des Bundes zu regeln – aber das wäre eine sinnvolle Regelung. Damit bräuchten wir als Stadt gar nicht so ins Detail gehen, wie Pensionsfragen, Versicherungsfragen usw. Eine Resolution soll den Gesetzgeber, die zuständigen Gremien darauf aufmerksam machen, dass hier eine Idee, ein Problem oder ein Lösungsvorschlag vorliegt. Aber schön zu sehen wer Probleme erkennt und Lösungsvorschläge an die zuständigen Gremien weiterleitet und wer Probleme in weiteren Arbeitskreisen zerreden möchte.

GR. Reindl-Schwaighofer: Über die Formulierungen könnte man diskutieren. Es handelt sich um eine Resolution für junge Menschen, die periodisch in den Ferien ein paar Wochen arbeiten möchten. Es wurde heute bereits gesagt, dass ein Unterschied zwischen einem Pflichtpraktikum und einem Ferialjob besteht. Die Ferienjobs, Herr Vizebürgermeister Wieser, sind im Wesentlichen knochenharte Jobs, wo Leute in der Industrie und in Gewerbebetrieben sehr oft Ersatzstellung für ArbeitnehmerInnen bringen müssen, die sich im Urlaub befinden. Es gibt keinen Betrieb, der aus Mitleid irgendjemanden beschäftigt. Die Frage ist die, wenn Leute über einen längeren Zeitraum Ferialjobs machen, vor allem Studenten, wie sich das ausgeht mit den Pensionsmonaten? Man sollte das nicht außer Acht lassen, aber hier handelt es sich um eine Resolution. Es geht darum für junge Menschen am Arbeitsmarkt Ferialjobs zu ermöglichen und deshalb stimmen wir dem auch zu.

StR. Dr. Rabl: Vielleicht ein paar Klarstellungen im Zusammenhang. Ich denke, der Ausschuss ist dazu da, als Vorschlag eingebrachte Textierungen zu überarbeiten und zu wissen, ob ich das unterstützen will oder nicht. Bei dieser Resolution fehlen Einzelteile zur Umsetzung, sie ist für uns nicht weit genug, sie ist für uns eine Botschaft. Das heißt, wir sind nicht generell dagegen, sie gehört einfach noch mehr ausformuliert.

Wenn das schon ein Problem in der demokratischen Meinungsfindung darstellt, etwas an den Ausschuss zu verweisen - wie auch schon öfters von der ÖVP-Fraktion bei FPÖ-Anträgen unterstützt wurde – verstehe ich etwas am demokratischen Verständnis nicht ganz. Ich gehe davon aus, du hättest nichts gegen eine Überweisung an einen Ausschuss, wenn es dort nur vernünftig diskutiert wird. Davon kann man ausgehen, da der Wirtschaftsausschuss von Vzbgm. Lehner geführt wird.

Ich kann diese Resolution nur bedingt verstehen, weil ja bekanntlich für diese Forderung sowohl das Finanzministerium als auch der Bundesminister für wirtschaftliche An-

gelegenheiten zuständig sind. Beides mit Fekter und Mitterlehner in ÖVP-Hand. Warum wurde das nicht schon längst umgesetzt? Wenn das so eine gute Idee ist, warum gibt es dazu keine Gesetzesvorlage? Die Regierung hätte jede Möglichkeit - auch die einzelnen Nationalratsclubs - und mit der SPÖ sogar eine Mehrheit. Hier eine Gemeinderatsresolution zu erstellen und damit zu einem politischen Thema aufzublasen, kann ich zwar nachvollziehen aber es bleibt eure Zuständigkeit. Unmengen an Resolutionen zu verfassen nur um ein Thema zu problematisieren ist, wie gesagt, ein gelungener Versuch.

Es muss dann aber auch eine zulässige Argumentation sein zu sagen, die gehen in dem einen oder anderen Bereich nicht weit genug. Wir wollen schon das Recht haben, textlich etwas zu ändern und in irgendeiner Weise unsere Gedanken und Überlegungen einzubringen. Die Kritik mit dem Kollektivvertrag ist eine Kritik, die sowohl die ÖVP als auch die FPÖ und Team Stronach gebracht hat. Wir sagten: Weg von dieser ganzen Verwaltungsproblematik, hin zu einer Vereinfachung um diesen Themenkreis entsprechend abzuriegeln. Das heißt für mich, dass diese Resolution gut ist, textlich aber nicht so ausgereift, damit wir zustimmen können. Im Ausschuss könnten wir unsere Änderungen einbringen, aber dies wurde von der ÖVP- und der SPÖ-Fraktion nicht gewünscht.

GR. LAbg. Dr. Csar: Ich möchte kurz auf die Wortmeldung von Dr. Rabl eingehen. Es klingt ein bisschen beleidigend - lieber Andreas, ich muss dir das bezüglich der Befindlichkeiten schon so sagen - dass wir eine Resolution von euch nicht so wertgeschätzt unterstützten. Das tut mir wirklich leid, aber es geht nicht immer so. Anträge der FPÖ-Fraktion sind nicht immer so gut bzw. so vernünftig, deshalb müssen wir uns überlegen, wo wir wirklich unsere Stimme hingeben.

Bei diesem Antrag hofften wir wirklich auf eure Zustimmung, weil es doch unser gemeinsames Bestreben sein könnte hier voranzukommen. Zu deiner Kritik, wir hätten jeden Referenten auf Bundesebene, da denken wir doch bitte einmal an den Wohnbaureferenten der Stadt Wels und an die Resolution bei der Wohnbauförderung leistbares Wohnen. Der Referent heißt Dr. Rabl. Die FPÖ-Fraktion bringt einen Antrag ein, wozu sich der anwesende Referent Dr. Rabl im Gemeinderat zu Wort melden kann. Diesen Vorwurf des Referenten in Wien betreffend – wir bräuchten die Anträge nicht einzubringen – muss ich aufs Schärfste zurückweisen. Das populistische Vorgehen muss ich dir wirklich bei diesem Wohnbauantrag selber sehr stark unterstellen.

StR. Dr. Rabl: Lieber Peter Csar! Ich glaube du hast entweder den Wohnbauantrag nicht gelesen oder nicht verstanden. Es geht hier nicht um eine Resolution an die Bundesregierung sondern um konkrete Schritte, die heute beschlossen werden sollen. Das heißt, es sind konkrete Arbeitsaufträge, die nicht nur von uns abzuarbeiten sind, auch Vzbgm. Lehner als zuständigen Planungsreferenten und andere. Wir verständigten uns daher hier gemeinsam, ein Sachprogramm um- bzw. durchzusetzen. Für den Grundsatzbeschluss benötige ich eine Mehrheit im Gemeinderat und es steckte sehr viel Arbeit dahinter, diesen Beschluss tatsächlich in Worte zu gießen. Die Hintergrundinformationen waren sehr fundiert, weshalb ich dies unbedingt richtig stellen musste. Es ist etwas anderes, eine Resolution zu beschließen an jemanden der in Wien zuständig ist oder tatsächlich Sachanträge zu stellen und budgetrelevante Grundsatzbeschlüsse zu fassen. Ich hoffe bei diesem als letzten auf der Tagesordnung angeführten Punkt dennoch auf breite Zustimmung seitens der ÖVP-Fraktion.

Bgm. Dr. Koits: Zur Sache, Herr Dr. Rabl!

Vzbgm. Lehner: Danke für die engagierte Diskussion und das Signal einer Zustimmung. Johann Reindl-Schwaighofer, du hast mit gutem Recht die sehr oft in den Ferien tätigen Leistungsträger genannt. Wir haben aber in unserer Resolution ganz bewusst Schülerinnen oder Schüler bis zum 12. oder 13. Schuljahr angesprochen. Das heißt, diese Schüler haben noch keine Matura oder noch kein Studium. Sie befinden sich in der Berufsfindungsphase und nicht welche, die als Studenten monatelang in den Ferien tätig sind um hier Praktika im Sinne einer vollen Arbeitskraft zu erfüllen. Für diese gilt selbstverständlich der Kollektivvertrag.

Für diejenigen, die nicht im Sinne von Mitarbeitern volle Leistungsträger sind, sondern klassische Schülerinnen und Schüler, die ihr erstes Praktikum absolvieren und sozusagen weniger Leistung im Betrieb erbringen, braucht es ein vernünftiges Einkommen. Das ist von uns gemeint und soll ein Vertrag gefunden werden, der nicht wie jetzt je nach Kollektivvertrag gestaffelt ist, von etwa 800 bis 1.500 Euro brutto im Monat. Es soll auch von den Sozialpartnern ein Betrag gefunden werden, der Praktikumsplätze ermöglicht. Denn anders als Vzbgm. Dr. Wieser anführte, sind nicht genügend Praktikumsplätze vorhanden. Die Schüler vermissen diese Möglichkeit der ersten Praxiserfahrung in den Betrieben.

Es wird hier so getan, als müssten pensionsrechtliche Dinge geregelt werden, ist es jetzt auch so, dass man die Lohnsteuer refundiert bekommt. Leider bringen diese während der Schullausbildung in den Ferien getätigten Praxiszeiten keine zusätzlichen Pensionsmonate. Es muss natürlich ein Unfall- und Sozialversicherungsschutz gegeben sein, der wie bei anderen schulischen Dingen über die Eltern gewährleistet ist.

Der Antrag (Anlage 15) zu Punkt 7. der Tagesordnung wird mit

22 Ja-Stimmen (SPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen 9 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)  
                  und 3 Stimmenthaltungen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

Vzbgm. Dr. Wieser ist bei o.a. Abstimmung nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

8.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 174) und  
des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 136)  
BZ-BauR-5004-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 16 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (174. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (136. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

9.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 175) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 137)  
BZ-BauR-5005-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 17 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (175. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (137. Änderung) beschließen.

Einstimmig angenommen.

10.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 176) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 138)  
BZ-BauR-5006-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 18 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (176. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (138. Änderung) beschließen.

Vzbgm. Lehner: Bei dieser Änderung in der Katastralgemeinde Lichtenegg soll in einem ehemaligen Gasthaus eine soziale Einrichtung errichtet werden. Die Caritas beabsichtigt Wohnplätze zur Betreuung von Personen mit psychosozialen Problemen zu schaffen. Von den Planungsträgern kamen keine Einwände. Es gab aber Ängste und Befürchtungen von den Anrainern. Nach einer abgehaltenen Infoveranstaltung am 16. April 2013 gemeinsam mit der Sozialreferentin, konnten sehr viele Ängste und Befürchtungen ausgeräumt werden. Dabei wurde aufgezeigt, wie ähnliche Einrichtungen funktionieren und wie zufrieden die umliegenden Bewohner sind.

StR. Huber: Es freut mich, dass sich hier ein gemeinsames Vorgehen abzeichnet, denn heute kommen wir noch zu dem Thema „Pflegeplätze nach dem Chancengleichheitsgesetz“. Hier geht es um Pflegeplätze für Menschen mit psychosozialen Problemen und es gibt eine Warteliste von 55 Personen. Daher ist es für die Stadt Wels dringend notwendig, eine solche Einrichtung zu schaffen. Vorweg ein Dankeschön.

Vzbgm. Lehner: Ich möchte mich jetzt generell bei den letzten drei Anträgen bedanken. Hier war die Bearbeitungszeit für die Flächenwidmungsplanänderungen unter einem halben Jahr und es ist speziell für die Betriebe aber auch für die soziale Einrichtung sehr wesentlich, dass die Stadt schnell arbeitet. Denn wer Betriebe und Investitionen rasch ermöglicht, der schafft auch Arbeitsplätze in unserer Stadt.

Einstimmig angenommen.

11.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels über die  
Abänderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003 (Änderung Nr. 169) und  
des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (Änderung Nr. 130)  
BZ-BauR-5019-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 19 beigefügte Verordnung über die Änderung des Flächenwidmungsplanes der Stadt Wels (169. Änderung des Flächenwidmungsplanes Nr. 4/2003) und des Örtlichen Entwicklungskonzeptes Nr. 1/1997 (130. Änderung) beschließen.

Mag. Günter Lehner: Es liegt heute ein sehr interessanter Beschlussantrag vor, weil es zum ersten Mal eine Fläche betrifft, die groß genug ist um die Prinzipien des umweltbewussten Planens zu ermöglichen. Diese Fläche ist jetzt nur gespiegelt, wird dann in Zukunft auf der Ost- oder Westseite noch weitergehen. Zur Erschließung dieser Fläche ist es notwendig eine Brücke zu errichten. Wer wird diese Brücke bezahlen? Im Ausschuss wurde darauf geantwortet, dass ein Teil dieser Brücke von den Projektanten bzw. dem Grundeigentümer zu bezahlen sei. Das heißt dem Häuselbauer werden diese Kosten mit Sicherheit überwältzt.

Am Ende unserer Tagesordnung des heutigen Gemeinderates werden wir einen Dringlichkeitsantrag behandeln, bei dem das „leistbare Wohnen“ im Vordergrund steht. In diesem Dringlichkeitsantrag sollte der Antrag einfließen diese Errichtungskosten der Brücke nicht auf die Projektanten bzw. Häuselbauer überzuwälzen. Diese Brücke dient nicht nur den Projektanten und den sich neu ansiedelnden Bewohnern. Meiner Meinung nach ist diese Überwälzung der Kosten auf die Häuselbauer und Projektanten nicht zulässig und sollte im Rahmen dieses Dringlichkeitsantrages bzw. nach Beschlussfassung in dem entsprechenden Gremium so behandelt werden, dass diese Kosten von der öffentlichen Hand getragen werden.

Vzbgm. Lehner: Wir hatten im Reformpapier 2010 der Stadt Wels grundsätzlich die Vorgabe den pauschalen Flächenwidmungsbeitrag von 10 Prozent auf 15 Prozent zu



erhöhen. Nachdem der Gesetzgeber uns diese Möglichkeit nahm und uns dadurch zwingt die tatsächlich anfallenden Infrastrukturkosten zu verrechnen, machten wir das bei diesem Projekt so. Wir zogen aber auch die weiter westlich liegenden Flächen in die Aufteilung der Infrastrukturkosten mit ein.

Wenn der Gemeinderat und der zuständige Ausschuss im Zuge des „leistbaren Wohnens“ hier eine Möglichkeit findet, die einerseits das Budget der Stadt wieder belasten wird, andererseits Baugründe in Wels reduziert und günstiger macht, dann ist das die Möglichkeit dieses Gemeinderates. Für mich als zuständigen Referenten ist es wichtig, den gesetzmäßigen Auftrag zu erfüllen, den die Landesregierung mir gab, nämlich die tatsächlich anfallenden Infrastrukturkosten zu verrechnen. Das wurde hier bei diesem Grundstück so gemacht und wurde auch im Einvernehmen mit den Grundstückseigentümern vertraglich abgesichert. Das heißt, durch diesen Konsens ist der Grundstückseigentümer in der Lage dieses Grundstück in dieser Lage zu einem vernünftigen Preis zu verwerten.

Einstimmig angenommen.

12.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels  
betreffend Bebauungsplan Nr. 210/1.13 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BZ-BauR-6001-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 20 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 210/1.13 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

13.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels  
betreffend Bebauungsplan Nr. 218/1.6 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BZ-BauR-6020-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 21 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 210/1.13 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wenn man diesen Bebauungsplan ansieht, dann entnimmt man dem Amtsbericht nur, dass durch diesen Bebauungsplan die Möglichkeit zum Bau eines Wintergartens geschaffen wird. Wir gelangten in der Zwischenzeit zu einer anderen Auffassung. Natürlich geht es bei diesem Bebauungsplan um mehr. Neben der bestehen-

den Bebauung werden tatsächlich weitere Bebauungsmöglichkeiten, nämlich drei Doppelhäuser eingezeichnet. Dadurch wird eine weitere Bebauung im Bereich zwischen der Traunau und der Tannenstraße, dieser Aufschließungsstraße am Rande der Noitzmühlsiedlung, möglich. Wir sind der Meinung, diese Bebauung sollte aus mehreren Gründen nicht erfolgen: Es widerspricht dem Grundgedanken des Entwicklungskonzeptes für die Siedlung Noitzmühle hier weitere Gebäude zu errichten, denn hier soll eine möglichst offene Gestaltung in Richtung Traunau erfolgen. Dieser ungehinderte Zugang zur Traunau ist schließlich auch ein Teil der Wohnqualität der Noitzmühle bei all den dort vielleicht existierenden Problemen und zeichnet diese auch aus.

Durch diese drei vorgesehenen Gebäude würde hier eine bauliche Barriere entstehen, die nicht nur den Zugang verschlechtert, sondern sich vor allem hineinschiebt zwischen die Wohnsiedlung und die Traunau. Wir halten das nicht für eine gute Lösung und werden nun nach genauerer Betrachtung dieses Bebauungsplanes diesem Antrag nicht zustimmen.

Vzbgm. Lehner: Genau diese drei Doppelhäuser sind ja eine Möglichkeit die Durchmischung in der Noitzmühle zu verbessern. Ich denke, jeder der diesen zur Zeit uncharmanten, brachen Platz kennt, erkennt, dass es hier ideal ist, eine Wohnbebauung vor allem für Familien im Doppelhaus zu ermöglichen. Das bringt uns unserem Ziel der besseren Attraktivierung und Durchmischung der Noitzmühle einen Schritt näher. Daher ersuche ich um ihre Zustimmung zu diesem Bebauungsplan.

Der Antrag (Anlage 21) zu Punkt 13. der Tagesordnung wird mit

26 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
gegen       3 Nein-Stimmen (GRÜNE-Fraktion)

angenommen.

GR. Baumgartner, GR. Manfred Wiesinger, GR. Reindl-Schwaighofer, GR. Mag. Lipp, GR. Ganzert und GR. Markus Wiesinger waren bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Rabl

14.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels  
betreffend Bebauungsplan Nr. 221/D.1 (Stadtteil: Lichtenegg)  
BZ-BauR-6014-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 22 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 221/D1 (Stadtteil: Lichtenegg) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Lehner nimmt an der Abstimmung zu Punkt 14. der Tagesordnung wegen Befangenheit nicht teil.

Berichterstatter Vizebürgermeister Peter Lehner

15.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels  
betreffend Bebauungsplan Nr. 316/B.1 (Stadtteil: Vogelweide)  
BZ-BauR-6022-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 23 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 316/B.1 (Stadtteil: Vogelweide) beschließen.

Einstimmig angenommen.

16.)

Verordnung des Gemeinderates der Stadt Wels betreffend  
Bebauungsplan Nr. 405/1.6 (Stadtteil: Neustadt)  
BZ-BauR-6016-2012

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Wirtschafts- und Stadtentwicklungsausschuss am 10.06.2013, der Gemeinderat möge die als Anlage 24 beigefügte Verordnung betreffend Bebauungsplan Nr. 405/1.6 (Stadtteil: Neustadt) beschließen.

Einstimmig angenommen.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung und übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Stadtrat Gerhard Kroiß

17.)

Ernennung des Pflichtbereichskommandanten und seiner  
Stellvertreter für das Gebiet der Stadt Wels  
BZ-Fp-112-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Verkehrs- und Straßenbauausschuss am 13.06.2013, der Gemeinderat möge den als Anlage 25 beigefügten Bescheid, BZ-Fp-112-2013, beschließen.

Einstimmig angenommen.

Berichterstatter Stadtrat Dr. Andreas Rabl

18.)

Erneuerung Fußgängerzone Schmidtgasse-Bäckergasse;  
Grundsatzbeschluss (2,552.000,--)  
BauD-648-2013

Der Antrag lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 20.06.2013:

1. Die Erneuerung der Fußgängerzone in der Bäckergasse und Schmidtgasse wird mit einem Brutto-Kostenrahmen von € 1.245.500.- für die Schmidtgasse und von € 1.306.500.- € für die Bäckergasse grundsätzlich genehmigt. Der Gesamtbetrag für die Gesamterneuerung beträgt € 2.552.000.-. Die Schätzgenauigkeit liegt bei +/- 15%.
- 2) Zur Umsetzung dieses Projektes wird der Magistrat beauftragt:
  - 2.1. die Erneuerung in zwei Phasen abzuwickeln,
  - 2.2. ein baureifes Detailprojekt ausarbeiten zu lassen,
  - 2.3. die Abstimmung mit EWW-AG etc. (Leitungsträger),
  - 2.4. die WMT mit dem Marketing zu beauftragen,
  - 2.5. die Baufeldmachung projektmäßig vorzubereiten.“

GR. Raggl-Mühlberger: Die Sanierung und Erneuerung der Fußgängerzone Schmidtgasse und Bäckergasse sind für die Attraktivität der Innenstadt ein ganz wichtiger Schritt. Die beiden Fußgängerzonen sind zwei Hauptachsen der Innenstadt und sollen auch dementsprechend gepflegt, einladend und hochwertig ausgestattet werden. So ein Großprojekt beinhaltet natürlich auch Probleme und Engpässe. Dazu sollte man auch sagen, dass darauf getrachtet werden soll die Bauphase so schnell wie möglich über die Bühne zu bringen. Vor allem für die Betriebe ist mit Umsatzeinbußen von 30 – 50 %

zu rechnen. Natürlich können die Firmen reagieren und die Vororder der Ware reduzieren.

Baustellenfestivals, wöchentliche Informationen über den Baufortschritt, Marketingmaßnahmen und Kunden trotz Baustellen in die Geschäfte und Cafes zu locken sind eine gute Sache und sicherlich dringend notwendig. Sie helfen jedoch den Unternehmern nur sehr gering, da die Fixkosten, wie Miete, Strom, Personal, Versicherung in gleicher Höhe bestehen bleiben. Bei einem Umsatzrückgang von bis zu 50 % ist es nur sehr schwer zu wirtschaften. Der Unternehmer hat nur die Möglichkeit beim Wareneinsatz und beim Personal zu sparen, da die anderen Positionen, wie Strom, Versicherung, Miete gleich bleiben.

Es stellt sich daher für uns die Frage an den Wirtschaftsreferenten, ob man nicht mit Zuschüssen zu den Fixkosten den Unternehmen mehr und sinnvoller helfen kann. Vielleicht sollte man auch einen runden Tisch der Hausbesitzer einberufen, um diesen die Situation zu erklären und sie zu fragen, ob sie sich eine reduzierte Miete in dieser Zeit vorstellen könnten. Schließlich wird auch deren Immobilie durch die Sanierung der beiden Fußgängerzonen aufgewertet. Vor allen Dingen ist hier ein konstruktives Miteinander ein wichtiger und unverzichtbarer Bestandteil.

GR. Humer: Grundsätzlich stehen wir dieser Erneuerung der beiden Teilbereiche der Fußgängerzonen Schmidtgasse und Bäcker gasse positiv gegenüber. Man muss jedoch an dieser Stelle sagen, wir haben in den letzten Jahren gerade im Bereich der Innenstadt sehr viel getan. Wesentlich ist für uns, dass wir hier einen Rahmen schaffen können. Politik soll gestalten, wir als Politiker in der Stadt Wels schaffen einen Rahmen. Das Bild, das dann der einzelne Handelsbetrieb, der einzelne Kaufmann in der Schmidtgasse, der Bäcker gasse für sich selbst kreiert ist seine Hausaufgabe. Wir wollen, das sagte Dr. Rabl bereits, hier offensichtlich zeitgemäß sanieren. Die Pflasterung in der Schmidtgasse und Bäcker gasse ist schon etwas in die Jahre gekommen. Wir lesen das auch im Amtsbericht, in der Schmidtgasse liegt eine Sanierung 36 Jahre zurück, in der Bäcker gasse 34 Jahre.

Die Investition ist beträchtlich, auch wenn sie auf zwei Jahre aufgeteilt wird. 1,3 Mio. Euro für den Bereich der Schmidtgasse, 1,2 Mio. Euro für den Bereich der Bäcker gasse. Es sollte als Chance für jeden einzelnen Geschäftsmann, für jeden einzelnen Handelsbetrieb in diesen beiden Gassen gesehen werden. Ich lade zu einem gemeinsamen Miteinander ein. Sehen wir in die Zukunft, begreifen wir, dass es eine große Chance für jeden einzelnen Geschäftsmann ist. Diese Investition sollte schon wieder für die nächsten 30 – 40 Jahren reichen. Wir haben etwas ganz Wesentliches, wir müssen uns wohlfühlen, man muss in den Fußgängerzonen Möglichkeiten des Ausrastens haben, es muss die Beleuchtung passen aber auch das Gesamtangebot, der Branchenmix passen. Es bringt nur wenig, wenn ich etwas komplett neu mache und dann dort fünf Handyshops finde. Hier ist auch das Stadtmarketing und der Wirtschaftsreferent gefordert das als große Chance für die nächsten zwanzig bis dreißig Jahre zu ergreifen. In diesem Sinne noch einmal: Wir stehen dem grundsätzlich positiv gegenüber, aber bitte auch in den Planungen sehr detailliert vorgehen. Lassen wir uns genügend Zeit, damit am Ende wirklich etwas Sinnvolles herauskommt.

GR. Wildfellner: Wir reden hier von einer beträchtlichen Investition für die Innenstadt. Wie mein Kollege Bernhard Humer bereits sagte, sind wir grundsätzlich positiv eingestellt. Ich verhehle nicht, dass wir in den letzten Jahren zig Millionen Euro für die Innen-

stadt ausgaben und die Stadtteile ein bisschen vernachlässigten. Es ist hier nicht die Frage ob die Pflasterung alt, neu, schön oder nicht schön aussehen soll. Es ist hier mit den geringsten Mitteln der größtmögliche Nutzen zu erzielen. Ich stimme persönlich diesem Antrag zähneknirschend zu - das gebe ich hier unumwunden zu. In die Jahre gekommen sind viele andere Dinge auch. Wir müssen hier Prioritäten setzen. Ihnen, Herr Dr. Rabl, möchte ich noch persönlich sagen, nicht nur die Innenstadt ist für Wels relevant.

GR. Schönberger: Aufgrund meiner beruflichen Tätigkeit bin ich sehr viel in Österreich unterwegs und wenn alle Pflaster, weil sie uneben sind, z.B. in Wien oder in der Salzburger Innenstadt, herausgenommen werden müssen, hätten diese Städte einen erheblichen Bedarf. Dasselbe gilt für Innsbruck und Linz. Ich möchte gar keine internationalen Vergleiche herstellen. Lassen wir es einmal dahin gestellt, dass das Geschäft der Welsener Innenstadtkaufleute davon abhängt ob dort mit Stilettos einkaufen kann oder nicht. Ich glaube es wird, auch wenn wir ein vergoldetes Pflaster mit einfügen, nicht sehr viel ändern. Wenn sie an einem Sonntagnachmittag in Wels ein Cafehaus besuchen wollen, haben sie nach wie vor ein Problem. Das hat schon etwas damit zu tun.

Wenn man zuvor die Cima-Studie bemüht hat, in der es hieß, es muss ein Branchenmix her von Kleingewerbetreibenden; in einer Struktur wie wir sie leider in Wels nicht haben, hilft uns eine Pflasterung nicht sehr viel weiter. Wir haben diese Kleingewerbetreibenden, wir haben sie in Wels, wir haben sie in der Eferdinger Straße, wir haben sie in der Grieskirchner Straße, wir haben sie in der Pernau, wir haben sie in der Noitzmühle. Dort kümmern wir uns nicht um das Aussehen der Pflasterungen. Dort kümmern wir uns nicht darum können die Kunden parken oder nicht. Ich vermisse noch immer ein Verkehrskonzept für die Neustadt, wo die Kunden gleichermaßen parken können. Also eines muss ich schon sagen, man kann sich eh um das Wohnzimmer kümmern, aber wenn die Terrasse einbricht und der Balkon runter stürzt und Feuer am Dach ist, dann ist es nicht so amüsant, wenn man im Wohnzimmer sitzt und sagt, dort schaut es aber super aus.

Wir haben 900.000 Euro vom Stadtmarketing für Marketingmaßnahmen für die Innenstadt gebunden für das heurige Jahr. Ich finde es schon ein bisschen komisch, dass man nun 200.000 Euro an Marketingmaßnahmen braucht um diese Fußgängerzone noch einmal extra zu bewerben. Das mutet für mich in diesem Bericht etwas komisch an, weil das Stadtmarketing sowieso nur den Fokus in der Innenstadt findet. Wozu braucht man dann noch 200.000 Euro für irgendetwas? Das ist mir schleierhaft und ich hoffe, nachdem dies nur ein Grundsatzbeschluss ist, dass diese Dinge noch einmal extra zu einer Beschlussfassung kommen, wie diese Mittel und Gelder dann letzten Endes eingesetzt werden.

Vzbgm. Lehner: Über diesen Grundsatzbeschluss bin ich sehr froh, der das Thema Sanierung in den Vordergrund bringt. Ich gebe anderen Recht, wir haben sehr viele Bereiche in Wels, wo eine Sanierung durchaus notwendig ist. Bei einer Sanierung muss man sehr strategisch beginnen, wenn wir nicht beim Herz der Stadt beginnen, bei unserer Innenstadt, wo sollen wir dann beginnen? Faktum ist, dass das Pflaster in einem verheerenden Zustand ist, das ist jetzt nicht nur der Abstand zwischen den Pflastersteinen sondern das ist der gesamte Unterbau. Dieser wurde vor 40 Jahren nicht so gemacht, wie man das heute machen müsste. Hier kommt es jährlich zu Frostaufbrüchen. D.h. hier bedarf es einer grundlegenden Sanierung und einer grundsätzlichen Neugestaltung dieser Handelszone, die dazu dient, überregional die Kunden nach Wels zu bringen. Es

geht also nicht darum, dass wir attraktiv sind in einem Stadtteil um der dort wohnenden Wohnbevölkerung ein gutes Ambiente zu bieten für ihren Einkauf, sondern es geht darum, dass wir über die Region hinaus attraktiv sind einerseits als Einkaufsstandort und auch als touristischer Standort. Dazu braucht es primär eine hervorragende Innenstadt, eine gut ausgebaute Innenstadt.

Das Thema Pflastern, Pflastersanierung und Beleuchtungserneuerung ist aber nur ein Teil. Es braucht bei dieser Innenstadtneukonzipierung viel mehr Punkte, die jetzt auch parallel in einem zusätzlichen Arbeitskreis behandelt werden. Hier geht es um die Be- spielung der Innenstadt. Da geht es um Themen wie Fassaden, wie Beschilderung, wie die Nutzung des öffentlichen Gutes, denn eines darf uns nicht passieren, dass wir jetzt das Pflaster erneuern und dann erleben wir eine Baustelle, wie derzeit in der Bäcker- gasse, wo sozusagen über Wochen und Monate die Fußgängerzone so behandelt wird, wie wenn hier keinerlei Kundenfrequenz wäre, wo wir ein Riesenärgernis für alle Ge- schäftsleute haben aufgrund von Staub, von Schmutz, von Lärm usw.

Hier braucht es viele begleitende Maßnahmen, die natürlich jetzt auch während einer Umbauphase mit Marketing begleitet werden müssen. Es ist richtig, dass die Kaufleute ein wahrscheinliches Minus von 30/40/50 % im nächsten Jahr erzielen werden. Man kann aber dieses Minus reduzieren indem man die Kaufleute unterstützt, damit sie ihre Kundschaft direkt ansprechen, indem wir Feste oder andere Veranstaltungen machen, um auch das Thema Baustelle positiv zu beleuchten, positiv zu behandeln. Das zeigen uns andere Einkaufsstraßen, sei es die Getreidegasse, sei es die Kärntner Straße oder andere Plätze in Österreich, die in den letzten Jahren saniert wurden oder die auch jetzt zur Sanierung am Plan stehen, dass man hier umfassend tätig sein muss. D.h. nur das Pflaster und die Beleuchtung anzuschauen ist zu wenig.

Man muss die Dinge inszenieren und dazu benötigt es das schon angesprochene Mit- einander, welches immer wieder ein bisschen vergessen wird, wenn es darum geht den Wirtschaftsreferenten für irgendetwas verantwortlich zu machen. Ich glaube Ziel muss es sein nicht irgendwo einen Einzelverantwortlichen zu finden für Einzeldinge, sondern Ziel muss es sein bei diesem wirklich für die Stadt wesentlichen Projekt zusammenzu- arbeiten. Das weiterzuführen was wir begonnen haben, dass man gemeinsam mit offe- nen Augen durch die Stadt geht, sieht wo die brennendsten Probleme, wo die größten Herausforderungen sind und gemeinsam diesen Kurs auch in offener Diskussion und Meinungs- austausch einfach die bestmögliche und günstigste, da bin ich nicht bei der billigsten Lösung für unsere Stadt findet. Billig in diesem Fall wäre wahrscheinlich der falsche Zugang. Wir wollen eine hochqualitative Lösung, eine Lösung, die zu unserer historischen Altstadt passt, die auch zur A-Zone des Handels in unserer Stadt passt. Da braucht es Qualität, da braucht es ein Signal, dass wir in Wels uns zu Qualität und zu einer wirklich hervorragenden Wohnzimmerqualität in der Innenstadt bekennen.

StR. Kroiß: Das Sprichwort „Wer billig kauft – kauft teuer“ würde genau dann zutreffen, wenn wir das von ihnen Vorgeschlagene gemacht hätten, nämlich dass wir mit gerings- tem Einsatz oder mit billigsten Mitteln die Sanierung begonnen hätten. Ich muss aller- dings sagen, das Thema Fußgängerzone und Pflasterung betrifft mich schon sehr lan- ge. Wir haben es ja auch tatsächlich probiert. Es hat Versuche mit der Fachabteilung hier im Hause gegeben, es hat Versuche mit Fremdfirmen gegeben, aber es hat alles nicht funktioniert. Die Ergebnisse waren nicht so wie wir sie uns vorgestellt haben. Das wäre genau das gewesen, dass wir etwas sehr billig gemacht hätten, wo wir dann alle nicht zufrieden gewesen wären. Auch der Unterbau ist ein großes Problem.

Aufgrund dessen bin ich auch der Meinung, dass es zwar wirklich sehr viel Geld ist (2,5 Mio. Euro), aber es wirklich jeden Euro wert ist. Wir werden uns natürlich ganz genau anschauen, wo wir welche Sachen umsetzen werden.

Zu Kollegen Schönberger darf ich sagen, wenn dieser meint, dass es für die Neustadt kein Parkkonzept gibt, dann möchte ich dem schon widersprechen, weil eines ist klar – gerade in der Neustadt haben wir versucht je nach Geschäft auf die Parkzeiten, 30-Minuten- oder 60-Minuten-Zonen, zu achten. Es wurde hier wirklich sehr viel versucht um das Parken bei den Geschäften zu ermöglichen.

Zum Thema „Poller“ möchte ich schon sagen, dass es ganz wichtig ist dieses System der versenkbaren Poller z.B. in Salzburg anzusehen. Ich war bereits einmal dort und habe mir das Problem dieser Poller angeschaut. Es gibt verschiedene Zugänge wie man das Ganze lösen kann. Das müssen wir uns genau überlegen.

Auch das Thema einer Radüberdachung wurde mit dem Referenten bereits besprochen im Bereich Kaiser-Josef-Platz, beim Abgang zur Tiefgarage. Mit dieser Pflasterung könnte man vielleicht auch noch ein Problem lösen, das wäre ein taktiles Leitsystem für die Sehbehinderten in unserer Stadt. Ich glaube, dass hier wirklich jeder Euro gut investiert ist.

GR. Hoflehner: Mit Freude habe ich soeben erfahren, dass es eine Strategie gibt. Als Neustädter Bewohner sind wir über diese Strategie wirklich gespannt über die taktischen Schritte, die zu unternehmen sind, näher etwas zu erfahren.

Ich glaube wir sollten, Kollege Schönberger hat es bereits angesprochen, uns wirklich einmal um die Situation in der Neustadt annehmen und vielleicht im 11. oder 12. Jahr der Diskussion darüber ein Verkehrskonzept über den fließenden und ruhenden Verkehr in der Neustadt machen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Zunächst einmal erfüllt mich mit einer gewissen Genugtuung, dass jetzt 36 Jahre nach der Gestaltung der Fußgängerzone in der Welser Innenstadt zumindest keine Wortmeldung gekommen ist, die in Frage stellt, dass eine Fußgängerzone eine gute Sache ist. Das freut uns GRÜNE natürlich ganz besonders und wir würden uns freuen, wenn sie bei dem einen oder anderen Projekt in der Innenstadt vielleicht auch noch diese Überlegung einfließen lassen könnten, ob nicht auch hier eine Fußgängerzone für die weitere Entwicklung dieses Gebiets von Vorteil wäre. Ich denke hier an den westlichen Stadtplatz.

Sonst sind hier eine Reihe von Einwänden gekommen, die ich natürlich durchaus auch für richtig erachte, wie z.B. warum nicht auch für die Stadtteile so viel getan wird wie für die Innenstadt. Auch das kann man unterstreichen. Natürlich soll auch für die Stadtteile das getan werden, aber wir sind uns doch einig, dass die Innenstadt derzeit das Problemkind ist und dass wir ganz dringend etwas tun müssen, um hier zu einer Belebung zu kommen.

Der Einwand ist auch richtig, dass die Situation der Innenstadt nicht nur krankt an der Optik, nicht nur daran krankt, dass die mit Stöckelschuhen beschuhten Damen nicht ordentlich durch diese Fußgängerzone gehen können, sondern dass es um mehr geht. Dass hier eine ganze Fülle von Maßnahmen notwendig sein wird um tatsächlich etwas



zu erreichen. Aber seien wir doch ehrlich. Die Optik der Fußgängerzone ist tatsächlich eine, der man die Jahre ankennt, die sie auf dem Buckel hat. Sie versprüht tatsächlich den Charme der 70er Jahre und da es die Zeit war, in der ich studiert habe, habe ich dadurch auch nostalgische Gefühle, wenn ich das sehe, aber es entspricht sicherlich nicht mehr den Anforderungen einer modernen Innenstadt.

Dass viel Geld für das Marketing ausgegeben wird, finde ich auch. Vielleicht sollte man sich dies noch einmal anschauen, ob man wirklich fast 10 % des gesamten Investitionsvolumens für die Vermarktung einer Baustelle braucht.

Aber grundsätzlich sind wir selbstverständlich für diese Investition, denn hier handelt es sich um eines der großen Versäumnisse der letzten Jahre. Wenn hier gesagt wird, dass dies das Budget belastet, dann stimmt das selbstverständlich. Wir sind die Ersten, die immer davor warnen das Budget überzustrapazieren, aber man muss dann eben auch sagen, das Problem ist halt, dass die Budgets der letzten Jahre einfach so gestaltet wurden, dass die wirklich wichtigen Dinge darin nicht vorgekommen sind. Dass die Anforderungen, die an uns gestellt werden, einfach ignoriert wurden und einfach viel zu wenig geschaut wurde, dass die drängenden Probleme gelöst werden. Sondern man hat in andere Bereiche investiert, wo man durchaus vielleicht sich hätte das Eine oder Andere sparen können, Stichwort Autobahnauffahrt, überdimensionierte Sportstätten. Das ist dazu unsere Position. Dass wir diesen Antrag unterstützen, ist eine Selbstverständlichkeit.

GR. Pernkopf: Ich verstehe die Kritik aus der SPÖ-Fraktion betreffend Höhe der Mittel. Auch in der ÖVP-Fraktion haben wir uns über dieses Thema ausführlich unterhalten. Ich kann nur dazu entgegnen: Wenn vom Wohnzimmer und vom Garten, von der Terrasse gesprochen wird, ist das Faktum, dass die Innenstadt einfach unser Wohnzimmer ist. Die Attraktivität in der Innenstadt ist wichtig. Wie bereits gesagt wurde, muss dies mit sehr hohen Drainagen geregelt werden. Ich warne davor, das nicht mit billigen Methoden zu machen sondern doch, so wie von der Baudirektion unlängst vorgestellt wurde, mit hohem Sachverstand und mit hoher qualitativer Ausführung.

Auch bin ich dafür, dass die Stadtteile nicht ständig untergeordnet werden. Jedoch kommen die Besucher in das Zentrum und leider nicht in die Stadtteile. D.h. wir müssen hier die Kirche im Dorf lassen, schauen wir, dass wir dies gut über die Bühne bringen, die Investition als solche wird sowieso noch heftig.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es gab das Stichwort „viel Geld“. Wenn wir richtig viel Geld ausgeben, sollten wir auch aufpassen, dass wir alle notwendigen Dinge ausleuchten, damit der zu erwartende Erfolg durch die Investition auch erreicht wird. Was meine ich damit: Wir sind Welserinnen und Welser, die hoffentlich in der Innenstadt in den Geschäften einkaufen und ihre Erledigungen machen. Nicht nur in der Innenstadt, auch in den Stadtteilen. Bei einem Einkauf in der Innenstadt merke ich, dass von Tag zu Tag immer mehr Zettel auf den Türen hängen, dass in den Sommermonaten Samstagnachmittag geschlossen ist.

Dieses Problem haben wir bereits öfters diskutiert und erörtert. Der Beitrag insgesamt muss auch von den Geschäftsleuten kommen. Wir können uns die Frage immer wieder stellen: Was war früher? Die Henne oder das Ei? Sind die Leute nicht gekommen weil der Branchenmix nicht gepasst hat, weil ich keine offene Eingangstür gefunden habe

oder sind die Leute nicht gekommen, weil sie mit den Stiletto umgeknickt sind, weil die Abstände bei den Pflastersteinen so groß waren?

Ich möchte jetzt nicht polemisieren, es wird bei den Umbaumaßnahmen, so erwartet Vzbgm. Lehner, zu Umsatzeinbußen kommen. Das ist ja fast schon ein „Aufgelegter“ für jeden, der in der Innenstadt sein Geschäft hat. Man weiß, es muss so kommen wie beim Bau der K-J-Tiefgarage, dass man sich seine Abschlagszahlungen abholen kann. Wir sollten jetzt auch wirklich darauf schauen, dass wir einen guten Branchenmix und optimale Öffnungszeiten haben. Wer von ihnen geht das dritte Mal in einem Bereich einkaufen, wenn er jedes Mal zu Zeiten, wo man eigentlich eine offene Tür erwartet hätte, eine geschlossene Tür vorfindet. Nicht dass ich kein Verständnis für Betriebe ohne Personal habe, wo nur der Eigentümer im Geschäft anwesend ist. Aber es ist trotzdem notwendig nicht nur zu jammern sondern es ist notwendig, dass alle ihren Beitrag bringen. Wir geben richtig viel Geld aus und dann sollten wir auch richtig gute Ergebnisse erzielen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Der große Physiker Einstein hat gemeint „Mehr als mit der Vergangenheit beschäftige ich mich mit der Zukunft, denn in ihr muss ich leben“. Natürlich hat er mit dieser Aussage Recht, d.h. die Stadt muss sich fit machen für die Zukunft. Dazu zählt natürlich die Innenstadt und so habe ich es verstanden. Dazu zählen aber natürlich auch die Stadtteile, denn dort lebt die Mehrheit der Menschen in dieser Stadt, nicht im Zentrum. Daher finde ich es ganz wichtig, dass wir die Stadtteile nicht vergessen und ich denke mir im örtlichen Entwicklungskonzept, welches in Überarbeitung ist, müssen die Stadtteile entsprechenden Raum und Platz finden.

Eines ist mir noch von sehr großer Bedeutung. Wir machen jetzt die Innenstadt nicht neu für den Kaufmann A, B, C oder D, sondern wir machen die Innenstadt neu für die Bevölkerung in dieser Stadt. Wir machen sie neu für die Gäste, die unsere Stadt besuchen. Selbstverständlich auch für die Welser Wirtschaft. Wenn die Wirtschaft floriert, kommen auch Gäste usw. Daher besteht dieser ganze Komplex aus drei Themen. Einerseits aus der Gestaltung des öffentlichen Raumes, andererseits aber auch was passiert in diesem öffentlichen Raum. Was passiert in den Geschäften? Daher muss dieses weitere Thema, welches Peter Lehner angeschnitten hat, selbstverständlich im Stadtmarketing und mit der Wirtschaft vorangetrieben werden. Stadtmarketing und die Wirtschaft ist in der Pflicht, genauso wie die Stadt Wels bei der Gestaltung des öffentlichen Raumes.

Vielleicht eine kleine Korrektur an die Kollegen Dr. Rabl und Mag. Teubl: Es ist selbstverständlich in den Fußgängerzonen immer etwas geschehen. Es ist ja nicht so, dass wir sagen die Fußgängerzone ist vor 40 Jahren gebaut worden und seither hat sich nichts mehr getan. In zeitlichen Abständen haben wir immer einiges gemacht, wie Beleuchtung, Blumentröge, öffentlicher Raumgestaltung etc. Das wollte ich klar stellen.

Jetzt gestalten wir die beiden angesprochenen Bereiche, dann kommt der weitere Innenstadtbereich. Die Fuzo ist nur ein ganz kleiner Teil, dann gibt es noch den weit größeren Bereich und selbstverständlich die Stadtteile, die nicht vergessen werden dürfen. Ich persönlich bin überzeugt, wir können hier dem Ganzen einen neuen Schwung verleihen, der Innenstadt neuen Auftrieb geben im Verhältnis zu der Thematik Einkaufszentrum an der Peripherie, Innenstadt usw. Das gehört natürlich auch mit dazu.

Ich bin froh, dass sich Kollege Dr. Rabl entschließen konnte das Thema Bürgerbeteiligung so stark herauszustreichen und zu sagen, wir wollen natürlich dies gemeinsam machen. Das kann ich nur unterstützen und unterstreichen. Das Ziel sollte sein, dass viele Personen aus der Bevölkerung bei einer solchen Befragung teilnehmen.

GR. Manfred Wiesinger: In den Diskussionen sind ein paar Punkte gefallen, zu denen ich auch etwas sagen möchte. Als der Antrag kam, das Stadtmarketing soll mehr für die Stadtteile tun, stimmte ich diesem zu. Es müssen sich auch die Kaufleute in den Stadtteilen zusammenschließen, gemeinsam Projekte entwickeln und dafür Geld fordern. Dann wird es auch Unterstützungen von uns an der Umsetzung geben.

Die Neustadt wird hingestellt als wenn es in diesem Stadtteil so schlecht wäre. Es gab eine gute Umgestaltung der Neustadt. Ich wohne gerne dort. Ich gehe gerne in der Grieskirchner Straße/Eferdinger Straße spazieren. Es ist schön dort, es sind auch gute Geschäfte dort. Das sollte man herausheben und nicht so tun als ob es in der Neustadt so schlecht wäre.

Zum Parken in der Neustadt kann ich nur eines sagen: Als die Neustadt umgestaltet wurde, war ich bei den Besprechungen mit den Kaufleuten dabei. Dort wurde gesagt, man macht Kurzparkzonen. Kurzparkzonen ja, aber ja nicht kontrollieren. Dann müssen sie sich schon entscheiden was sie möchten. Möchten sie ein kontrolliertes Parken oder wollen sie dieses nicht?

Zu den Ausführungen von Kollegen Reindl-Schwaighofer muss ich die kleinen Unternehmer mit ihren Öffnungszeiten in Schutz nehmen. Gerade die kleinen Unternehmen haben Probleme mit dem Umsatz. Sie müssen schauen wie sie ihre gut bezahlten Mitarbeiter noch erhalten können. Deshalb müssen sie irgendwann etwas mit den Geschäftszeiten tun. Die großen Konzerne betreiben teilweise „Sklavenhandel“. Sie wissen sehr genau wie die Mitarbeiter dort bezahlt werden. Das machen die kleinen Unternehmer nicht. Diese sperren lieber früher zu, weil sie es sich nicht mehr leisten können.

StR. Dr. Rabl: Danke für die zahlreichen Diskussionsbeiträge. Ich werde versuchen zu den wesentlichen Punkten Stellung zu nehmen.

Liebe Kollegin Wildfellner, es ist völlig richtig, dass in der Vergangenheit die Stadtteile vernachlässigt worden sind. Man merkt, die Wende hat es 2009 gegeben, als StR. Kroiß diese Agenden übernahm, vorher war es ja in der Zuständigkeit der SPÖ bzw. anderer Parteien. Man sieht also, wenn wir etwas in die Hand nehmen, tut sich auch etwas. Dass ich in diesem Bereich nichts tun kann liegt daran, dass ich Innenstadtreferent bin und wie schon der Name sagt, ist dieser für die Innenstadt und nicht für die Stadtteile zuständig. Ich könnte mir aber vorstellen, dass es hier eine Ausweitung der Referate geben könnte. Die Stadtplanung z.B. würde mich sehr interessieren. Wenn die SPÖ das unterstützen würde, würde ich einen derartigen Antrag einbringen. Leider war das in der Vergangenheit nicht so.

Wenn es darum geht sparsam zu agieren, dann muss ich sagen, natürlich muss ich sparsam agieren. Das steht ja auch im Gesetz, nämlich die Verwaltung ist sparsam, zweckmäßig und wirtschaftlich auszuüben und dieser Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit habe ich mich natürlich verschrieben. Dass dies manchen in der SPÖ nicht passt,

kann ich auch nachvollziehen. Da ist man leider nicht so genau, aber mit dem muss ich halt leben.

Lieber Kollege Mag. Teubl, es ist völlig richtig, die Fußgängerzone hat ein bisschen den Charme der 70er Jahre. Die großen Versäumnisse der letzten Jahre sehe ich auch. Ob diese mit dem Budget zusammenhängen oder nicht, glaube ich nicht. Es ist eher eine Frage der Wertigkeit, d.h. wofür gebe ich mein Geld aus. Die Schwerpunkte wurden hier aus meiner Sicht falsch gesetzt, und zwar nicht nur im Bereich der Fußgängerzone, sondern auch in vielen anderen Bereichen. Beispielsweise denke ich hier an die Schulsanierung, an die Sanierung der öffentlichen Gebäude etc. Aber diese Versäumnisse gilt es jetzt nachzuholen und ich glaube wir sind in diesem Zusammenhang auf einem durchaus guten Weg.

Kollege Reindl-Schwaighofer sagt, es wird hier richtig viel Geld ausgegeben und er will damit richtig gute Ergebnisse erzielen. Das ist alles relativ. Wir haben heute zum Welios einen Zuschuss beschlossen von 1,2 Mio. Euro. Die Fußgängerzone kostet in zwei Jahren genau so viel, das Welios haben wir aber noch länger am Hals. Dazu muss ich sagen, richtig viel Geld mit richtig guten Ergebnissen würde ich mir auch fürs Welios wünschen. Alles genau zu durchleuchten und zu prüfen, dazu kann ich nur sagen, die SPÖ wird offensichtlich in dieser Frage gescheitert, weil das hätte man beim Welios auch schon machen sollen. Leider ist das offensichtlich ein bisschen zu wenig passiert.

Wenn ich jetzt noch kurz auf den Herrn Bürgermeister eingehe: Herr Bürgermeister, es ist völlig richtig was Einstein sagte: „Mehr als die Vergangenheit interessiert mich die Zukunft, in der gedenke ich zu leben“. Ich möchte aber auch darauf hinweisen, dass andere kluge Leute sagten „Wer in der Zukunft lesen will, muss in der Vergangenheit blättern“ oder wie Richard von Weizsäcker sagte: „Wer vor der Vergangenheit die Augen schließt, wird blind für die Zukunft“ – beides möchte ich nicht. Wir sollten natürlich aus den Fehlern der Vergangenheit lernen und dazu ist es immer wieder notwendig uns die Vergangenheit in Erinnerung zu rufen. Wenn ich mir alleine denke, was die Antifa regelmäßig an Gedenktagen feiert und zelebriert, dann muss ich sagen, das ist ein gutes Beispiel dafür, dass Erinnerung lebendig bleiben soll oder muss um Fehler nicht zu wiederholen.

Was die Bürgerbeteiligung betrifft, ist es völlig richtig. Die Bürgerbeteiligung, die wir in diesem Zusammenhang haben wollen, ist eine konkrete, nämlich die Entscheidung zwischen zwei Alternativen. Alles andere, was in der Agenda bisher passierte, hat nicht zu Begeisterungstürmen hingerissen, was einfach daran liegt, dass der Agendaprozess umfangreich geführt wurde, das Geld für die Umsetzung aber dann spärlich vorhanden ist und das was umgesetzt wird, die Stadt Wels nicht wirklich vorwärts gebracht hat - soweit ich es beurteilen kann. Stolpersteine zu setzen oder andere Zeichen ist zwar nett aber verringert den Schilderwald keineswegs. Ob diese Wege, Themenwege genannt, tatsächlich begangen werden, wage ich ebenfalls zu bezweifeln.

Insgesamt möchte ich mich an dieser Stelle auch durchaus bedanken. Das Projekt in dieser ganz kurzen Zeit auf Schiene zu bringen, immerhin arbeiten wir erst seit April daran, ist eine ganz große Leistung der Verwaltung. In diesem Zusammenhang bedanke ich mich an der Verwaltungsspitze, der Frau Magistratsdirektorin, die uns sehr unterstützte, dem Herrn Baudirektor ebenso wie dem Vizebürgermeister Lehner und dem Stadtmarketingdirektor Jungreithmair, aber auch den Ausschussmitgliedern und hier ganz voran Mag. Humer. Alle haben hervorragende Arbeit geleistet und es dazu ge-

bracht, dass eine breite Lösung und eine breite Ebene gefunden werden konnte und die Unterstützung aller Parteien für dieses großartige Projekt vorhanden ist. Dafür sehr herzlich Dank und ich hoffe, dass bei den Finanzierungsbeschlüssen - es handelt sich hier nur um einen Grundsatzbeschluss, das muss ich auch betonen, wir brauchen noch entsprechende Finanzierungsbeschlüsse - ebenfalls diese Zustimmung in dieser Weise gegeben ist.

Noch ein gesprochenes p.s.: Gerhard, die Investitionen in den Stadtteilen habe ich durchaus so verstanden, dass du massive Positionen in diesem Zusammenhang in den außerordentlichen Haushalt aufnehmen solltest, damit auch die Neustadt und andere Stadtteile entsprechend erneuert werden. Ich hoffe dann, dass es auch in dieser Frage große Zustimmung der SPÖ geben wird, weil dann hätten wir eine große Beschlussmehrheit und das würde mich natürlich sehr freuen.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank Herr Dr. Rabl, insbesondere auch für den Hinweis auf den Finanzierungsbeschluss, der selbstverständlich Teil der Überlegungen für das Budget 2014/2015 sein wird.

Der Antrag (Anlage 26) zu Tagesordnungspunkt 18. wird

einstimmig angenommen.

19.)

Öffentliche Beleuchtung – Neuinstallationen;  
Grundsatzbeschluss; (239.791,63)  
Beleuchtungsprogramm 2013; Auftragsvergabe;  
Instandhaltung von Sonderanlagen  
BauD-BauH-21-2013

Der Antrag (Anlage 27) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 20.06.2013:

1. Das, in der Anlage beigefügte, Beleuchtungsprogramm 2013 wird grundsätzlich genehmigt.
2. Die Neuinstallationen der Straßenbeleuchtung im Rahmen des Beleuchtungsprogrammes 2013 werden zu den Preisen der Angebote vom 03.06.2013 mit einer Nettokostensumme von € 199.826,36 zuzüglich 20 % Mehrwertsteuer, das sind € 39.965,27, somit insgesamt € 239.791,63 an die Elektrizitätswerk Wels AG, Stelzhamerstraße 27, vergeben.
3. Der Baureferent wird bei Notwendigkeit ermächtigt – das Einvernehmen des Bauausschusses vorausgesetzt – unter Einhaltung der beschlossenen Brutto-Gesamtkostensumme geringfügige Änderungen vorzunehmen.

Einstimmig angenommen.

20.)

Stadt Wels; Welser Mühlbach, Sanierung der Ufermauer  
Fischergasse, Abschnitt Adlerstraße bis Brücke HTL;  
Grundsatzbeschluss (290.000,--)  
BauD-BauW-1000-2010

Der Antrag (Anlage 28) lautet nach Vorberatung im Bau- und Wohnungsausschuss am 20.06.2013:

Der Abbruch, die Errichtung einer Uferstützmauer sowie Sanierung der Straße und Montage eines Geländers am Mühlbach in der Fischergasse, Abschnitt Adlerstraße bis zur Brücke HTL mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von ca. € 290.000,-- brutto – Kostengenauigkeit +/- 10 % – wird grundsätzlich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

21.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
thermische Sanierung, Lifteinbau und Neubau von  
genossenschaftlichen Wohnhäusern  
DI-Verf-226-2013

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Koits.

Berichterstatter Stadtrat Walter Zaunmüller

22.)

Volksschule Neustadt; Generalsanierung des Zaunes;  
Grundsatzbeschluss (168.800,--)  
SF-Schu-127-2013

Der Antrag (Anlage 29) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 17.06.2013:

Die Generalsanierung des Zaunes der Volksschule Neustadt mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 168.800,00 inkl. MWSt. – Kostengenauigkeit +/- 10 % – durch die Stadt Wels wird grundsätzlich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

23.)

Welser Pflichtschulen; EDV-Vernetzung in allen Klassen;  
Grundsatzbeschluss (241.700,--)  
SF-Schu-128-2013

Der Antrag (Anlage 30) lautet nach Vorberatung im Generationen-, Bildungs- und Kulturausschuss am 17.06.2013:

Die EDV Vernetzung in den Welser Pflichtschulen mit einem voraussichtlichen Kostenaufwand von € 241.700,00 inkl. MWSt. – Kostengenauigkeit +/- 10 % – durch die Stadt Wels wird grundsätzlich genehmigt.

Einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits unterbricht die Sitzung zur Abhaltung der Bürgerfragestunde von 17.53 bis 18.15 Uhr

Berichterstatter GR. Johann Reindl-Schwaighofer

24.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Initiativen für leistbares Wohnen  
DI-Verf-211-2013

Dieser Tagesordnungspunkt wurde zu Beginn der Sitzung von der Tagesordnung genommen.

25.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Beitritt zur Plattform „FAIRTRADE-Gemeinde“  
DI-Verf-218-2013

GR. Reindl-Schwaighofer: In diesem Antrag geht es um die Beteiligung der Stadt Wels als Fairtrade-Gemeinde an der Initiative des Landes Oberösterreich. Der zuständige Referent der OÖ Landesregierung ist Landeshauptmann Dr. Pühringer, der in dieser Frage sehr rührig unterwegs ist und diesen Gedanken des Fairtrade gut unterstützt und auch vertritt.

Sie alle, sehr geehrte Damen und Herren, kennen Fairtrade-Produkte. Ich vermute, dass sie alle schon Fairtrade-Produkte konsumiert haben. Bekannt ist die Fairtrade-Schokolade der Firma Zotter. Die Firma Zotter betreibt sogar ein eigenes Fairtrade-Kakao-Projekt in Nicaragua. Das ist gelebte Solidarität, so wie der Fairtrade-Gedanke sich das vorstellt. Das Fairtrade-Siegel gibt es in fünfzehn europäischen Ländern, in Kanada, USA, Japan, Neuseeland, Australien ein Zeichen für faireres Handeln und höchste Qualität. Über 800 ProduzentInnen und Organisationen arbeiten zusammen, es sind 7,5 Mio. KleinbauerInnen in das gesamte weltweite Netz des Fairtrade-Gedankens eingebunden.

Fairtrade-Produkte gibt es in der Stadt Wels bereits, und zwar u.a. am Kaiser-Josef-Platz im Weltladen. Bei Fairtrade geht es darum, dass wir in Europa, in Ländern mit breitem Wohlstand, einen massiven Beitrag leisten können, dass Kleinbauern in Südamerika, Mittelamerika oder auch in Afrika ein gutes Auskommen haben. Beispielsweise darf ich anführen, dass zehn Familien, die in Europa einen bestimmten Kaffee trinken, schon das Überleben einer Kaffee produzierenden Kleinbauernfamilie unterstützen oder sichern können.

Beim Fairtrade-Gedanken geht es um die Bewusstseinsbildung. Das ist eine gute Ergänzung zu unserer Entwicklungszusammenarbeit mit der Partnerstadt Chichigalpa. Ich ersuche sie mit uns gemeinsam diesen Antrag zu unterstützen, dass wir auch in der Stadt diese Initiativen besser ergreifen können.

Bei diesem Antrag geht es darum, ein paar Aktionen zu setzen, damit diese Fairtrade-Produkte sichtbar gemacht und an die Konsumenten herangeführt werden können.

GR. Manfred Wiesinger: Vorerst erlaube ich mir festzuhalten, dass ich die Fairtrade-Idee für eine gute Sache halte. Es ist gut, wenn man darauf schaut, dass Produkte ökologisch und menschenwürdig erzeugt und zu fairen Preisen gehandelt werden.

Genauso wie bei Bioprodukten - Fairtrade-Produkte sind auch zum Großteil Bioprodukte - liegt es aber in der Natur der Sache, dass diese Produkte teurer sind als Produkte, die dieses oder ein anderes Gütesiegel nicht tragen. Daher sind diese Produkte eigentlich immer wieder nur für jene, die sich diese leisten können oder wollen. Trotzdem steigt der Marktanteil von Fairtrade-Produkten ständig an. Lt. dem Jahresbericht von Fairtrade Österreich wurden 2012 107 Mio. Euro in Fairtrade-Produkten umgesetzt, das ist ein Plus zu 2011 von 7 %. Die Produkte weisen teilweise einen Marktanteil von 20 % und sogar 50 % auf.

Was sollen wir mit diesem Initiativantrag beschließen? Fairtrade-Produkte sollen bei Sitzungen, in den Büros und in den Kantinen des Magistrates angeboten werden. Ich kann mich noch gut daran erinnern, als wir in einem Ausschuss vor ca. einem halben Jahr darüber diskutierten, wie in gewissen Abteilungen die Kopierkosten gesenkt werden sollen. Auf der einen Seite diskutieren wir, dass die Betriebskosten und Verwaltungskosten gesenkt werden müssen, auf der anderen Seite sollen wir jetzt etwas be-



schließen, was sicherlich die Anschaffung bei Kaffee und auch anderen Produkten die Kosten erhöht. Irgendwo verstehe ich das nicht! Ich glaube die Personen, die darauf schauen müssen, dass sie in der Verwaltung einsparen, werden das sicher auch nicht ganz verstehen.

Bezeichnend ist auch, dass Fairtrade auf ihrer Homepage extra darauf hinweist, dass bis zu einem Gesamtwert von 100.000 Euro Anschaffungen nicht ausgeschrieben werden müssen und eben Fairtrade-Produkte, auch wenn sie teurer sind, den Zuschlag bekommen können. Hier stelle ich mir aber auch die Frage, wie weit das wirklich noch mit Fairness zu tun hat, wenn andere Anbieter, die dieses Gütesiegel nicht haben, aber vielleicht auch gute und günstigere Produkte, dann nicht zum Zug kommen?

Auflegen von Fairtrade-Material, welches uns von der Fairtrade-Organisation kostenlos zur Verfügung gestellt wird, ein Hinweis auf der Homepage, eine bezahlte Anzeige von Fairtrade im Amtsblatt - das sollten die geringsten Probleme sein. Dazu muss man nicht unbedingt Fairtrade-Gemeinde werden und unbedingt einen Initiativantrag beschließen.

Dass in den Kaffeeautomaten zusätzlich zum normalen Kaffee der teurere Fairtrade-Kaffee angeboten wird, damit die Leute die Möglichkeit haben auch diesen zu konsumieren, oder dass in den Kantinen zusätzlich zum normalen Kaffee auch ein Fairtrade-Kaffee angeboten wird, auch das sollte nicht das Problem sein.

Dass der Wirtschaftsreferent bei einer seiner Aussendungen auch die Betriebe darauf hinweist wie wichtig es wäre, dass sie in ihren Sortiment auch Fairtrade-Produkte anbieten, auch das kann man ohne zusätzlichen Aufwand ganz gut machen und könnten wir sicherlich auch unterstützen.

Aber dann wird es wieder interessant: Da soll eigens ein Mitarbeiter beauftragt werden, dieses Projekt zu betreuen und zu überwachen. Bei jeder Sitzung hören wir vom Herrn Bürgermeister, dass wir bei jedem Antrag darauf achten sollen, ob dieser Antrag nicht zusätzliche Kosten verursacht in Zeiten von knappen Budgets. Als wir vor kurzem zusätzliches Personal für die Ordnungswache beschlossen, wurde gerade von der SPÖ-Fraktion gesagt, dass wir uns eigentlich dieses zusätzliche Personal nicht leisten können.

Wundern tut mich schon auch, z.B. wurde vor kurzem bei einer privaten Veranstaltung nämlich bei Kidskompass, vom Herrn Finanzreferenten gesagt, dass dafür kein Geld vorhanden ist. Für diese Fairtrade-Aktion ist z.B. für Werbeaktionen oder eine eigene Veranstaltung sehr wohl Geld vorhanden im Gegensatz zu einer Aktion, die die Welser Freizeitvereine beworben hatten, den Welserinnen und Welser die sich auch dazu bekannt haben. Aus diesem Grund können wir von der Freiheitlichen Fraktion diesem Antrag nicht zustimmen.

Vzbn. Lehner: Mit einem für mich wesentlichen Punkt möchte ich beginnen, nämlich dass einerseits Fairtrade sehr wichtig ist, andererseits mein Schwerpunkt, den dürfen wir nie vergessen, die Regionalität ist. D.h. mir ist jeder Welser Apfel und jede Birne, die bei unseren Landwirten in der Gegend gezüchtet werden lieber wie eine importierte Ananas oder sonstige ausländische Produkte. Ansonsten schließe ich mich, was den bürokratischen Aufwand und diese Dinge betrifft, dem Kollegen Manfred Wiesinger an.

Fairtrade ist grundsätzlich etwas Positives, es gibt jedoch auch viele andere positiven Dinge, weshalb ich zuerst in Erinnerung rufen möchte, wo Wels überhaupt Mitglied ist.

Ich möchte die Mitgliedschaften der Stadt Wels in Erinnerung rufen. Man fasst hier im Gemeinderat Beschlüsse, weil es halt gut klingt. Auch Fairtrade klingt gut, da bin ich sicherlich einer Meinung mit der SPÖ-Fraktion, aber was heißt das und wo sind wir jetzt überall Mitglied? Wir sind Mitglied beim Klimabündnis, bei der Gesunden Gemeinde, bei der Bodenbündnis European Land and Soil Alliance (ELSA), wir sind Teil der Klimaretung des Landes Oberösterreich, d.h. wir haben hier sehr viele Dinge schon. Wenn man jetzt die Gemeinderäte gefragt hätte wo wir überall Mitglied sind, so glaube ich wäre das Ergebnis ein sehr überschaubares gewesen.

D.h. aber nicht, dass mir fairer Handel nicht am Herzen liegt. Ich bin aber ein bisschen verwundert. Vor mir liegt eine neue Ausgabe des wunderschönen Hochglanzmagazins, das alle Mitarbeiter an ihre Privatadresse geschickt bekamen. Wir wurden als Stadt Wels von Dortmund eingeladen an einem EU-geförderten Projekt mitzumachen, wo es um sozial faire Beschaffung geht. D.h. Fairtrade – sozial faire Beschaffung – uns anzuschauen mit einer Förderung eines Projekts, das scheinbar schon auf Schiene ist. Das klingt so als wenn es in Wirklichkeit bereits umgesetzt wird, zumindest lese ich das so. Warum gibt es hier noch einen zusätzlichen Initiativantrag zu einer Fairtrade-Mitgliedschaft, wenn es ein gesondertes Projekt, in Hochglanz abgedruckt und nicht in schwarz-weiß, wie wir dies bei unserem Antrag haben, gibt? Hier bitte auch intern mehr zu kommunizieren, die positiven Dinge anschauen und eventuell übernehmen. Ich bin überzeugt, dass das ein gutes Projekt ist, welches auch in den entsprechenden Gremien vorangetrieben werden kann. Hier denke ich an den Kaffee; es gibt sicher noch entsprechendes Potential in unserem Hause. Ich selbst kaufe Fairtrade gehandelten Kaffee mit sehr guter Qualität für zu Hause.

GR. Prof. Mag. Teubl: Uns GRÜNEN sind natürlich entwicklungspolitische Fragen immer sehr wichtig gewesen seit unserer Gründung bis in die Gegenwart. Wir glauben einfach, dass es für Gemeinden notwendig ist über den Tellerrand hinauszublicken und nicht nur die kommunalen Bedürfnisse und Probleme wahrzunehmen, sondern auch ein wenig zumindest in der Bewusstseinsbildung darüber zu reden, welche Probleme es in der Welt gibt.

Wenn wir uns das genau anschauen sieht man, dass Österreich in der Entwicklungspolitik bei weitem kein Vorreiterland ist, sondern eher immer das Schlusslicht in der Statistik bildet wenn es darum geht Entwicklungshilfe zu leisten. Wir wissen aber auch, dass Entwicklungshilfe in Wirklichkeit mit Ausnahme von wenigen Ländern, die von Bürgerkriegen oder Naturkatastrophen heimgesucht werden, völlig unnötig wäre, wenn es einen fairen Handel gäbe. Wenn wir tatsächlich mit den Ländern der dritten Welt in einer Art und Weise Handel treiben würden, der nicht auf neokolonialer Ausbeutung beruht. Was ich damit meine ist, dass es um weit mehr geht als um fairgetradeten Kaffee und Schokolade. Das ist inzwischen meine ich weitgehend mainstream und wenn wir hier herumfragen im Kreise der Gemeinderätinnen und Gemeinderäte würden wahrscheinlich die meisten sagen, ja, das tue ich auch.

Es geht eigentlich darum, dass wir uns dessen bewusst sind welche Zusammenhänge weltweit im globalen Handel tatsächlich heute gegeben sind. Manchmal bekommen wir einen kleinen Einblick in die tatsächlichen Probleme, nämlich dann, wenn wir davon hören, dass in Bangladesch eine Fabrik abgebrannt ist und Näherinnen zu Schaden

gekommen sind, die unsere T-Shirts unter völlig unzumutbaren Bedingungen nähen. Manchmal hören wir auch davon, dass sich Mitarbeiter der Firma Foxconn in China das Leben nehmen, weil sie mit ihren Arbeits- und Lebensbedingungen nicht mehr zu Rande kommen. Die Wenigsten von uns wissen aber, dass wahrscheinlich auch der Computer, den wir zu Hause stehen haben, von der Firma Foxconn erzeugt worden ist. D.h. es geht natürlich um weit mehr als um einige wenige Produkte, die im Rahmen des Fairtrade-Konzeptes vertrieben werden. Aber es ist ein erster Schritt. Kollege Reindl-Schwaighofer hat natürlich ein sehr plastisches Beispiel gebracht mit den Kaffeebauern, denen schon geholfen ist, wenn einige wenige Konsumentinnen und Konsumenten umsteigen würden auf Fairtrade-Produkte.

Wenn man jetzt hier sagt, dann wird der Kaffee teurer, womöglich im Kaffeeautomaten im Rathaus wird der Kaffee um 10 Cent teurer, wäre das natürlich ganz schrecklich. Denn wir sind es längst gewohnt, dass unser Wohlstand auf Kosten der dritten Welt zustande kommt. Ich glaube hier müssen wir wirklich grundlegend umdenken. Es braucht dazu tatsächlich eine Menge Bewusstseinsarbeit. Bewusstseinsbildungsprozesse müssen in Gang gesetzt werden - das ist einer der Punkte, der in diesem Antrag angesprochen wird. Ich glaube es geht hier darum, dass wir mit dem Beitritt zu diesem Gemeindeverband der Fairtrade-Gemeinden ein Bekenntnis abgeben, dass uns der Fairtrade-Gedanke wichtig ist, dass wir Bewusstseinsbildung betreiben wollen und dass wir auch die eine oder andere Maßnahme setzen werden. Ich glaube nicht, dass uns diese genannten wenigen Maßnahmen tatsächlich materiell einen Schaden zufügen, der im Zusammenhang mit unserem Budget oder mit unserem persönlichen Einkommen ein erhebliches Problem bereitet. Ich würde die Ablehnung dieses Antrags als Armutszeugnis für unsere Stadt ansehen und hoffe, dass wir zu einer Mehrheit kommen.

GR. Haböck: Nach dieser Emote auf Fairtrade komme ich zurück zum Antrag. Man kann dies schon noch um eine Nummer kleiner machen. Dass die Stadt Wels die Armut in der Welt bekämpft ist sehr löblich. Trotzdem sind wir nur der Welser Gemeinderat. Abseits einer Diskussion über Fairtrade an sich hat dies durchaus auch ein paar negative Seiten. Ich weiß, das passt halt auch nicht wie Mag. Teubl sagte, in den mainstream, dass jedes Projekt, jede Organisation auch zwei Seiten hat - wie alles im Leben. Es wäre schon wünschenswert sich ein bisschen genauer mit dem Antrag zu beschäftigen was eine Fairtrade-Gemeinde bedeutet. Viele Gemeinden haben dieses Projekt bereits umgesetzt, sogar Gallneukirchen ist vor kurzem Fairtrade-Gemeinde geworden. Alles schön und löblich – aber was würde das für Wels bedeuten? Als Vorbereitung habe ich mir die Homepage der Fairtrade-Gemeinden angesehen; einerseits die Kriterien für Österreich und andererseits auch die Kriterien für Deutschland. Aufgefallen ist mir, dass die deutschen Kriterien viel strenger sind, dafür aber auch viel detaillierter. Was würde im Nachhinein auf uns zukommen? Gehen wir es einfach durch. Ich schrieb die Kurzversion von der Homepage ab. Es gibt auch Langversionen der Kriterien, in denen wirklich alles angeführt ist, was eine Stadt als Fairtrade-Gemeinde für zwei Jahre leisten muss um Mitglied sein zu dürfen.

Erstens einmal die von Kollegen Wiesinger bereits angesprochenen zwei Punkte: Auflegen von Infomaterialien, Gemeindezeitung, Homepage. Andererseits Fairtrade-Kaffee in den Sitzungen ausschenken. Wenn man für so etwas schon eine eigene Gemeinde sein und ein eigenes Projekt machen muss, frage ich mich wirklich, ob wir nicht dringendere Probleme haben, denen es sich anzunehmen gilt. Das könnte jederzeit schon in einem Referat gemacht werden ohne groß Kriterien erfüllen zu müssen.

Die örtlichen Einzelhändler anzuregen, dem Gemeindebewohner/innen Fairtrade-Produkte anzubieten und die Wirtschaftstreibenden der Gemeinde motivieren ihren Mitarbeiter/innen Fairtrade Produkte anzubieten und Fairtrade zu unterstützen, finde ich persönlich schon sehr weit hergeholt. Dass die Stadt Wels einerseits Betriebe motivieren muss, Kaffeesorten oder andere Produkte mit Fairtrade-Siegel zu konsumieren und welche Produkte die Einzelhändler zu verkaufen haben, finde ich schon etwas weit hergeholt. Ob man dafür Fairtrade-Stadt werden muss, lasse ich dahingestellt.

Während der jährlichen landesweiten Fairtrade-Wochen einschlägige Veranstaltungen organisieren und geeignete Werbemaßnahmen durchzuführen, ist natürlich eine Kostenfrage. Andererseits sprach Vzbgm. Lehner dies bereits an - wir sind auch faire Klima-Europa-Gemeinde und wahrscheinlich noch 34 andere Sachen, von denen ich nichts weiß - wahrscheinlich die anderen Gemeinderatsmitglieder auch nicht. Man kann schon sagen „Wels hat´s in sich“ – Wels hat extrem viele Positionierungen, und zwar keine gescheite, aber dafür sehr viele. Noch etwas zusätzlich zu machen und Veranstaltungen darüber zu organisieren, halte ich für sehr übertrieben.

Der Punkt, der auch wirklich ins Budget geht, ist, eine Mitarbeiterin, einen Mitarbeiter oder eine Mitarbeitergruppe mit der Verantwortung für die Betreuung des Fairtrade-Gemeinde-Projektes und der jährlichen Evaluierung zu beauftragen. Da stellen sich natürlich schon Fragen, die hier im Antrag nicht geklärt werden. Wenn heute schon darüber diskutiert worden ist, ob die Versicherungszeiten des Ferialjobs für die Pension angerechnet werden, so sollten wir uns mit diesem Antrag, der Wels direkt betrifft, schon auch auseinandersetzen.

Sollten es Mitarbeiter aus dem Haus Magistrat sein? Bestehende? Wird dies zugelagert? Wird dies ausgelagert? Wird dies an ehrenamtliche Mitarbeiter vergeben? Sind das bezahlte Mitarbeiter oder werden, wie es auch in der Stadt Wien neuerdings Unsitte ist, eigene Beauftragte geschaffen und mit dem entsprechenden Budget ausgestattet. Diese werden neben den bezahlten Mitarbeitern des Magistrates und neben den bezahlten Politikern der Stadt zusätzlich noch angestellt, um Projekte zu verwirklichen. Das müsste man schon einmal klären, was da jetzt näher geplant ist. Ich kann nicht die Zustimmung erteilen, solange die Kostenfragen nicht geklärt sind. Auch bei den Kriterien muss man schon genau hinschauen. Wie gesagt, die österreichischen Kriterien sind etwas abgeschwächt zu den deutschen Kriterien. Sie sind auch etwas schwammiger formuliert, was mich etwas stutzig hat werden lassen. Z.B. müssen in Deutschland regelmäßig einmal im Quartal Berichterstattungen erfolgen. Wird das dann in Österreich auch so sein?

Zu Punkt 3 in den deutschen Regeln, die aber auch in Österreich gelten: In den lokalen Einzelhandelsgeschäften werden Produkte aus fairem Handel angeboten und in Kaffees und Restaurants werden Fairtrade-Produkte ausgeschenkt, jeweils mindestens zwei Produkte. Dann gibt es hier eine Liste, Einwohnerzahl, wie viele Geschäfte, wie viel Gastronomie mindestens zwei Fairtrade-Produkte anbieten müssen. Wenn man diesen Punkt nicht erfüllt, verliert man den Status Fairtrade-Gemeinde. Mehr als 60.000 bis einschließlich 65.000 Einwohner, in Wels wären es 13 Geschäfte und 7 Gastronomiebetriebe. D.h. die Stadt Wels soll sich jetzt auch darum kümmern, dass private Firmen, private Gewerbetreibende, Geschäftslokale ein gewisses Produkt von einer gewissen Organisation im Sortiment haben müssen. Dass es in Österreich mit der freien Wirtschaft nicht ganz so weit her ist, o.k. – aber das halte ich jetzt schon für einen zu starken Eingriff seitens der Gemeinde.

Weiteres gilt fairerweise gesagt nur in Deutschland - aber wie wird dies dann in Österreich ausschauen? Auch noch detaillierte Kriterien, damit man den Status erhält. Bei einer Einwohnerzahl unter 200.000 muss jeweils eine Schule, ein Verein und eine Kirche gewonnen werden, die eben bei diesen Bildungsaktivitäten zu diesem Thema mitmacht und Punkt 5 lautet: Die örtlichen Medien berichten über Aktivitäten auf dem Weg zur Fairtrade-Stadt, das Ergebnis sollten mindestens vier Titel pro Jahr sein.

Ganzjährig Arbeitskreisgründungen, Aufwand, zusätzliches Budget – Ich bin hier sehr skeptisch und werde dem nicht zustimmen, weil ich der Meinung bin, dass die Stadt Wels eine klare Positionierung braucht und nicht jede Woche 17 neue Sachen dazu, die wieder Ressourcen nimmt, nämlich finanzielle Ressourcen aber auch personelle Ressourcen. Herr Mag. Teubl – es ist nicht unbedingt ein Armutszeugnis, wenn man nicht jedem Trend hinterher läuft. Denn was hier enthalten ist, ist ein neues Thema und das müssen wir dem Bürger bewusst machen.

Die Politik hinkt leider wirklich immer 20 Jahre hinterher. Das Fairtrade gibt es bereits seit den Anfängen 1946, 1949 und dann wieder seit 1992. Wenn die Umsätze in Deutschland an der Gesamtwirtschaft 1 %, in manchen Bereichen wirklich 25 % betragen, haben es die Bürgerinnen und Bürger in ihrer frei bewussten Kaufentscheidung, da die Produkte etwas teurer sind, schon entschieden was sie entscheiden. Da braucht nicht im Jahr 2013 die Politik noch her kommen und den Bürger an der Angel nehmen, wie sie es gerne macht, und so den Hunger in der Welt bekämpfen. Also das ist schon etwas hoch gegriffen, der Bürger kann am freien Markt sich selber entscheiden. Und wie man sieht tut er das auch, weil er sich selbst sehr wohl bewusst ist welche Beiträge er leisten kann. Wir brauchen nicht als Stadt Wels wieder etwas drüberstülpen, was nur Verwaltungsaufwand bringt.

StR. Dr. Rabl: Die Ausführungen zu den verwaltungsinternen Kosten, die ein derartiger Beschluss nach sich zieht, hat Kollege Haböck meines Erachtens ausgezeichnet und erschöpfend dargestellt, weshalb es nicht notwendig ist dies noch weiter auszuführen.

Vielleicht ein paar kritische Worte zu dem Thema selbst. Diese Fairtrade Labelling Organization (FLO), die das derartige Label verleiht, ist ja selbst nicht ganz skandalfrei und konnte es insbesondere nicht verhindern, lieber Walter Teubl, dass derartige Betriebe trotzdem mit Kinderarbeit zu tun haben, trotzdem in die Machenschaft der internationalen Konzerne oder der Bürgerkriege hineingezogen werden. Man braucht dazu nur googeln, um das im Spiegel nachzulesen, Beteiligungen am mexikanischen Bürgerkrieg und sonstiges, was der Spiegel dazu schreibt. Eine Zeitung, die wahrlich nicht der rechten Reichshälfte zuzuordnen ist, sondern eine überzeugte linke Zeitung, ist, also insofern - was das betrifft - durchaus dem Wahrheitsgehalt aus meiner Sicht besonders hoch, weil unpolitisch unverdächtig, darzustellen.

Ich glaube daher, dass man schon überlegen sollte, ob man sich jetzt unter eine derartige Labelling-Verordnung begibt, wo man weiß es könnte sein, dass es trotzdem nicht gewährleistet ist, dass die Ziele, die wir alle erreichen wollen, tatsächlich erreicht werden. Noch dazu muss man sagen, dass Fairtrade bei weitem nicht bedeutet, dass es dann ein Biofabrikat oder ein Bioerzeugnis ist. Nur 13 % der Fairtrade-Erzeugnisse sind biologisch hergestellt.

Ich würde daher ebenfalls auch empfehlen zu überlegen, ob wir nicht dorthin gehen, wo wir Freiheitliche uns schon lange sehen. Da hat es auch entsprechende Anträge vor zwei oder drei Jahren gegeben zu einer Regionalisierung der Produkte, die hier in Österreich produziert werden. Man sollte sich darauf konzentrieren diese Produkte aus meiner Sicht zu verkaufen. Das sind Produkte, die biologisch in menschenwürdiger Umgebung hergestellt werden. Dafür garantiert der österreichische Gesetzgeber, auf dem ich mich mehr verlasse als auf die Zuständigen in Burkina Faso oder an der Elfenbeinküste, wenn wir schon vom Kakao reden oder von der Schokolade, vom Kaffee, der zum größten Teil von der Elfenbeinküste kommt.

Ich glaube daher, dass dieses Label keineswegs geeignet ist irgendetwas in der Stadt zu bewirken, außer dass es viel Verwaltungsaufwand verursacht und ohne nennenswerten Unterschied bleibt. Deswegen bin ich der Meinung, dass dieser Antrag abzulehnen sein wird.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Bgm. Dr. Koits: Nach Verfolgung dieser Diskussion komme ich mir vor, als ob um unsere Stadt meterhohe Mauern aus Beton und Ziegel errichtet werden sollen. Ich habe noch nie in diesem Gemeinderat gehört, dass junge Menschen, ein junger Mann, der noch dazu Europagemeinderat ist, so viele Gründe sucht um ein Projekt vom Inhalt her zunichte zu machen.

Tut mir wirklich leid. Es gibt drei „H“, die man sich merken sollte: Hand, Hirn und Herz. Bei diesem Thema vermisste ich bei manchen das Herz. Natürlich können wir nicht die Welt retten, aber wir können ein Zeichen setzen, dass uns die Menschen in diesen Ländern nicht egal sind. Es sind keine Alibi-Handlungen, denn da müsste ich wo anders anfangen diese Dinge aufzuzählen, sondern es sind Beiträge nach unserem Wissen und Gewissen, nach unseren Möglichkeiten.

Was in diesem Antrag steht ist nichts anderes, als dass etwas denunziert werden möge und selbstverständlich ist die Entscheidung, die draußen passiert, davon nicht beeinflussbar. Überzeugen wollen wir die Menschen, dass ein jeder einen bestimmten Beitrag dazu leisten kann. Kollege Lehner sagt zwar auf der einen Seite sehr richtig, er kauft solche Produkte und er empfiehlt das auch, aber dann fehlt mir als Politiker die Entscheidung zu sagen, jawohl, dass was ich als persönliche Entscheidung mache, versuche ich in die Tat umzusetzen. Das Argument, was kostet uns das, ist natürlich an den Haaren herbei gezogen. Wir brauchen keine zwei Mitarbeiter zu dieser Sache sondern es wird ins Haus eingegliedert und es gibt jemanden, der ein Herz dafür hat und den werden wir für diese Arbeit gewinnen. Im übrigen gibt es natürlich viele, die draußen mithelfen, es gibt Vereine, Organisationen usw.

Jetzt weiß ich natürlich, dass es im Haus genug Probleme gibt, die bearbeiten wir auch. Niemand wird mir erklären können, dass wir abgeschottet sind. Sondern wir leben in einer globalen Welt, in der der Welthandel da ist und nicht der „Welshandel“ alleine. Schließlich haben wir uns bereits vor Jahren verpflichtet, gerade auf faire Produkte entsprechendes Augenmerk zu legen. Nicht umsonst gibt es das EU-Projekt, aber dieses Projekt ist befristet abgeschlossen und ist nur ein Teil dieses gesamten Initiativantrages. Ich kann nur sagen, geben sie dem Herzen einen Ruck und schauen wir, dass man dieses Projekt umsetzen kann. Es geht nicht von heute auf morgen, dieses Projekt ist ein Langzeitprojekt.

GR. Haböck: Meinerseits wäre die Debatte schon beendet gewesen, aber wenn der Herr Bürgermeister, auch wenn ich seine Emotionalität verstehe, beim Antrag seiner eigenen Fraktion mich direkt angreift, möchte ich dazu ganz kurz etwas entgegnen.

Hand, Herz und Hirn – das stimmt, aber es müssen schon alle drei Sachen gleichzeitig sein. Nur eine reine herzbetonte Symbolpolitik zu machen, ist zu wenig. Es wäre jedenfalls auch schön wenn die Politik öfters das Hirn einschalten würde und nicht eben nur vermeintlich das Herz. Es ist rein ihre Meinung oder die Meinung ihrer Fraktion, dass dies so etwas Tolles ist. Nur weil andere Personen anderer Meinung sind, sind sie deswegen weder herz- noch hirnlos.

Zweitens muss ich schon dazu sagen, ganz im Gegenteil Herr Bürgermeister, ich bin wirklich einer der Letzten denen sie vorwerfen können, ich würde Mauern um die Stadt, um Österreich oder auch um Europa bauen. Gerade ich habe dazu einen sehr globalen Zugang. Deswegen ist ja auch bekannt, dass Entwicklungspolitik, Entwicklungshilfe oder Entwicklungszahlungen mit finanziellen Zuwendungen sehr schädlich sind. Kaum ein Teil der rein finanziellen Zuwendungen kommt bei den Leuten an. Da gibt es genug NGO's, Organisationen und auch Politiker, die immer nur reine Finanzaufwendungen fordern, welche in den diktatorischen Systemen in diesen Ländern versickern. Das Einzige, was den Ländern der Dritten Welt, den Ländern im Südosten oder Osten Europas aber auch in Zweitweltstaaten und in Drittstaaten geholfen hat ist der Handel und die Teilnahme am globalen Wirtschaftsmarkt. Gerade die Sozialdemokraten oder linke Politiker sind es, die Handelserschwernisse und Zölle, Binnenzölle, Subventionen usw. aufrechterhalten und damit den Markt abschotten. Fairtrade ist an sich eine gute Sache, es gibt trotzdem Kritikpunkte daran.

Die Preise werden nicht vom Markt, vom Konsumenten oder vom Produzenten festgesetzt sondern von dieser Fairtrade-Organisation, in die man sich einkaufen muss. Als Produzent ist ein Betrag zu zahlen, damit dieses Gütesiegel verliehen wird. Diese Organisation setzt den Preis völlig willkürlich fest. Einen fairen Preis gibt es nicht. Der faire Preis ist ja am Markt, gerade im landwirtschaftlichen Bereich nicht offen. Dadurch kommt es dazu, dass gerade in diesen Ländern, wo Fairtrade-Produzenten tätig sind, die kleinen Bauern dort, die nicht in diesen Fairtrade-Handel angeschlossen sind, die sich nicht in dieser Organisation eingekauft haben, für dieses Gütesiegel einen niedrigeren Preis beziehen müssen, während alle anderen den höheren Preis beziehen.

Jetzt wieder auf den kleinen Welser Label runtergebrochen. Meine Kritik bezüglich Kosten hat sich auf Mitarbeiter oder Mitarbeitergruppen bezogen. Wie viele Mitarbeiter beschäftigt werden sollen, ging aus dem Antrag nicht hervor. Als Gemeinderat ist es schon mein gutes Recht zu hinterfragen, ob dann neues Personal eingestellt werden soll oder ob wir Beauftragte schaffen mit einem eigenen Budget.

Hier habe ich schon mein Hirn eingeschaltet, wenn ich sehe, dass neue Mitarbeiter damit beauftragt werden sollen. Auf der Homepage dieser Organisation steht, welche Latte an Kriterien erfüllt werden müssen. Ich darf schon hinterfragen, ob das in Wels auch durchsetzbar ist. Mein Herz gilt allen Bauern in der dritten Welt, nicht nur den Fairtrade-Bauern und mein Hirn gilt allen Welser Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern.

Vzbgm. Lehner: Drei Dinge darf ich erwähnen, die mir bei dieser Diskussion wichtig sind. Erstens, wenn der Herr Bürgermeister mir mein persönliches Konsumverhalten

vorwirft, sage ich schon, das ist genau der Unterschied zwischen meiner bürgerlichen und der sozialdemokratischen Politik, dass wir einfach der Meinung sind Eigenverantwortung ist wichtig und der Unterschied zur Bevormundung ist maßgeblich.

Zweitens, was die Mitarbeiter betrifft, erinnere ich an die heute morgen geführte Diskussion, wo ein Mitarbeiter voller Engagement erzählte, dass er einen Wochentag sechs Wochen lang für ein wichtiges Projekt zugegebenermaßen „spenden“ wird. Das Spenden ist aber nicht am Samstag oder am Sonntag, sondern die Spende ist natürlich unter der Arbeitszeit und kostet natürlich dem Steuerzahler Geld.

Drittens möchte ich offiziell protestieren, dass sie einem jungen Gemeinderat Herzlosigkeit unterstellen, damit kann ich als Fraktionsobmann keinesfalls leben und das ist für mich nicht o.k.

Vzbgm. Wimmer: Vielen Dank, der Protest ist angebracht.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich denke doch, dass die Ausführungen von Kollegen Haböck nicht ganz unrepliziert bleiben dürfen. Was mich besonders störte war die Aussage, ich fasse diese jetzt in eigenen Worten zusammen, die darauf zurückzuführen ist, fair ist nicht wenn in einer Welt großer Ungerechtigkeit manche gerechter Handeln wollen, sondern fair ist der freie Markt. Diese Aussage zeugt für mich von den ideologischen Scheuklappen einer neoliberalen Gesinnung und sonst gar nichts. So gesehen ist es mir natürlich klar, wenn man auf diese Art und Weise die Welt betrachtet, dass man an einem Projekt wie diesem keinen Gefallen finden kann.

GR. Reindl-Schwaighofer: Danke für die ausführliche Diskussion, die auch einen sehr bedeutungsschwangeren Schlagschatten auf manchen Diskussionsteilnehmer wirft. Auch ich darf mir leisten in dieser Frage meine Meinung zu sagen.

Wenn Herr GR. Haböck sich heute hier zu einer volkswirtschaftlichen Vorlesung aufschwingt, in der er uns erklärt, dass eigentlich die Landwirtschaft ein Beispiel dafür ist wie Handel funktioniert, dann kann ich nur mehr sagen, ich würde mir einmal anschauen, wie hoch die Subventionen gerade in der Landwirtschaft in Europa sind und dass gerade diese landwirtschaftlichen Subventionen auch zum globalen Ungleichgewicht für die kleinen Landbauern in der dritten Welt beitragen. Sie kaufen sich heute in Senegal europäische Früchte billiger, als Früchte die dort selbst produziert worden sind, weil Europa, die USA aber auch Australien ihre Produkte sehr hoch subventionieren. Dass ist eine der wesentlichsten Dinge, warum auch wir als Europäer aufgerufen sind gerade diesen Menschen, die darunter leiden, durch fairen Handel unter die Arme zu greifen.

Wenn sie das Konzept der Entwicklungszusammenarbeit auseinander glauben und sagen, es sind gerade die Sozialdemokraten, die von Direktzuschüssen reden, dann weiß ich nicht was sie gelesen haben. In diesem Konzept steht, wir sollen deren Produkte bei uns wettbewerbsfähig machen. Ich habe das Beispiel der Schokoladen Manufaktur Zotter genannt, die sich genau in diesem Bereich engagiert.

Ich möchte auf viele Sachen gar nicht eingehen. Es ist z.B. auch bezeichnend, wenn die ÖVP diese Position vertritt. Im Wesentlichen wird unterstellt, dass es sich um eine Alibi-Handlung handelt. Wir kaufen gerne die Produkte, aber wir wollen nicht verpflichtet werden und was sonst immer. In diesem Antrag ist nur enthalten, dass wir Bewusstseinsbildung betreiben sollen und dafür sollten wir auch bestimmte Aktionen setzen.



Wissen sie, welcher Kaffee weltweit der teuerste ist? Der in diesen kleinen Kapseln, das ist der teuerste Kaffee und nicht der fair gehandelte Kaffee. Die Frage der Qualität und des Einsatzes ist immer auch eine Frage des Möglichen.

Ich möchte noch auf die Frage der regionalen Produkte eingehen. Wenn sie sich heute im Großraum Wels dafür entscheiden einen regionalen Apfelsaft zu kaufen, dann sind sie automatisch auch bereit mehr dafür zu zahlen. Also vergleichen sie nicht die Frage des Fairtrade mit der Frage des teureren Preises, sondern sagen sie die Wahrheit. Es ist immer notwendig, dass Konsumenten bereit sind mehr zu zahlen, um auch die Idee mitzufinanzieren. Ich finde es einfach unlauter, wenn so diskutiert wird.

Ich nehme zur Kenntnis, dass dieser Antrag nicht beschlossen werden wird. Ich nehme aber auch zur Kenntnis, dass es in unserer Stadt viele Menschen gibt, die sich in diesem Bereich engagieren. Das sind viele Menschen in den Kirchen und in den verschiedenen Vereinen. Auf die gemeinsame Diskussion mit diesen Menschen freue ich mich. In dieser Diskussion können wir sagen, ja wir sind dafür den Schokolade kaufen wir, aber die Idee wird nicht unterstützt.

Ich ersuche sie noch einmal diesen Antrag gemeinsam zu beschließen, um auch in dieser Frage einen Schritt in der Stadt weiterzukommen.

Der Initiativantrag (Anlage 31) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird bei

gegen 17 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
18 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter GR. Klaus Hoflehner

26.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Chancengleichheit bei schulischen Leistungen bei Kindern  
DI-Verf-210-2013

GR. Hoflehner: Es handelt sich bei diesem Antrag um eine Resolution. Nicht weil ich Diskussionen vermeiden möchte, ganz im Gegenteil, aber nach dem Schicksal der heutigen ersten Resolution ist es vielleicht nicht unklug das nochmals zu erwähnen.

Auf den ersten Blick handelt es sich um eine Resolution an das zuständige Bundesministerium für Unterricht, Kunst und Kultur, an die OÖ Landesregierung und an den OÖ Landesschulrat. Der Inhalt ist im Grunde sehr kurz beschrieben. Es geht darum, dass man Bildung, Schule, Chancengleichheit mit sozialen Bedingungen verbindet. Eine Methode dies zu tun ist ein Schlagwort, welches natürlich mit Inhalten besetzt werden

muss - es nennt sich Sozialindex. Mit anderen Worten: Die Mittel, die den Schulen auf unterschiedlichen Ebenen zur Verfügung gestellt werden, sollen nach bestimmten sozial indizierten Faktoren verteilt werden.

Kollege Mag. Teubl wird mir verzeihen, dass ich zuerst über den Tellerrand hinaus geschaut habe, jetzt schaue ich wieder in den Teller hinein, weil es für Wels eine sehr spannende Frage ist. Wenn ich die Diskussionen der letzten Jahre und Jahrzehnte hier im Gemeinderat zum Thema Schule und vor allem auch Pflichtschule her nehme, glaube ich, ist es schon auch für Wels eine interessante Frage uns mit dem Thema besondere Bedingungen, besondere Mittel zu beschäftigen. Vielleicht könnten wir diese Mittel dann anders verteilen.

Das ist im Wesentlichen der Inhalt dieser Resolution. Manche Faktoren sind es einfach noch wert darüber zu reden. Ich glaube, es wird sowohl auf Bundes- als auch auf Landesebene darüber diskutiert, wie und wo das geschehen soll, ob es um mehr Geld geht oder um die Verteilung der bisherigen Ressourcen. Als Welser Gemeinderat ist es für die Stadt Wels wichtig gerade in dieser Frage darauf hinzuweisen, dass die Stadt Wels eine ganz besondere Aufgaben erledigt, die unserer Meinung nach auch mit einer Resolution gewürdigt werden soll.

StR. Zaunmüller: Zunächst hatte ich einen etwas skeptischen Zugang zu diesem Antrag. Mir ist auch nicht ganz klar was gemeint ist mit „Vererbbarkeit der Armut“, das kenne ich nicht.

Wenn ich die Studie der Johannes-Kepler-Universität anschau komme ich zum Schluss, dass es im Kern doch sehr wichtig ist und sehr wesentliche Dinge umfasst. Deshalb werden wir diesem Antrag auch zustimmen.

Im österreichischen Schulsystem ist es so, dass u.a. die Personalressourcen im Regelfall in den Schulen aufgrund der Schüleranzahl verteilt werden. Zusätzliche Mittel dafür zu lukrieren ist daher relativ schwierig. Dieses System nimmt nicht Rücksicht darauf ob ich eine Schule mit einem besonderen Hotspot habe. D.h. es werden unterschiedliche Rahmenbedingungen vorgefunden und die Schwierigkeit, die sich daraus ergibt, ist eben auf Hotspot-Schulen explizit reagieren zu können. Also es wird sozusagen „alles über einen Kamm geschert“.

Diese indexbasierte Mittelverteilung halte ich deswegen für ein probates Mittel, weil damit die unterschiedlichen Anforderungen, das unterschiedliche Anforderungsprofil, das für jede einzelne Schule gilt, exakt erarbeitet werden kann. Ich gebe nur zu bedenken - hier stimme ich mit Klaus Hoflehner überein - was tatsächlich diese Indikatoren sind. Darauf würde ich mich zum jetzigen Zeitpunkt nicht festlegen, denn da gibt es eine ganze Menge, die durchaus auch ideologisch unterschiedlich gemeint sein können. Davon spricht die Studie der Johannes-Kepler-Universität sehr eindeutig. Ein sicherer Indikator ist z.B. die Schulbildung der Eltern, die zu Hause gesprochene Sprache, die kulturelle Vertrautheit sowohl mit der eigenen Kultur als auch mit der fremden Kultur. Unter dem Strich gesehen ist dieses Modell aber durchaus von einer sehr hohen Akzeptanz getragen. So nehme ich es jedenfalls an, weil damit personelle Ressourcen, speziell was den Lehrkörper betrifft, nicht dramatisch ausgeweitet und in Anspruch genommen werden.

StR. Kroiß: Wie Kollege Walter Zaubmüller war und bin ich immer noch skeptisch was dieses Sozialnetz betrifft. Ich glaube, dass es einen Zusammenhang gibt zwischen den schulischen Leistungen, zwischen dem Sozialstatus der Eltern aber auch zwischen dem sozialen Umfeld. Ich glaube aber nicht, dass wir über diesen Index das Bildungsniveau in unseren Schulen tatsächlich heben. Ich befürchte eher das Gegenteil zu bewirken.

Stellen sie sich einmal vor, wir machen jetzt tatsächlich diese Bewertung der Schulen in Wels mit einer Skala von 1 bis 1,4/1,5, je nachdem welche Berechnung wir dafür heranziehen. Ich habe die Befürchtung, dass gerade die Eltern versuchen werden ihre Kinder in eine Schule zu geben, die einen Schulindex von 1,0 aufweist. Da werden alle unsere Beteuerungen, mehr Lehrer bzw. mehr Stunden zur Verfügung zu haben, wahrscheinlich nichts nützen. Diese Schulen werden gestürmt und alle anderen gemieden werden. D.h. wir kommen dann genau dort hin, wo wir nicht hin wollen. Wir werden Ghetto-Schulen mit einer sehr negativen Rangliste bekommen, die dann auch noch sehr schwer zu korrigieren sein wird.

Ich glaube auch nicht, dass keinerlei zusätzliches bürokratisches System aufgebaut werden muss, weil - Walter Zaubmüller sagte dies bereits - irgendjemand auch für Wels diese Sozialindikatoren festsetzen und bestimmen muss. Irgendjemand muss diese Schulen bewerten und was noch wichtiger wäre, irgendjemand muss diese Schulen wieder neu bewerten. Die Schulen werden versuchen in einen besseren Index zu kommen.

Wenn wir schon von einem Sozialindex bei Schulen sprechen, warum nicht auch gleich bei Kindergärten? Hier müssten wir bereits ansetzen das soziale Umfeld zu verbessern, den Kindern so gut Deutsch zu lernen, dass sie dies in weiterer Folge in der Volksschule anwenden können.

Bei dieser Problematik sollten wir auch eines nicht vergessen: Wir sind natürlich dafür, dass weniger talentierte Kinder wirklich unterstützt werden, jedoch soll darauf geachtet werden, die besonders talentierten Kinder zu fördern, damit wir es schaffen Kinder nach der Schule basierend auf deren Persönlichkeit in die Arbeitswelt bestmöglich unterzubringen.

Es geht nicht nach der Schüleranzahl. Es gibt bereits jetzt Werteeinheiten in den Schulen, das weiß ich von meinen Kindern. Es gibt Integrationsklassen, in denen zwei Lehrer den Unterricht bestreiten. Es gibt gewisse Kriterien warum eine Klasse zwei Lehrer hat und warum nicht und warum in einer Klasse weniger Schüler sind, z.B. wenn weniger Kinder Deutsch sprechen.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es gibt in Österreich bereits Bildungsstandarddaten. Diese wurden erhoben und werden zur Finanzierung der Schulsprengel herangezogen. Es gibt unzählige Studien, die relativ klar nachweisen, dass geringe Bildung der Eltern und verschiedene andere Faktoren zu deren Armut führen und über den Mangel an Möglichkeiten die Armut vererbbar macht. In Deutschland gibt es Studien, dass ganze Generationen, die Hartz IV-Empfänger sind, auch deren Kinder wieder Hartz IV-Empfänger werden. Für das Durchbrechen ist eines der profundesten Mittel dazu die Frage der individuellen Bildung und die Chancengleichheit durch Bildung.

In Österreich wird sehr viel Geld für Nachhilfeunterricht ausgegeben. Sozial schwache Familien haben keine Chance diesen Nachhilfeunterricht zu finanzieren. Es geht hier

um Milliardenbeträge. Der Sozialindex soll ganz genau verhindern, dass Kinder, die sehr wohl leistungsfähig wären aber verminderte Chancen durch die Herkunft, den sozialen Status des Wohnsprengels und ähnliches haben, nicht die gleichen Chancen erhalten wie andere. Das ist der Hintergrund dieses Antrages.

GR. Josseck-Herdt: Dieser Antrag wurde bereits voriges Jahr von der SPÖ im Landtag eingebracht. Er wurde im Jänner 2012 behandelt und ist dann an irgend einen Unterausschuss verwiesen worden; dort schlummert er noch immer. Wahrscheinlich zurecht, weil man sich nicht einig oder nicht ganz im Klaren darüber ist, ob diese Indikatoren wirklich die richtigen sind.

Ich muss schon fragen, was das mit der Schulleistung eines Kindes oder mit den Möglichkeiten eines Kindes zu tun hat, ob es in einem Einfamilienhaus oder in einer Mietwohnung lebt? Kollege Zaunmüller hat dies sehr charmant in seiner bewährten Art umschrieben, der sagte, es sind vielleicht ideologische Gründe auch noch zu suchen. Ich bin nicht so charmant, ich sagen ihnen, da wird von der SPÖ Klassenkampf demonstriert. Man unterstellt den Leuten, die in einer Mietwohnung wohnen, sie brauchen einen Lehrer zusätzlich. Die Menschen, die sich ein Eigenheim leisten, können ja bitte die Nachhilfestunden aus der eigenen Tasche lukrieren. So schaut es aus.

Mir geht es darum, dass alle Kinder die bestmögliche Betreuung in den Schulen erhalten, ganz egal ob sie in einem Eigenheim leben oder ob die Eltern zur Zeit gerade arbeitslos sind. Mich wundert schon, dass die Hartz IV-Empfänger sich nicht mehr um ihre Kinder kümmern, denn ob eine Aufgabe gemacht ist und ob das Kind in die Schule geht, dazu brauche ich keine Matura.

Uns ist wichtig, dass die tatsächlichen Sprachdefizite, nämlich die Deutsch-Defizite, die tatsächlich eine Ursache sind für schulisches Versagen, bereits in den Kindergärten behoben werden oder spätestens in den Volksschulen. Dann kann man nämlich mit diesen Kindern auch einen ordentlichen Regelunterricht durchführen. Mir ist es egal, ob die Eltern arbeitslos sind, ob sie Facharbeiter sind, ob sie Matura haben oder womöglich sogar Akademiker sind. Es kann nämlich auch sein, dass ein Kind, das sehr engagierte Eltern hat, auch nicht dementsprechend betreut werden kann, weil die Eltern nicht da sind. Mir geht es um das einzelne Kind und ich will nicht, dass eine ganze Stadt mit einem Sozialindex vermessen wird.

StR. Dr. Rabl: Kollegin Josseck-Herdt hat völlig recht, der Antrag wurde vor kurzem im Landtag diskutiert, nämlich in der Landtagsitzung im März und bei dieser Landtagsitzung hat Kollege Mag. Baier die datenschutzrechtlichen Bedenken an diesem Modell aufgezeigt, die rechtlich nicht geklärt sind. Warum sind die datenschutzrechtlichen Bedenken überhaupt relevant? Ich muss natürlich um eine derartige Modellregion zu entwickeln, die Bildungsdaten der Eltern abfragen und diese Bildungsdaten müssen datenschutzrechtlich verarbeitet werden. Deswegen hat im Landtag auch die ÖVP gegen diesen Antrag gestimmt, weil diese datenschutzrechtlichen Bedenken nicht aufgeklärt bzw. ausgeräumt wurden.

Der Antrag wurde von der SPÖ bereits das dritte Mal gestellt. Einmal wurde er in den Ausschuss verwiesen und zweimal ist er abgelehnt worden. D.h. ich muss mir schon auch die Frage stellen, ob diese datenschutzrechtlichen Bedenken auf Landesebene nicht vorab zu klären sind, bevor wir eine derartige Resolution beschließen. Sonst ist die SPÖ, was Regelverstöße und Datenschutz betrifft sehr genau. Ich erinnere nur an

die Vergabe-Richtlinien im Zusammenhang mit den Deutschkenntnissen. Um das abzulehnen, war ja jedes Argument recht. Hier spielt es offensichtlich nicht ganz so die große Rolle.

Ich würde daher vorschlagen, diesen Resolutionsentwurf durchaus noch einmal zu überlegen, weil er rechtlich nach unserem derzeitigen Kenntnisstand nicht haltbar ist. Der Geschäftsordnungsantrag dazu wurde im Landtag abgelehnt. Es hat hier eine klare Wortmeldung der Freiheitlichen Abgeordneten Lackner gegeben, mit dem ähnlichen Inhalt der Wortmeldung von Kollegin Josseck-Herdt. Bevor hier nicht die rechtlichen Daten und Rahmenbedingungen erläutert worden sind, ist eine Zustimmung aus meiner Sicht nicht möglich. Da muss ich einfach sagen, hier hat Kollegin Lackner den richtigen Ton getroffen. Ich erwähne sie sonst in dieser Gemeinderatsitzung nicht, hier möchte ich ihr aber ein besonders Lob aussprechen. Entweder man verweist diesen Antrag noch einmal in einen Ausschuss, um auch diese Resolution zu prüfen und die rechtlichen Grundlagen dafür zu schaffen, oder man lehnt ihn ab.

GR. Hoflehner: Danke für die Beiträge. Zu Beginn meiner Rede habe ich bereits erwähnt, dass es sich um eine Resolution handelt. Es sollte nicht durch die Stadt Wels beschlossen werden. Ich glaube es ist mehr als überlegenswert, Kollege Kroiß brachte mich auf eine Idee, warum nicht auch für die Kindergärten? Es ist nur heute nicht Gegenstand des Antrages. Für die Zukunft jedoch wäre es für die Kindergärten auch überlegenswert, ob nicht dort auch ähnliche Kriterien eine Rolle spielen sollten. Dass diese Kriterien eine Rolle in die eine oder andere Richtung spielen, sagte StR. Dr. Rabl zu Beginn der Sitzung bereits, wo es darum ging, die Leerstände in bestimmten Wohngebieten zu beschreiben. Dort ist das soziale Umfeld schon ein sehr wichtiges Kriterium, jetzt muss man es überprüfen.

Die Geschichte mit dem OÖ Landtag ist richtig. Am 7. März 2012 ist ein Dringlichkeitsantrag der SPÖ-Fraktion letztendlich mehrheitlich nicht angenommen worden. Das Thema selbst liegt inzwischen seit 16 Monaten im Unterausschuss Bildung. Die datenschutzrechtlichen Gründe, die im Bereich des Bundesinstitutes für Bildungsforschung, Innovation und Entwicklung des österreichischen Schulwesens geklärt werden sollen, sind sicherlich ernst und wichtig zu nehmen.

Ernst nehmen sollten wir letztendlich aber auch die Situation in dieser Stadt. Ich glaube, da bin ich wie StR. Zaunmüller der Meinung, dass es uns wirklich gut täte, in Wien und in Linz einen Denkanstoß zu geben in Form einer Resolution. In Linz liegt es ja bereits 14 Monate zurück, man möge sich doch wieder mit dieser Sache im Sinne einer Entscheidung weiter beschäftigen. Dass manche Dinge wichtig sind, die ich jetzt nicht als Klassenkampf bezeichnen würde, sollten im Bildungsbereich Tradition sein. Ob das Argument Klassenkampf in der Volksschule 1 und in der neuen Mittelschule 1 die Schüler, die Eltern und die Lehrer wirklich begeistern, weiß ich nicht. Hier geht es um ganz andere Dinge, nämlich wie wir alle gemeinsam und als politisch Verantwortliche versuchen in Zukunft verantwortlich zu regeln.

Der Initiativantrag (Anlage 32) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird bei

gegen 24 Ja-Stimmen (SPÖ-, ÖVP- und GRÜNE-Fraktion)  
10 Nein-Stimmen (FPÖ-Fraktion)

angenommen.

GR. LAbg. Dr. Csar war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Saal anwesend.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz an Bgm. Dr. Koits und dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatter GR. Karl Schönberger

27.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Vermarktung von Kultur- und Sportaktivitäten durch die  
Wels Marketing & Touristik GmbH;  
Auftrag an die Wels Marketing & Touristik GmbH;  
DI-Verf-200-2013

GR. Schönberger: Bei diesem Tagesordnungspunkt geht es im Wesentlichen darum die Wels Marketing & Touristik GmbH damit zu beauftragen eine allumfassende Bewerbung der Kultur- und Sportaktivitäten in der Stadt Wels stattfinden zu lassen. Was hat das für einen Hintergrund? Wir reden immer über Standortbewertungen. Aber auch in der Standortbewertung in der Wirtschaft geht es mittlerweile um die Softfakts. Da ist natürlich die Lebensqualität ein wesentlicher Punkt, welche heute Firmen veranlasst sich niederzulassen oder nicht.

Zudem muss man sagen, dass das Stadtmarketing sehr wohl als Serviceeinrichtung für alle Welser und Welserinnen zu sehen ist. Es geht hier nicht nur um die Innenstadt, in der massiv Werbung betrieben werden soll oder muss, sondern es geht um alle in der Stadt stattfindenden Aktivitäten. Gerade alle ehrenamtlichen MitarbeiterInnen in den Kultur- und Sportvereinen haben es sich sehr wohl verdient, dass es eine übergeordnete Plattform gibt, die ihr Engagement dementsprechend nach außen hin weiter trägt und verwertet.

Ich möchte ihnen etwas vorlesen, das man unter § 2 Abs. 2 des Gesellschaftsvertrages finden kann. „Die Gesellschaft dient der Förderung kultureller, geistiger und materieller Zwecke und soll hierbei im Gesamtinteresse der österreichischen Volkswirtschaft die örtlichen und räumlichen Strukturen der Region Wels und seinen Umlandgemeinden verbessern. Dieser Zweck soll insbesondere durch Veranstaltungen, Studien und sonstigen Maßnahmen erreicht werden.“

Das ist der Gesellschaftsvertrag der Stadtmarketing bzw. der Wels Marketing & Touristik GmbH. Wir reden hier überhaupt nicht um Dinge, für die das Stadtmarketing im weitesten Sinne nicht beauftragt ist sondern das ist Gesellschaftszweck. Jetzt würde ich darum bitten hier nachhaltig darauf einzuwirken, dass dies bei der Geschäftsführung dementsprechend berücksichtigt wird. Auch bei der Budgeterstellung soll berücksichtigt werden, dass Personalressourcen hier abgestellt werden. Mit der zur Verfügung ste-

henden Mannschaft ist durchaus dieses Potential für die Vereine abzarbeiten und abzuleisten.

Dieser Antrag korrespondiert natürlich auch mit dem Antrag, den ich in der letzten Gemeinderatsitzung eingebracht habe, wo es darum ging, Produkte für die Stadtteile zu entwickeln. Es geht darum, dass die Aufgaben, die dort gestellt werden oder die ursprünglich der Inhalt der Gesellschaftsgründung sind, auch umgesetzt werden.

Das kann ich halt so nicht feststellen, muss aber auch dazu sagen, dass bei den Gesprächen mit Herrn Jungreithmair durchaus immer wieder konstruktive Gedanken hervorkommen, um gewisse Dinge umsetzen zu können. Er bezieht sich zwar immer darauf, dass seine Personalressourcen sehr knapp bemessen sind und er diesen Aufgabenstellungen nicht nachkommen kann. Ich sehe im Stadtmarketing eine Serviceeinrichtung speziell für die vielen ehrenamtlichen Funktionärinnen und Funktionäre, die sehr viel Freizeit dafür verwenden, um unsere Kinder z.B. von den Straßen zu halten, was die sportlichen Aktivitäten betrifft, was die kulturellen Aktivitäten betrifft und ich glaube dort hat man Unterstützung verdient.

Wenn man vorhin gefragt hat, wer das Fairtrade in der Stadt vermarkten kann, wer denn sonst als die Wels Marketing & Touristik GmbH? Genau solche meinungsbildenden Maßnahmen sind dort anzustreben, genau für solche Dinge ist das Stadtmarketing eingerichtet worden.

Ich hoffe, dass man diesem Antrag die Zustimmung erteilt, um das Stadtmarketing aufzufordern hier ein bisschen aktiver zu werden im Namen aller ehrenamtlichen FunktionärInnen in der Stadt Wels.

GR. Raggl-Mühlberger: Auf der Messe Blühendes Österreich wurde ein Gutscheineft herausgegeben, das den „Erlebnis-Euro“ enthielt. Dieser wurde zum ersten Mal präsentiert. Ich hoffe alle Mitglieder des Gemeinderates haben bereits einen gekauft, denn damit werden Kulturstätten beworben, wie die Welser Burg, das Kaiserpanorama, das Welios – genau um einen Euro können diese Sehenswürdigkeiten besucht und angeschaut werden.

Unter der Homepage [www.wels-info.at](http://www.wels-info.at) gibt es z.B. den Button Tourismus, der alle Welser Sehenswürdigkeiten darstellt. Unter dem Button Veranstaltungen kann man wieder Messen, Events, Sportveranstaltungen, Vorträge, Konzerte u.ä. hineinstellen lassen und sich auch ansehen, wann, wo, was in Wels passiert. Aber es ist sicher nicht Aufgabe des Stadtmarketing jedes kleine Fußballspiel, jedes kleine Volleyballspiel, jeden Vortragsabend der Landesmusikschule zu bewerben.

Herr Schönberger, sie sind im Vorstand des Stadtmarketings, sie wissen all diese Dinge. Sie kennen den Veranstaltungskalender und darum verstehe ich diesen Antrag nicht. Es kann sich jeder dort melden, damit seine Veranstaltung eingetragen wird. Wir werden also diesem Antrag nicht zustimmen.

Vzbgm. Dr. Wieser: Ich bin seit vielen Jahren Mitglied des Stadtmarketingvorstandes, dort werden alle wichtigen Dinge besprochen. Karl Schönberger, du bist ja auch bereits seit geraumer Zeit Mitglied dieses Vorstandes und ich glaube dieser Antrag gehört nicht im Gemeinderat behandelt. Ich würde dich bitten diesen Antrag in einer Vorstandssitzung einzubringen und mit den anderen Verantwortlichen zu besprechen. In diesem Vorstand

sind alle Fraktionen vertreten. Ebenso die Wirtschaft, Arbeiterkammer, Wirtschaftskammer.

Wir im Gemeinderat können die Ressourcen des Stadtmarketing nicht beurteilen und ich würde glauben, dass dies ein Akt der Vernunft wäre, den Antrag in diesem Gremium zu behandeln.

Vzbgm. Lehner: Danke Herrn Vizebürgermeister Dr. Wieser für diese Idee. Wir können diesen Antrag heute ablehnen, weil im Stadtmarketing-Vorstand diese Dinge immer wieder diskutiert werden; hier kann auch Karl Schönberger seine Vorschläge einbringen.

Christa Raggl-Mühlberger hat es bereits aufgezeigt. Im elektronischen Bereich gibt es Dinge, die im Vorfeld scheinbar nicht angeschaut wurden. Ich habe eine ganze Reihe von Vorgaben, die zeigen wie es im Standortmarketing, im Tourismusbereich, im Eventbereich, im Erlebnisbereich geht. Alles was du Karl Schönberger hier angesprochen hast, wird vom Stadtmarketing bzw. von der Wels Marketing & Tourismus GmbH mitbearbeitet. Dass man sozusagen „einen Tragesel nicht jeden Stein um den Hals hängen kann“, ist uns auch bewusst. D.h. wenn es im Antrag heißt, dass mit den gegebenen budgetären Mitteln in Zukunft alles möglich sein muss, muss ich dich auf betriebswirtschaftliche Dinge hinweisen. Es wird wahrscheinlich nicht möglich sein.

Ich kann dich aber beruhigen, ich habe für das nächste Jahr eigene Budgetpositionen beantragt, die ganz klar ersichtlich sind, wo es einerseits um Standortmarketing geht, wo es um die Stadtteile geht. Wir werden bei den Budgetbesprechungen feststellen, ob es für diese Dinge eine Bedeckung gibt oder nicht. Die Dinge sind einerseits dort präsent und transparent gemacht, andererseits wurde das Budget im Wels Marketing-Vorstand in den letzten Jahren immer einstimmig beschlossen. Hier wird intensiv diskutiert und wird darauf geschaut, was mit den vorhandenen Mitteln möglich oder unmöglich ist.

GR. Reindl-Schwaighofer: Die SPÖ-Gemeinderatsfraktion hat diesen Antrag bereits im letzten Gemeinderat als Dringlichkeitsantrag eingebracht. Die Dringlichkeit wurde leider nicht zuerkannt.

Ich möchte meine Ausführungen mit einem Zitat des Herrn Wirtschaftsreferenten Vzbgm. Lehner beginnen „Wir müssen das Freizeitangebot in Wels besser bündeln und dann attraktive Angebote daraus schnüren. Ein Kulturgast, der in Wels nächtigt, gibt durchschnittlich 3,7 Euro aus“. Ich zweifle natürlich nicht an den Worten des Vizebürgermeisters. Es ist jedoch so, dass die Kultur- und Sportvermarktung für ein Standortmarketing relativ selbstverständlich sein sollte.

Auf der Homepage des Stadtmarketings werden zwar einige Veranstaltungen aus dem Kulturbereich angeführt, aber sie schafft es beispielsweise nicht alle Themenwege abzubilden, sondern hat sich ein paar ausgesucht, diese werden dargestellt. Die Sportveranstaltungen könnten meiner Ansicht nach viel stärker mit Fotos beworben werden. Das Interesse der Menschen, die zu uns in die Stadt kommen, um an Kulturveranstaltungen teilzunehmen, die Fußball- oder Faustballspielen besuchen oder auch andere Sportveranstaltungen, ist sehr groß. Diese Menschen sind potentielle Kunden für unsere Geschäfte, für unsere Gewerbetreibenden.



Dass dieser Antrag bitter notwendig war, beweist meiner Ansicht nach auch die Vorgangsweise des Stadtmarketings gegenüber unserem Programm kino, das wir als Stadt sehr gefördert haben. Aus den Medien mussten wir erfahren, dass das von der Stadt finanzierte Stadtmarketing es nicht für notwendig erachtet, mit dem von der Stadt Wels finanzierten Programm kino das Kino am Minoritenplatz zu betreiben. Es geht darum, die Dinge, die wir in der Stadt und im Umfeld der Stadt haben, auch in die Kooperation einzubinden, nicht irgendwelche Kinobetreiber, die meiner Ansicht nach das gleiche qualitativ schlechter tun als unser Programm kino. Die Folge daraus ist eigentlich marketingmäßig ein Supergau.

In der letzten Woche gab es im Profil einen Artikel zum Thema Sommerkino. Hier sind Sommerkinos in Wien angeführt, in St. Pölten, in Linz – wissen sie warum das Sommerkino in Wels nicht angeführt wurde? Weil das Sommerkino Wels kein Art-Kino ist. Weil nicht der Welser Kinoverein dabei ist, sondern weil es ein kommerzieller Betrieb ist und weil die Frage der Projektion beim Art-Kino wesentlich ist. Wenn wir immer nur darauf schauen, dass wir Mainstream machen, wenn wir immer nur darauf schauen, dass die Fragen irgend welcher Betreiber und nicht das in Wels beheimatete Programm kino miteingebunden wird, werden wir solche Supergaus erleben. Das sind meiner Ansicht nach die wesentlichsten Auswirkungen von einem Standortmarketing, das seinen Namen auch verdient. Darum würde ich sie ersuchen diesen Antrag gemeinsam zu beschließen. Es geht darum in der Frage Kulturvermarktung gemeinsam an einem Strang zu ziehen.

Vzbgm. Lehner: Wenn das als Supergau bezeichnet wird, muss ich mich noch einmal melden. Wenn im Profil Art-Kinos in den Landeshauptstädten genannt werden und das Filmfestival Wels nicht dabei ist, dann mag das für dich ein großes Drama sein. Von der vermarktungstechnischen Seite her ist es aber kein großes Problem. Es hat bei der Ausschreibung für die heurige Programmierung kein Zusammenfinden zwischen Programm kino und Tourismusverband Wels gegeben. Für das nächste Jahr gibt es bereits sehr konstruktive Gespräche zwischen Frau Maier-Votzi und Herrn Jungreithmair. Es ändert aber nichts daran, dass ein selbständiger Tourismusverband seine Leistungen ausschreiben muss bzw. Angebote einholt, es hier einen Wettbewerb gibt. Andererseits hat das Programm kino ein qualitativ sehr hochwertiges Programm indoor, welches auch über den Sommer läuft. Outdoor haben wir jetzt ein kommerzielles Projekt über den Tourismusverband mit keiner so großen Art-Programmierung sondern eher mit einer kommerziellen Programmierung. Man wird sich anschauen wie die Besucherzahlen sind, das ist entscheidend wie erfolgreich ein Produkt am Markt ist und nicht ob es jetzt Art-Kino heißt, Programm kino heißt oder Filmfestival Wels.

GR. Prof. Mag. Teubl: Wenn eine Gesellschaft Wels Marketing & Tourismus GmbH heißt, wundert man sich eigentlich, dass es hier offensichtlich nicht darum geht die Stadt bestmöglich in der Öffentlichkeit zu präsentieren. Dazu muss doch auch die Vermarktung von Kultur- und Sportaktivitäten gehören. Eigentlich glaubte ich, dass dies selbstverständlich ist. Es wurden Beispiele angeführt, dass gewisse Kulturdenkmäler vermarktet werden, dass Museen angepriesen werden in den Lebensräumen-Broschüren, aber eines ist auf jeden Fall problematisch. Auch ich habe die Aussage von Herrn Jungreithmair gehört, „das Stadtmarketing ist nicht zuständig für die Vermarktung von Kulturaktivitäten“ und meines Erachtens braucht es, wenn es eine solche Aussage gibt, dann eben einen ganz klaren Auftrag, dass diese Zuständigkeit sehr wohl gegeben sein soll. Dazu braucht es aber auch die Kooperation mit den Kulturschaffenden der Stadt. Das ist eigentlich das Problem an der ganzen Angelegenheit.

Kollege Reindl-Schwaighofer nannte bereits das Beispiel. Die Art und Weise wie nach einer langjährigen Kooperation heuer von Seiten des Stadtmarketings mit dem Programm kino umgegangen wurde, dass nachdem die Programmierung bereits geleistet war und nachdem bereits Projektoren für das digitale Projektieren angeschafft wurden, plötzlich ein anderer Betreiber zum Zug gekommen ist, war nicht richtig. Diese Vorgangsweise ist absolut letztklassig. Wenn man das nur tut, weil jemand offensichtlich einen anderen Filmgeschmack hat und findet, dass der eine oder andere Film unbedingt dabei sein muss, dann ist das auch indiskutabel.

Ich glaube, dass es um die Atmosphäre zwischen den Verantwortlichen des Stadtmarketings und des Kulturschaffenden geht. Hier muss etwas geschehen, darüber sind wir uns, so glaube ich, alle einig. Deshalb bin ich für diesen klaren Auftrag.

Was ich aber keinesfalls möchte ist, dass das Stadtmarketing selbst Kulturaktivitäten plant oder durchführt. Das kann nicht seine Aufgabe sein und das würde ich auch keinesfalls irgendwie festschreiben wollen. Die Vermarktung von Aktivitäten, die in der Stadt gesetzt werden, muss einfach Bestandteil dieses Auftrages sein.

GR. Schönberger: Danke für die vielen Wortmeldungen. Natürlich werden Teilbereiche abgebildet, herausgesucht und plakativ vermarktet. Aber es geht um eine allumfassende Darstellung aller Aktivitäten, die in der Stadt passieren, für das die Stadt Wels auch sehr viel Geld investiert. Ich kenne kein Unternehmen auf der Welt, das in Produkte investiert, so wie wir in den Sport- und Kulturbereich, und nachher keine Werbung dafür betreibt, speziell wenn sie dafür eine eigene Werbefirma hat. Gleichzeitig gebe ich Herrn Dr. Wieser recht, zuständig ist der Wirtschaftsausschuss, wo man solche Dinge behandeln und diskutieren kann.

Zum Vzbgm. Lehner darf ich sagen, natürlich kann man einen Packesel nicht jeden Stein umhängen, aber ich kenne wenig Packesel, die das in Standardfilmen ausdrücken.

Beim Budgetbegleitbeschluss wurden sehr viele Dinge diskutiert. Da kann natürlich das Thema Stadtmarketing nicht sankosant sein. Ich bitte aber trotzdem um Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Initiativantrag (Anlage 33) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird bei

gegen 16 Ja-Stimmen (SPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
18 Nein-Stimmen (FPÖ- und ÖVP-Fraktion)  
abgelehnt.

Vzbgm. Wimmer war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Saal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin GR. Barbara Wildfellner

28.)

Initiativantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Schritte für eine nachhaltige Sanierung der Gemeindefinanzen;  
Resolution an die OÖ Landesregierung  
DI-Verf-224-2013

GR. Wildfellner: Bei diesem Antrag geht es um die nachhaltige Sicherung der Gemeindefinanzen. Städte und Gemeinden brauchen eine wirtschaftliche Selbständigkeit und eine adäquate finanzielle Grundausstattung. Es soll ihnen überlassen sein auf die Bedürfnisse ihrer Bürgerinnen und Bürger einzugehen und ihre Aufgaben nach eigenen Prioritäten und Willensbildungen erfüllen zu können. Problematisch für die Gemeinden ist die hohe Steigerung der Ausgaben für Soziales, Gesundheit und Gratiskindergarten. Es braucht eine aufgabenorientierte Reform des Finanzausgleiches. Der derzeitige Finanzausgleich geht weder auf soziodemografische noch zentralwirkende Funktionen einzelner Gemeinden ein, sprich Siedlungsdichte, sozial schwache Bevölkerungsgruppen, hohe Anzahl von MigrantInnen bleiben total unberücksichtigt. Zentralbehördliche Funktionen, wie etwa Bezirksverwaltungsagenden ebenso. Wir fordern daher die OÖ Landesregierung auf Schritte für eine nachhaltige Sicherung der Gemeindefinanzen zu unternehmen. Unser Vorschlag wäre: Wir die Stadt Wels übernehmen die Kinderbetreuungskosten, im Gegenzug übernimmt das Land die Kosten der Krankenanstalten, Abschaffung der Landesumlage, transparente Vergabe der Bedarfszuweisungsmittel sowie eine aufgabenorientierte Verteilung der Finanzmittel.

Jetzt werden sie sich fragen, wie sich das in unserem Budget auswirkt? Für Kinderbetreuungskosten geben wir jährlich 9,8 Mio Euro aus. Der Krankenanstaltenbeitrag beträgt 14,8 Mio Euro und die Landesumlage beträgt 6,0 Mio Euro. Also hätten wir Mittel in Höhe von ca. 11 Mio Euro zugunsten der Stadt Wels. Ich bitte um Unterstützung dieses Antrages.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die ÖVP-Fraktion wird diese Initiative nicht unterstützen. Es ist natürlich förderlich und interessant, dass für die Stadt Wels möglichst viel Geld herein kommt. Vom Grundsatz her ist es jedoch schwer zu hinterfragen, ob diese Rechnung tatsächlich aufgeht, zumal wir für ganz andere Dinge unterschiedliche Leistungen des Sozial- und Gesundheitsbildes haben, das finde ich sehr bedenklich.

Wenn wir sagen, wir können die Kinderbetreuungskosten übernehmen aber dafür soll das Land die Krankenanstalten selbst bezahlen, so klingt das alles sehr schön und sehr gut. Ob das auch für die Welsler tatsächlich realistisch ist oder auf die Kosten der Entwicklung geht ist die andere Frage. Es sind viele Wünsche vorhanden, aber ich glaube dies ist zu wenig durchdacht. Wir sollten dies eher diskutieren, behandeln, besprechen und überlegen. Einfach eine Resolution zu beschließen und zu sagen, liebes Land gib uns einfach nur das Beste, ist nicht dienlich und wird von der ÖVP-Fraktion nicht mitgetragen werden. Es gibt doch auch andere Möglichkeiten und finanzielle Mittel, um bei uns in Wels Geld entsprechend zu lukrieren.

GR. Wildfellner: Es geht hier nicht um Geld zu lukrieren, sondern darum, das Geld gerecht aufzuteilen. D.h. für unsere immer größer werdenden Aufgaben mit unserer Bevölkerungsgröße einen adäquaten Ausgleich zu erhalten. Ich weise auch darauf hin, dass der Österreichische Städtebund diesen Vorschlag machte und von Herr Mödlhammer von der ÖVP ebenfalls unterstützt wurde.

Der Initiativantrag (Anlage 34) der SPÖ-Gemeinderatsfraktion wird bei

	<u>22 Ja-Stimmen</u> (SPÖ- und FPÖ-Fraktion)
gegen	<u>8 Nein-Stimmen</u> (ÖVP-Fraktion)
und	<u>3 Stimmenthaltungen</u> (GRÜNE-Fraktion)
	<u>angenommen.</u>

Vzbgm. Wimmer und GR. DI Haydinger waren bei der Abstimmung zu diesem Antrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

Bgm. Dr. Koits dankt für die Berichterstattung.

Berichterstatterin GR. Christa Raggl-Mühlberger

29.)

Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Bedarfserhebung der pflegebedürftigen Personen im  
Alter von 20 bis 60 Jahren in Wels  
DI-Verf-225-2013

Bgm. Dr. Koits: Zu diesem Tagesordnungspunkt gibt es einen Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion, wie folgt: „Die Mitglieder des Gemeinderates der Stadt Wels fordern aufgrund der vorliegenden Bedarfserhebung der pflegebedürftigen Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren in Wels die Landesregierung dringend auf, zusätzliche Pflege- und Betreuungsplätze für Menschen nach dem OÖ. Chancengleichheitsgesetz zu schaffen. Dabei wird auf Bedachtnahme auf die regionale Herkunft und auf das soziale Umfeld der Betroffenen ersucht.“ Anschließend folgt die Begründung in der ausgeführt wird, dass in Wels die Zahl jener Personen bekannt ist, die einen solchen Betreuungsplatz benötigen würden. Das sind insgesamt 36 Personen. Das ist sehr viel, deshalb bedarf es eigentlich keiner weiteren Erhebungen. Daher wurde dieser Antrag in dieser Form formuliert und ich ersuche diese Abänderung in die Debatte miteinzubringen.

GR. Raggl-Mühlberger: Wie bereits erwähnt, geht es in unserem Antrag um Bedarfserhebung der pflegebedürftigen Personen im Alter von 20 bis 60 Jahren. Das Thema Pflege wird meist mit älteren Menschen in Zusammenhang gebracht, wobei 17 % die 20 bis 60-Jährigen zu pflegen sind. Die Pflegebedürftigkeit kommt bei jüngeren Menschen

mit unterschiedlichen Erkrankungen oder Behinderungen vor. Es ist nicht bekannt wie viele Menschen mit Behinderung unter 60 Jahren in Alters- und Pflegeheime leben. Die Statistik schweigt, umso mehr muss man befürchten, dass die Dunkelziffer hoch ist. In einem Bericht zur Lage der behinderten Menschen in Österreich wird dieses Thema überhaupt nicht erwähnt. In der Fachliteratur werden Menschen mit Behinderung, die in Altersheimen leben ohne alt zu sein, als fehlplatziert bezeichnet. In Altersheimen können Frauen und Männer mit Behinderung nicht gleichberechtigt und integriert am gesellschaftlichen Leben teilhaben. Im Gegenteil – sie werden ausgesondert, abgeschoben und verschwinden aus der öffentlichen Wahrnehmung. Es herrscht Einigkeit darüber, dass solche Fehlplatzierungen vermieden werden sollen. Nur geschieht das sehr wankend. Gerade für solche Menschen ist es oft schwer sich von Familienangehörigen pflegen zu lassen. Sie ziehen sich immer weiter zurück und vermeiden jeglichen Kontakt mit der Gesellschaft. Sie haben keinen geregelten Lebensablauf, verweigern oft jegliche Hilfestellung und brauchen daher umso mehr einen Tagesablauf, der ihnen vorbestimmt ist und ihnen auch die Hilfe, wie Physiotherapie, Logopädie usw. zukommt. So bekommen sie dann die Möglichkeit ein Mindestmaß an Lebensqualität zu erhalten. Diese Menschen werden in der jetzigen Form der Pflege vergessen, denn eine 24-Stunden-Pflege ist vielfach nicht leistbar.

Der Abänderungsantrag der SPÖ-Fraktion zeigt, dass in Wels 22 Personen unter 60 Jahren in diese Gruppe fallen. Im Land Oberösterreich gibt es 399 Vormerkungen für einen Betreuungsplatz vom Land. Daher ist es notwendig neue Pflegebetreuungsplätze für Menschen nach dem OÖ. Chancengleichheitsgesetz zu schaffen, daher unterstützen wir natürlich auch den Antrag der SPÖ-Fraktion und ich bitte sie diesen in die Diskussion mit aufzunehmen.

StR. Huber: Ich kann das vorhin Gesagte nur unterstreichen. Es ist total schwierig für pflegebedürftige Personen nach dem Chancengleichheitsgesetz einen Pflegeplatz in einem Landespflegeheim zu finden. Immer wieder kommen Wünsche auch in das Sozialresort, wir intervenieren und versuchen alles Mögliche, die Warteliste ist sehr lange, 399 Menschen oberösterreichweit ist wirklich sehr sehr viel. Jeder einzelne ist hier zu viel, daher ist es wichtig den Druck auf das Land Oberösterreich zu erhöhen. Natürlich müssen die notwendigen Mittel zur Verfügung gestellt werden. Pflegebedürftige Menschen in dieser Altersgruppe aber auch die über 60-Jährigen nach dem Chancengleichheitsgesetz fallen in die Zuständigkeit des Landes OÖ. Hier werden die Häuser aber auch die laufenden Kosten über das Chancengleichheitsgesetz, über das Land OÖ finanziert. In diesem Sinne Danke für ihre Initiative.

Bgm. Dr. Koits: Ich ersuche um Abstimmung über den Abänderungsantrag. Wenn dieser die Mehrheit bekommt, brauchen wir über den eingebrachten Initiativantrag der FPÖ-Gemeinderatsfraktion nicht mehr abstimmen, denn dieser würde dem entgegenstehen.

Der Abänderungsantrag der SPÖ-Gemeinderatsfraktion (Anlage 35) wird

einstimmig angenommen.

Bgm. Dr. Koits übergibt den Vorsitz an Vzbgm. Wimmer.

Berichterstatter Mag. Walter Teubl

30.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Baustopp für Gehsteigradwege  
DI-Verf-236-2013

GR. Prof. Mag. Teubl: Wie sie aus den Unterlagen ersehen, erwarten sie jetzt wieder drei Anträge zum Thema Radfahren. Der erste Antrag der GRÜNEN-Fraktion zu diesem Thema beschäftigt sich mit den sog. Gehsteigradwegen, d.h. also, wie sie offiziell heißen Geh- und Radwege, also solchen Radfahrwegen bei denen die Radfahrenden auf dem Gehsteig geführt werden. Ein Großteil des immerhin 56 km langen Welser Radfahrnetzes besteht aus solchen kombinierten Rad- und Gehwegen. Warum diese seinerzeit publik waren, ist sonnenklar. Es ist schließlich die einfachste Art einen Radweg zu errichten. Was früher ein Gehsteig war wird durch ein Gebotszeichen und ein paar Markierungen zu einem kombinierten Rad- und Gehweg erklärt und schon ist das Radwegenetz erweitert.

Dass diese Gehsteigradwege aber die schlechteste Variante der Radverkehrsanlage sind, darüber besteht unter Fachleuten inzwischen Konsens. Immer wieder kommt es auf diesen Kombiradwegen zu Nutzungskonflikten zwischen Radfahrenden und Zufußgehenden. Und das nicht unbedingt deshalb weil zuwenig Rücksicht genommen wird, sondern ganz einfach, weil zu wenig Platz für ein geteiltes Miteinander vorhanden ist. Dass diese Gehsteigradwege hoffentlich breit genug sind, war aber seinerzeit offensichtlich zweitrangig, Hauptsache die RadlerInnen sind weg von der Straße.

Die GRÜNEN fordern nun einen Baustopp für diese Gehsteigradwege. Warum? Einerseits gibt es eben immer wieder Konflikte mit den FußgängerInnen, vor allem auf solchen Anlagen, wo die Radfahrenden sogar in beiden Richtungen unterwegs sind. Die FußgängerInnen fühlen sich also nicht sicher, wenn neben ihnen zum Teil mit erheblicher Geschwindigkeit Radfahrer unterwegs sind. Durch die E-Bikes wird dieses Problem natürlich noch größer, weil damit auch höhere Geschwindigkeiten möglich sind. Umgekehrt ärgern sich die RadfahrerInnen über Fußgänger, die ihnen im Weg stehen. Abgesehen von dieser Problematik mit den Fußgehenden lauern auch noch Gefahren für die RadfahrerInnen einerseits im Kreuzungsbereich, bei Haus- und Grundstückseinfahrten, aber auch durch parkende Autos, deren Motorhaube einen Teil des Radweges verstellt, weil durch die Anordnung des Parkplatzes das Auto in diesen Radweg hineinragt. Diese Radwege sind aber nicht nur gefährlich, sie sind obendrein auch äußerst unbequem, da sie in der Regel über Kreuzungen hinweg, meist auch bei Haus- und Grundstückseinfahrten nicht niveaugleich geführt werden sondern dort abgesenkt wurden. Als Radfahrer ist man daher ständig mit abrupten Niveauunterschieden konfrontiert, die einen ordentlich durchschütteln. Als Mann kann man da froh sein, wenn man die Familienplanung schon abgeschlossen hat.

Diese Geh- und Radwegkombinationen sind auf jeden Fall schon längst nicht mehr zeitgemäß. Umso schlimmer, dass man in Wels offensichtlich noch nichts davon gehört hat. Was bestenfalls eine Notlösung darstellt, wird nämlich bei uns nach wie vor als

große Errungenschaft betrachtet und in Neuplanungen realisiert. Ein Beispiel dafür sind die jüngsten Umbauten in der Dragonerstraße. Dort gab es bisher einen großzügigen Mehrzweckstreifen auf der Fahrbahn, der den Radfahrenden genügend Platz und Sicherheit bot, aber auch ein zügiges Vorwärtskommen gefahrlos möglich machte. Dieser wurde nun interessanterweise für Schrägparkplätze geopfert. Für Schrägparkplätze, die es meines Erachtens in diesem Abschnitt der Straße entlang des ehemaligen Interplastic-Geländes absolut keinen Bedarf gibt. Auf der anderen Seite werden die Radfahrenden erneut auf den Gehsteig verbannt. Das ist meines Erachtens nicht verständlich meine Damen und Herren. Hier wird eine Menge Geld dafür ausgegeben eine bislang gute Lösung durch eine schlechtere zu ersetzen.

Diesem Umfug wollen wir ein Ende setzen. Gehsteigradwege sind Geldverschwendung, Gehsteigradwege sind Radverkehrsplanung aus dem vorigen Jahrhundert. Die GRÜNEN fordern daher in diesem Antrag einen Baustopp für diese Gehsteigradwege und ich bitte sie diesen Antrag zu unterstützen.

GR. Kirchmayr: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, dass dieser Initiativantrag dem zuständigen Verkehrsausschuss zugewiesen wird, weil es in Wels bereits eine Fahrradberatung gibt und diese sich damit beschäftigen soll.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Kirchmayr auf Zuweisung ggst. Initiativantrages (Anlage 36) an den zuständigen Verkehrs- und Straßenbauausschusses zur weiteren Beratung wird mit

gegen 13 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)  
20 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)  
abgelehnt.

Bgm. Dr. Koits und GR. LAbg. Dr. Csar waren bei der Abstimmung zu diesem Geschäftsordnungsantrag nicht im Sitzungssaal anwesend.

StR. Kroiß: Herr Kollege Mag. Teubl, wenn ich sie so höre könnte man fast meinen, wir haben hier ein straßenbauliches Verhütungsmittel geschaffen, das wir in anderen Städten vielleicht auch noch umsetzen sollten. Ich kann ihrer Begründung überhaupt nicht folgen. Gerade Eltern mit Kindern fordern immer wieder abseits der Fahrbahn Geh- und Radwege, damit sie mit ihren Kindern sicher und gefahrlos von A nach B gelangen. Wenn sie sagen, es gibt Konflikte mit Radfahrern und Fußgängern am Gehsteig, muss ich ihnen sagen, es gibt auch Konflikte von Radfahrern mit Autofahrern, wenn sie gegen die Einbahn fahren. Es gibt aber auch Konflikte im Kreuzungsbereich mit Radfahrern auf der Fahrbahn. Dann verbieten wir eben generell das Radfahren in Wels, denn es gibt überall Konflikte.

Wenn sie über Experten sprechen, die vom Abraten der Gehsteigfahrwege sprechen, kann ich nur sagen, ich finde genau so viele Experten, die dafür sind, dass wir diese weiter herrichten. Es gibt sehr viele positive Beispiele. Wenn sie von qualitativ minderwertigen Radfahranlagen sprechen, entbehrt das mit Sicherheit jeder Grundlage. Es ist einfach ein subjektives Gefühl. Bei der Fahrradberatung waren sie ja dabei, es gibt die Thematik die Radwegbenutzungspflicht aufzuheben. Ich verstehe ihre Vorgangsweise

überhaupt nicht. Es sind sehr viele Dinge im Laufen. Ich freue mich, dass sie mich aktiv bei der Fahrradberatung unterstützen so wie die anderen Fraktionen, nur wenn wir jetzt jedes Thema, welches bei der Fahrradberatung angesprochen wird hier im Gemeinderat besprechen, frage ich mich für was man die Fahrradberatung braucht. Wir führen dieses System dann ad absurdum.

Lassen sie uns doch in dieser Arbeitsgruppe weiter arbeiten, wir haben gemeinsam die Vor- und Nachteile des Radfahrverkehrs in Wels analysiert, dass wir gemeinsam Lösungsansätze erarbeiten und auch gemeinsam diese Maßnahmen umsetzen. Daher werden wir diesen Antrag ablehnen.

GR. Pernkopf: Den Gehsteigradweg gibt es nicht, er ist in dieser Form nicht vorgesehen. Es gibt mehrfach Doppelnutzungen von Geh- und Radwegen, die baulich oft nicht anders möglich sind. Es soll ein Miteinander im Straßenverkehr sein, die Rücksichtnahme sollte im Vordergrund stehen, daran wird gearbeitet. Der Verkehr generell ist Begegnungszone, d.h. auch der Schwächere soll geschützt werden. Ein Baustopp ist unserer Meinung nach unreal, daher wird dieser Antrag seitens der ÖVP-Fraktion abgelehnt.

Vzbgm. Dr. Wieser: Die Älteren unter ihnen werden sich vielleicht noch erinnern, dass ich einmal die gleichen Aufgaben hatte wie StR. Kroiß, nämlich für den Verkehr als Referent zuständig zu sein. Ich kann mich erinnern, dass sozusagen die schlechteste aller möglichen Bauarten, also diese kombinierten Geh- und Radwege, von den GRÜNEN erfunden wurde. Die Radfahrorganisationen und die GRÜNEN waren vehement dafür, dass diese Gehsteigradwege gemacht werden. Der Radfahrer gehört geschützt. Man hat aus diesen Bauwerke eine Ideologie gemacht.

Ich weiß nicht was jetzt für ein Ideologieschwank bei den GRÜNEN stattfand. Als meine Kinder noch klein waren sind wir mit dem Fahrrad immer auf den Gehsteigen gefahren, das war das Sinnvollste und Sicherste.

Herr Kollege Prof. Mag. Teubl, sie sind ja bei Radfahrorganisationen dabei, deshalb darf ich sie bitten darauf einzuwirken, dass die Radfahrer an der Traun nicht mit so großer Geschwindigkeit fahren und die Fußgänger damit in Gefahr bringen, sondern dass sie sich mit angemessener Geschwindigkeit fortbewegen. Offenbar gibt es auch keine Radklingel mehr. Früher war es so, wenn es hinter mir geklingelt hat wusste ich, es kommt ein Radfahrer. Jetzt geht es einfach „wusch“ und man ist froh, dass man nicht niedergefahren wird.

Erklären sie uns diesen Schwenk in der Ideologie der GRÜNEN, die diese Gehsteigradwege ja in Wahrheit fast erfunden haben. Wir werden diesen Antrag ablehnen aus folgendem Grund: Es gibt in Wels Gehsteige, die sehr schön und breit sind. Diesen Gehsteig kann man sich mit den Radfahrern teilen. Beispielsweise haben wir in der Oberfeldstraße 4 m breite Straßen gebaut, wo man sogar in beiden Richtungen tadellos und ungefährdet fahren kann. Statistisch gibt es in diesem Bereich kaum Unfälle mit Radfahrern.

Ebenso wurde mit sehr großem Erfolg in der Maria-Theresia-Straße ein Mehrzweckstreifen gemacht, ebenso in der Wallerer Straße. Nachdem dies Franz Roiss vor der damaligen Wahl forderte, wurde dieser rot eingefärbt. Damals wurde mir ein Verkehrsplaner zugeteilt, der unbedingt in der Maria-Theresia-Straße einen 4 m breiten Rad- und



Gehweg machen wollte. Es hätte dann auf der Maria-Theresia-Straße niemand mehr parken können, den Bedarf an Parkplätzen hat dieser Verkehrsplaner nicht gesehen. Der Verkehrsausschuss setzte sich jedoch gegen den Verkehrsplaner durch und es wurden diese Mehrzweckstreifen eingeführt.

GR. Reindl-Schwaighofer: Es liegen nun drei Anträge der GRÜNEN-Fraktion zum Thema Radfahren vor. Sie werden sich noch erinnern können, ungefähr vor eineinhalb bis zwei Jahren haben wir einen sehr umfassenden Antrag zum Fahrradfahren in der Stadt Wels eingebracht. Der zuständige Stadtrat wurde beauftragt sich darum zu kümmern, einen Fahrradbeauftragten in der Stadt Wels einzurichten. Das ist mittlerweile geschehen. Es gab einen Workshop mit allen Fraktionen, in dem vereinbart wurde dieses Thema gemeinsam zu behandeln und gemeinsam zu Ergebnissen zu kommen.

Die Gehsteigfahrradwege sind nur für die Autofahrer ungefährlich bzw. für jene, die sie nicht benützen. Auf diesen Wegen sind die Fußgänger, die Mütter und Väter mit den Kinderwägen und auch die Fahrradfahrer unterwegs. Hier geht es nicht darum, dass der Fahrradfahrer als Verkehrsteilnehmer gesehen wird, der selber so schnell wie möglich von A nach B kommen will, sondern er wird als Störfaktor gesehen, den man irgend wohin verbannen möchte. Fahrradfahren gehört mittlerweile in den großen Städten und Ballungszentren zum Alltag.

In der Stadt Wels geht die Beteiligung am Verkehr durch Fahrradfahrer zurück. Wenn wir uns die Zahlen der letzten Erhebung anschauen, dann werden wir sehen was diese verfehlte Verkehrspolitik im Wesentlichen verursacht.

Wir schlagen auch im Sinne der gemeinsamen Diskussion bei der Fahrradberatung vor, diese Anträge dem Verkehrsausschuss zuzuweisen, damit auch andere Meinungen vorgebracht werden können, über die wir dann diskutieren.

GR. DI. Leitinger: Ich kann die Aussagen von GR. Reindl-Schwaighofer nur doppelt und dreifach unterstreichen. Aus Sicht einer Radfahrerin, die das Rad auch im Alltag benutzt und nicht nur am Wochenende auf den Forststraßen herumradelt, kann ich nur sagen diese Kombistreifen sind wirklich ein Horror. Man teilt sich einen winzigen Gehsteig mit Mistkübeln und Hunden, die an der langen Leine geführt werden. Man hat auf aus den Hauseinfahrten heraus schießende Autos zu achten und es ist mir mehr als einmal passiert, dass ich knapp daran war „abgeschossen“ zu werden, und natürlich auf die FußgängerInnen. Zu behaupten, dass dort die Radfahrenden am Besten aufgehoben sind, finde ich wirklich als Zumutung.

Zu den Ausführungen von Vzbgm. Dr. Wieser möchte ich anmerken, die GRÜNEN haben keinen Ideologieschwenk gemacht. Wir haben uns an den technischen Fortschritt angepasst und im Gegensatz zu ihrer Fraktion weiter entwickelt.

GR. Prof. Mag. Teubl: Ich danke vorerst, dass die Zuweisung in den zuständigen Ausschuss abgelehnt wurde, weil ich glaube, auch wenn dieser Antrag nun höchstwahrscheinlich abgelehnt wird, es durchaus sinnvoll ist, in diesem Plenum einmal über Radfahrangelegenheiten zu diskutieren und das Bewusstsein zu schärfen dafür, dass es doch einige Überlegungen gibt, die man vielleicht so noch nicht gehört hat.

Die Fahrradberatung, die jetzt gerade stattfindet, ist eine Beratung welche darauf abzielt, dass konkrete Problemsituationen im Welser Radfahrnetz entsprechend diskutiert

und Lösungen für diese Probleme gefunden werden. Die Fahrradberatung war nicht zuletzt auch ein Antrag der GRÜNEN. Wir wollen nicht, dass in der Zeit, in der die Fahrradberatung läuft, das ist doch eine ganz geraume Zeit, sonst nichts mehr in diesem Metier passiert.

Ich weiß selbstverständlich, dass diese Anlagen nicht Gehsteigradwege heißen - aber sie werden im Volksmund einfach so genannt. Die offizielle Bezeichnung lautet Geh- und Radweg und es kann schon sein, dass dies einmal eine große Errungenschaft war solche Geh- und Radwege zu installieren. Inzwischen sind die Räder besser, die Radfahrenden schneller geworden, es sind mehr Radfahrer unterwegs, auch wenn wir momentan in Wels einen Rückgang zu beklagen haben. Somit müssen wir auch die Radverkehrsanlagen anderen Anforderungen genüge tun.

Kollege Pernkopf sagte auch, der Schwächere soll geschützt werden. Da stimme ich völlig mit ihm überein. Aber wenn wir uns vor Augen halten mit welchen Geschwindigkeiten die einzelnen Verkehrsteilnehmer unterwegs sind, so geht ein Fußgänger kaum schneller als 5 km/h, ein Radfahrer fährt schnell einmal 20 km/h – rasche vielleicht 30 – 35 km/h – d.h. zwischen Fußgängern und Radfahrern besteht jedenfalls eine Geschwindigkeitsrelation von 1:4. Das ist nicht ungefährlich.

Am Mehrzweckstreifen fahrende Radler hingegen, die mit 25 – 35 km/h unterwegs sind, haben neben sich Autos, die vielleicht 30 km/h, maximal 50 km/h fahren. Die Relation der unterschiedlichen Geschwindigkeiten ist hier ein geringerer als es zwischen den schwächeren Verkehrsteilnehmern der Fall ist. Das zu der Frage wer ist hier schützenswert.

Schließlich noch zu dem Exkurs, den Herr Vzbgm. Dr. Wieser unternahm: Dass in der Maria-Theresia-Straße ein großzügiger, baulich abgesetzter Radweg geplant war und nicht realisiert wurde, zeigt wieder einmal welche Versäumnisse hier tatsächlich die Vergangenheit geprägt haben. Denn das wäre die optimale Lösung gewesen. Wir haben mit dem Mehrzweckstreifen auch eine ganz gute Lösung. Wenn wir aus den Mehrzweckstreifen jedoch auch noch eine Lösung machen, die tatsächlich nicht mehr aktuell ist, die heute von allen maßgeblichen Fahrradexperten abgelehnt wird, dann finde ich ist das der falsche Weg.

Ich weiß, dieser Antrag wird abgelehnt werden, aber ich weiß, dass irgendwann einmal auch eine Mehrheit dafür zu finden sein wird, andere Lösungen für den Radverkehr zu finden als diese kombinierten Geh- und Radwege.

Der Initiativantrag (Anlage 36) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird mit

	<u>3 Ja-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>18 Nein-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion) und
	<u>14 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion)
	<u>abgelehnt.</u>

31.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Vorerhebung Fahrradstraßen und Radwege ohne Benützungspflicht  
DI-Verf-237-2013

GR. Prof. Mag. Teubl: Dieser Tagesordnungspunkt beschäftigt sich mit zwei neuen Möglichkeiten, die durch die letzte Novelle der Straßenverkehrsordnung geschaffen wurden. Zunächst einmal eröffnet diese Novelle die Möglichkeit die Benützungspflicht für Radwege aufzuheben. Damit wurde ein langjähriger Wunsch der Radfahrenden erfüllt. Denn besonders die - und damit sind wir beim Thema des letzten Antrages - in Wels so weit verbreiteten Gehsteigradwege sind bei den meisten AlltagsradlerInnen äußerst unbeliebt. Sie fühlen sich auf der Fahrbahn sicherer und vor allem kommen sie auf der Fahrbahn wesentlich rascher voran. Nun ist es also möglich diesen Wunsch zu legalisieren. Wenn jemand Sicherheit als oberste Priorität hat - wenn er mit einem kleinen Kind unterwegs ist - kann er den kombinierten Geh- und Radweg benutzen. Wenn jemand vor allem vorankommen will und die Schüttel-/Rüttelorgien satt hat, die ihm auf diesen Radwegen zugemutet werden, dann wird er die Fahrbahn wählen. Jetzt ist das möglich und ich denke wir sollten von dieser Möglichkeit Gebrauch machen. Es braucht dazu nicht viel, es muss lediglich das runde blaue Gebotszeichen Geh- und Radweg ersetzt werden durch ein quadratisches. Damit ist klar, das ist ein Radweg, der nicht unbedingt benutzt werden muss.

Wir finden dass es Sinn macht, durch die Verkehrsexperten in unserem Haus sorgfältig prüfen zu lassen für welche Radverkehrsanlagen diese Lösung praktikabel erscheint.

Die zweite Neuerung, welche die Straßenverkehrsordnung bringt, ist die Fahrradstraße. Straßen, die als solche gekennzeichnet sind, sind in erster Linie den FußgängerInnen und RadfahrerInnen vorbehalten. Straßen, die als solche deklariert sind, geben diesen Verkehrsteilnehmern den Vorrang gegenüber dem motorisierten Verkehr. Für Autos ist das Zu- und Abfahren erlaubt, aber für den motorisierten Durchzugsverkehr sind diese Straßen tabu. Meine Damen und Herren, auch für diese Lösung fallen mir auf Anhieb eine Reihe von Straßen in unserem Stadtgebiet ein. Die Schaffung solcher Fahrradstraßen wäre ein klares Signal dafür, dass wir in Wels dem Radverkehr einen höheren Stellenwert beimessen. Aber auch das sollte unserer Meinung nach von Fachleuten geprüft werden.

Der zweite Teil unseres Antrages zielt genau darauf ab Möglichkeiten für die Schaffung von Fahrradstraßen auszuloten und dem zuständigen Ausschuss entsprechende Vorschläge zu unterbreiten. Ich ersuche sie diesen Antrag zu unterstützen.

GR. Kirchmayr: Ich stelle den Antrag zur Geschäftsordnung, dass dieser Initiativantrag dem zuständigen Verkehrsausschuss zugewiesen wird.

Der Geschäftsordnungsantrag von GR. Kirchmayr auf Zuweisung ggst. Initiativantrages (Anlage 37) an den zuständigen Verkehrs- und Straßenbauausschusses zur weiteren Beratung wird mit

gegen 14 Ja-Stimmen (SPÖ-Fraktion)  
20 Nein-Stimmen (FPÖ-, ÖVP- + GRÜNE-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Haböck war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

StR. Kroiß: Kollege Mag. Teubl, sie sagten es bereits. Sie wollen, dass bei der Fahrradberatung viel mehr geschehen soll - das geschieht ja bereits. Sie machen nur eines, sie springen auf den fahrenden Zug auf und behaupten dann dieses und jenes. Diese von ihnen heute vorgebrachten Themen wurden in der Fahrradberatung beim ersten Workshop besprochen. Wir haben bei der Fahrradausfahrt über Fahrradstraßen, die Aufhebung der Fahrradwegbenutzungspflicht gesprochen. Auch im Budget wurden für den Austausch der Verkehrszeichen bereits Mittel angefordert. Wie gesagt, ich verstehe ihre Vorgangsweise nicht, dass über diese bei der Fahrradberatung gesprochenen Dinge dann Anträge in den Gemeinderat kommen.

Wir werden auch diesen Antrag ablehnen, weil diese zwei Punkte bereits Themen in der Fahrradberatung sind.

GR. Pernkopf: Zur Fahrradstraße – diese wurde, wie erwähnt, in der Straßenverkehrsordnungs-Novelle 2012 neu geschaffen. Ich glaube die räumlichen Ressourcen in Österreich, speziell in Wels, sind sehr bescheiden. Es gibt kein entsprechendes Beispiel in Wels, wo man dies machen könnte, welche Straße explizit als Fahrradstraße herangezogen werden kann. Das muss man sich wirklich sehr gut überlegen. Ich kann mir am amerikanischen Highway vorstellen, dass neben der Fahrbahn noch einmal 10 m eine Fahrradstraße gemacht wird, aber sicher nicht in Österreich. Vielleicht wäre dies nur in ganz wenigen ausgesuchten Fällen möglich.

Zum Radweg ohne Benützungspflicht: Jetzt bauen wir Radfahranlagen und dann sagen wir wieder, sucht euch eine Fahrbahn aus. Wenn man den Verkehr in eine gewisse Bahn regeln will, dann hat es dazu die notwendige Konsequenz - die Radfahrer sollen diese benutzen. Ich weiß als bereits 32 Jahre tätiger Polizist, dass die Disziplin bei den RadfahrerInnen sehr gelitten hat. Unsere Kollegen sehen tagtäglich wie aggressiv mit unseren KollegInnen umgegangen wird. Eine Regelung des Verkehrs, auch des Radfahrerverkehrs, muss in Zukunft gewährleistet sein. Daher stimmen wir diesem Antrag nicht zu.

GR. Prof. Mag. Teubl: Danke für die Möglichkeit einer Diskussion. Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich möchte nur eines zu Bedenken geben. Haben sie gelesen was in diesem Antrag steht? In dem Antrag steht, dass von den Verkehrsexperten unseres Hauses geprüft werden soll, ob Fahrradstraßen in Wels möglich sind und wenn ja, wo? Und ob es Radfahranlagen gibt, bei denen man sich vorstellen kann, die Benützungspflicht aufzuheben oder nicht. Das zu prüfen, dazu braucht es jetzt keine besondere Courage

um so einen Auftrag zu erteilen. Denn das landet im Verkehrsausschuss und dort kann man die Sache diskutieren. Das jetzt abzulehnen überhaupt nachzuschauen, ob es einen Sinn machen würde, diese neue Lösung irgendwo anzuwenden, das verstehe ich jetzt nicht ganz. Das verstehe ich auch vor dem Hintergrund der Wortmeldungen nicht, die hier getätigt worden sind. Denn, ob ich das ablehne oder dafür bin, ist eine ganz andere Geschichte. In diesem Antrag geht es nur darum, dass man überprüft ob und wo solche Lösungen vorstellbar erscheinen, und zwar von Experten geprüft. Dann kommen die Politiker und entscheiden. Wir maßen uns hier offenbar an, besser zu wissen als Experten was für den Radverkehr gut ist, weil wir irgendwelche Erfahrungen im Straßenverkehr gemacht haben. Das erinnert mich daran, jeder der Politiker ist schuld, weil er irgendwann in die Schule gegangen ist.

Man sollte sich schon einmal die Meinung von Experten anhören bevor man eine solche Entscheidung trifft. Aber gut, wenn das nicht gewünscht wird; die dafür Zuständigen in der Verkehrsabteilung werden froh sein, wenn sie sich diese Arbeit ersparen können.

Zu StR. Kroiß möchte ich noch sagen, dass diese Anträge bereits formuliert waren, bevor der erste Workshop der Fahrradberatung stattfand und dass es daher nicht um ein Abschreiben von irgendwelchen Diskussionsbeiträgen in der Veranstaltung gegangen ist. Ich ersuche sie um Zustimmung zu diesem Antrag.

Der Initiativantrag (Anlage 37) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird bei

	<u>3 Ja-Stimmen</u> (GRÜNE-Fraktion)
gegen	<u>18 Nein-Stimmen</u> (FPÖ- + ÖVP-Fraktion)
und	<u>13 Stimmenthaltungen</u> (SPÖ-Fraktion)

abgelehnt.

GR. Wildfellner war bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

32.)

Initiativantrag der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion betreffend  
Erneuerung der Radwegmarkierungen  
DI-Verf-238-2013

Vzbgm. Wimmer: Zum Tagesordnungspunkt 32 gibt es einen Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion, der wie folgt lautet: „Antrag: Die Markierungen der Radwege der Stadt Wels sind je nach Sichtbarkeit zu erneuern und im Hinblick auf eine klare Verkehrsführung für die RadfahrerInnen zu ergänzen.“ Ich bitte diesen Abänderungsantrag in die Debatte miteinzubeziehen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Offengestanden verstehe ich nicht, was dieser Abänderungsantrag ändert, aber ich nehme ihn trotzdem zur Kenntnis. Dieser dritte Antrag zum Thema Radverkehr will auf einen Missstand aufmerksam machen unter dem die Radfahrenden in unserer Stadt schon seit geraumer Zeit leiden. Es geht um die völlig ungenügende Markierung von Radfahranlagen. In den letzten Jahren wurden auf den Radfahranlagen kaum Erneuerungen der Markierungen vorgenommen, sodass sie in vielen Fällen überhaupt nicht mehr erkennbar sind. Auch dafür kann ich ihnen ein Beispiel anführen, so gibt es z.B. in der Dragonerstraße, zwischen Lokalbahn und Marktgelände, angeblich einen Mehrzweckstreifen. Dass dieser existiert, ist auf ganzen 2 – 3 m vor dem Würstelstand noch erkennbar, der Rest ist bereits völlig verschwunden. Ein solcher Mehrzweckstreifen auf der Fahrbahn erfüllt aber natürlich nur dann seinen Zweck, wenn er für alle VerkehrsteilnehmerInnen klar und deutlich erkennbar ist. Denn wenn das der Fall ist, dann sorgt er einerseits für eine optische Verengung der Fahrbahn, was die Geschwindigkeit des motorisierten Verkehrs senkt und schafft andererseits den Radfahrenden genügend Raum für ein gefahrloses Radeln. Wenn aber, wie auf vielen Straßen in Wels kaum oder nicht mehr erkennbar die Markierung verblasst ist, bedeutet das erhöhte Gefahr.

Ein anderes Beispiel: Dankenswerterweise haben wir relativ viele Einbahnen geöffnet für das Radfahren gegen die Einbahn. Sicher ist dieses Radfahren gegen die Einbahn nur dann möglich, wenn auch die Autofahrer sehen, dass ihnen hier Radfahrer entgegen kommen können. Das bedeutet, dass die Markierung, die strichlierte Linie, noch sichtbar ist. Mir passiert es nicht selten, dass ich völlig legal gegen die Einbahn radle und mir dann von den Autofahrern „der Vogel gezeigt“ wird, praktisch „was tust du hier, das ist eine Einbahn, da kannst du nicht dagegen fahren“.

„Gelächter“

Vzbgm. Wimmer: Bitte dem Referenten mit dem notwendigen Ernst zu folgen.

GR. Prof. Mag. Teubl: Es macht überhaupt nichts, wenn Heiterkeit herrscht, da habe ich nichts dagegen. Fehlende Markierungen entbehren aber auch die Orientierung an Übergängen oder an Schnittpunkten zwischen verschiedenen Radverkehrsanlagen bzw. der Fahrbahn. Denn da ist es auch für Ortsunkundige oft gar nicht mehr erkennbar, wo es weiter geht. Aber nicht nur die verblassten Markierungen sind ein Problem sondern in vielen Fällen ist von vorne herein ein Zuwenig an Markierungen angebracht worden. An vielen Stellen in unserem Radnetz ist tatsächlich nur für ortskundige RadlerInnen klar, wo es weiter geht. Ein Beispiel: In der Oberfeldstraße muss man beim Radeln beim Hauptkreisverkehr plötzlich die Fahrbahnseite wechseln um auf dem Radweg zu bleiben. Wenn sie auf ihrer Seite bleiben, ist plötzlich kein Radweg mehr da. Woher soll man das wissen?

In der Wallerer Straße stadteinwärts ist der Radweg zunächst für beide Fahrrichtungen auf dem Gehsteig, bei der Kreuzung mit der Anton-Bruckner-Straße ist aber dann eine korrekte Benutzung des Mehrzweckstreifens auf der rechten Fahrbahnseite die einzige legale Variante der Befahrung dieser Straße. Aber woher soll jemand, der auf der linken Seite auf dem Radweg unterwegs ist wissen, dass er plötzlich die Seite wechseln muss? Hier hat es nie entsprechende Markierungen gegeben, obwohl es natürlich auch jenseits der in der Straßenverkehrsordnung vorgesehenen Markierungen Möglichkeiten gibt, solche Dinge zu kommunizieren.

Die Liste könnte beliebig fortgesetzt werden. Wir wollen mit diesem Antrag auch erreichen, dass an solchen kritischen Stellen ergänzende Markierungen angebracht werden, die eine klare Orientierung ermöglichen.

Meine Damen und Herren, fehlende Markierungen sind keine Kleinigkeit. Das ist kein Pipifax-Thema, denn hier wird auf Kosten der Sicherheit der Radfahrer gespart. Derzeit wird sehr viel in Wels markiert, aber nur auf den Fahrbahnen. Auf den Radverkehrsanlagen vermisste ich die Markierungsphase. Außerdem gibt es einen gesetzlichen Auftrag, dass der Straßenerhalter verpflichtet ist, Markierungen im einwandfreien Zustand zu erhalten. Deshalb wollen wir mit diesem Antrag erreichen, dass alle Radfahrmarkierungen, die mittlerweile in die Jahre gekommen und nicht mehr ausreichend erkennbar sind, erneuert werden und deren Ergänzung an Stellen, an denen der weitere Verlauf der Radfahranlage nicht klar erkenntlich ist, erfolgen soll. Ich bitte sie diesen Antrag zu unterstützen.

StR. Kroiß: Kollege Mag. Teubl meinte, er weiß jetzt nicht den Unterschied zwischen dem Antrag der GRÜNEN-Gemeinderatsfraktion und dem Abänderungsantrag der ÖVP-Fraktion. Das ist ganz einfach zu erklären: Würden wir dem Antrag der GRÜNEN zustimmen, müssten wir die Markierungen der Radwege sprich alle Markierungen unverzüglich erneuern. Sprich morgen in der Früh, Auftrag 130.000 Euro. Das kosten uns diese Radwegmarkierungen. Der Abänderungsantrag heißt jetzt, markieren sie je nach Sichtbarkeit und im Hinblick auf die klare Verkehrsfluktuation. Das wird sowieso laufend gemacht. D.h. wir können nur dem Abänderungsantrag zustimmen.

Sie sagten wir geben sehr wenig Geld aus, dem darf ich entgegenhalten, dass wir voriges Jahr 50.000 Euro nur für die Radwegmarkierungen benötigten. Das manche schneller verwittern und manche weniger schnell – das ist eben so.

GR. Prof. Mag. Teubl: Danke für die Erläuterung des Abänderungsantrages. Dem können wir gerne zustimmen, weil sowieso die meisten Radwege eine neue Markierung benötigen, wirklich sichtbar sind nicht sehr viele.

Der Abänderungsantrag der ÖVP-Gemeinderatsfraktion (Anlage 38) wird

einstimmig angenommen.

Der Initiativantrag (Anlage 39) der GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird

einstimmig angenommen.

Vzbgm. Dr. Wieser war bei der Abstimmung zum diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Dringlichkeitsantrag der SPÖ-, FPÖ- und GRÜNEN-Fraktion betreffend Initiativen für leistbares Wohnen (Anlage 1)

StR. Dr. Rabl: Der gegenständliche Antrag befasst sich mit einem neuen Projekt, nämlich dem Projekt „leistbares Wohnen“. Es geht im Wesentlichen um fünf Punkte:

1. um Verhandlungen für Wohnbauprojekte aus dem Konjunkturpaket
2. um Annuitätenzuschüsse für thermische Sanierungen
3. um die Ausarbeitung von Richtlinien zur Förderung von Startwohnungen für Jungfamilien und ein AlleinerzieherInnen
4. um die Förderung von Baugrund von Jungfamilien und
5. um die Ausarbeitung von Richtlinien zur Gewährung von Annuitätenzuschüssen an Wohnungsgenossenschaften.

Das Ganze wurde im Antrag bereits sehr ausführlich begründet und ich darf sie ersuchen dies dort nachzulesen.

GR. LAbg. Dr. Csar: Die ÖVP-Fraktion wird diesem Antrag nicht zustimmen aus Gründen, die wir heute bei der Dringlichkeit schon erwähnt haben.

Der Dringlichkeitsantrag (Anlage 4) der FPÖ-, SPÖ- und GRÜNE-Gemeinderatsfraktion wird bei

gegen 25 Ja-Stimmen (SPÖ-, FPÖ- und GRÜNE-Fraktion)  
8 Nein-Stimmen (ÖVP-Fraktion)

angenommen.

GR. Buttinger und GR. Mag. Lehner waren bei der Abstimmung zu diesem Tagesordnungspunkt nicht im Sitzungssaal anwesend.

Vzbgm. Wimmer übergibt den Vorsitz wieder an Bgm. Dr. Koits.

Bgm. Dr. Koits: Damit sind wir nach einem umfangreichen Programm am Ende der Tagesordnung angelangt. Es ist jetzt längere Zeit keine Gemeinderatsitzung. Dessen ungeachtet geht natürlich die Arbeit auch in den Sommermonaten weiter. Ich wünsche ihnen einen schönen und erholsamen Urlaub. Die Sitzung ist geschlossen.



Der Vorsitzende:

Für die Fraktion der SPÖ:

Für die Fraktion der FPÖ:

Für die Fraktion der ÖVP:

Für die Fraktion der GRÜNEN:

Schriftführer: